



Karl-Heinz Bauernfeind:

Vielfältiges Aufgabengebiet

Der Erste Bürgermeister der Semptstadt Erding fungiert auch als Vorsitzender des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München. **Seite 18**



Monika Hohlmeier:

Freude am Lernen vermitteln

Um in den nächsten zehn Jahren unter die ersten fünf in der Weltrangliste zu kommen, hat die Kultusministerin konkrete Maßnahmen eingeleitet. **Seite 4**



Friedrich Riebel:

Im Teamwork zur Spitze

Der Chef der erfolgreichen Baufirma präsentierte sein neues Buch, in dem er sich mit dem Mittelstand in Deutschland auseinandersetzt. **Seite 2**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 18. September 2003

54. Jahrgang / Nummer 18

Landtagswahl als Signal für Berlin

Bundespolitik überschattete die Landespolitik Weitere Stärkung der CSU wird erwartet

In Bayern geht ein Wahlkampf zu Ende, in dem nach übereinstimmender Beurteilung aller Parteien die Landespolitik im Schatten der Bundespolitik stand. Die makroökonomischen Fragen - wie es Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber zusammenfasste - werden am kommenden Sonntag den Ausschlag geben. Dass die CSU die dominierende Kraft im Freistaat bleibt, ist gleichfalls einhellige Meinung.

Die Demoskopie ermittelten für die Union eine Woche vor dem Wahltag 60 - 61 % der Stimmen, für die SPD 20 - 24 % und für die Grünen 6 - 8 %. Nur diese drei werden demnach, wie im 14. Landtag von 1998, auch im 15. Landesparlament bis 2008 vertreten sein. Die elf außerdem kandidierenden Parteien, darunter die Freien Wähler und die FDP als relativ aussichtsreichste, werden wohl an der 5%-Hürde des Landeswahlrechts scheitern.

Sorge um Wahlbeteiligung

Die Parteien haben diese Voraussagen mit gemischten Gefühlen registriert. Stoiber sorgt sich, dass CSU-Wähler im Gefühl des sicheren Sieges nicht zu den Urnen gehen. Die Wahlbeteiligung bleibt denn auch nach allen Erklärungen der größte Unsicherheitsfaktor der Wahl.

Unzufrieden mit Berlin

SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maier als nomineller Ministerpräsidentenkandidat (welchen Status er als Realist nicht herausgestellt hat), hofft immerhin auf einen Mobilisierungseffekt nicht nur der potenziellen SPD-Wähler sondern gerade auch unter den resignierenden SPD-Mitgliedern, insbesondere an der kommunalen Basis. Er hat Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, den bei der Kommunalwahl 2002 in Nürnberg erfolgreichen OB Ulrich Maly und Landrat Heinrich Trapp, der im Landkreis Dingolfing Landau

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

also Wirtschaft, Arbeit, Soziales (Gesundheit, Rente) und Familienpolitik, eines der beherrschenden Wahlkampfthemen.

Kommunaler Unwille über Parteigrenzen hinweg

Den Tenor hat Städtetagspräsident Josef Deimer gegeben: „Wir pfeifen aus dem letzten Loch“, signalisierte er; und zwar nach Berlin wie nach München. Hauptsächlich gilt der kommunale Unwille - und das über die Parteigrenzen hinweg einhellig der Unfähigkeit von Rot und Grün, sich auf ein Reformkonzept zu einigen. Insbesondere geht es um die Gewerbesteuer.

„Tag des offenen Denkmals“ 2003:

Modernes Leben in alten Gemäuern

Weit über 600 Denkmäler konnten heuer in Bayern beim „Tag des offenen Denkmals“ besichtigt werden. Dabei war das Motto des heuer zum elften Mal stattfindenden European Heritage Day „Geschichte hautnah: Wohnen im Baudenkmal“ nicht eben einfach zu verwirklichen. Umso erfreulicher war das Ergebnis, wobei über ein Viertel auf private Wohnungen und Häuser entfiel. Zusätzlich öffneten weitere zahlreiche Gebäude ihre Pforten, die sonst nicht der Öffentlichkeit zugänglich sind.

Führungen und Stadtrundgänge erweiterten das Programm. Bundesweit standen Interessierten rund 6.700 alte Bauwerke offen. Die Bereitschaft der Denkmaleigentümer, ihre privaten Räumlichkeiten interessiertem Publikum zugänglich zu machen, belegt zum einen die Freu-

de der Eigentümer an ihren (sanitierten) Bauwerken sowie das große Interesse seitens der Bürger an den Aufgaben der Denkmalpflege. Gerade hierin kommt der Stellenwert und die Bedeutung der Denkmalpflege in der Gesellschaft zum Ausdruck. In diesem Jahr waren noch in-

Das Modell der kommunalen Spitzenverbände steht immer noch gegen Überlegungen, diese Steuer abzuschaffen und sie durch höhere Anteile an anderen Steuern zu ersetzen. Seiner CSU wirft Deimer jedoch auch vor, „über ihr ideologisches Problem mit der Substanzbesteuerung“ nicht hinwegzukommen. Immerhin sei das Sofortprogramm der Staatsregierung richtig, weil es eine ad-hoc-Entlastung der Kommunen bringe.

Im Spitzenteam und doch nicht wählbar

Für die Grünen gehört der Landesvorsitzende und populäre Bürgermeister von Waging am See, Sepp Daxenberger, zum Spitzenteam, kandidiert jedoch nicht zum Landtag - wie bei den Freien Wählern Vorsitzender Armin Grein, Landrat von Main-Spessart. „Eine Übermacht der CSU verhindern“ wollen sie alle; wobei es für die kleineren Parteien in zweiter Linie darauf ankommt, sich gegen die SPD als „wahre Opposition“ im kom-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Den Bayerischen Ministerpräsidenten um Hilfe gebeten hat der Präsident des Bayerischen Gemeindetags wegen der vom Bund geplanten Verlagerung der Arbeits- und Sozialhilfe auf die Kommunen. Die Kommunalen Spitzenverbände haben in dieser Frage noch keine gemeinsame Linie gefunden (wir berichten auf Seite 2). Unser Archivbild zeigt Dr. Edmund Stoiber gemeinsam mit Dr. Uwe Brandl (v.l.).

Fortbildungsangebot des Gemeindetags kommt gut an

Über 1.200 Seminarteilnehmer im ersten Jahr

Das Fortbildungsangebot der Kommunal-GmbH des Bayerischen Gemeindetags, gebündelt in der „Kommunalwerkstatt“, trifft bei Bürgermeistern, Gemeinderatsmitgliedern und Verwaltungsbediensteten auf große Resonanz. Über 1.200 Seminarteilnehmer informierten sich seit November 2002 über Grundzüge des Kommunalrechts, Bau- und Wasserrechts sowie über das Erschließungsbeitragsrecht und die familiengerechte Betreuung von Kindern und Jugendlichen.

Auch kommunalpolitisch „heiße“ Themen, wie die Risiken städtebaulicher Verträge und das Haftungsrecht in der kommunalen Praxis wurden nicht ausgespart. „Aus- und Fortbildung haben bei Bayerns Entscheidungsträgern in den Rathäusern einen hohen Stellenwert. Ich freue mich, dass wir als Verband der kreisangehörigen Gemeinden hierzu unseren Beitrag leisten können“, meinte ein sichtlich erfreuter Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl.

Seit gut einem Jahr gibt es die Kommunal-GmbH des Bayerischen Gemeindetags. Sie erbringt Dienstleistungen für die Mitglieder des Gemeindetags und deren wirtschaftliche Einrichtungen.

551 neue Gemeinderatsmitglieder informierten sich über die Grundlagen des Kommunalrechts. Kurse für die 535 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinden schlossen sich an.

Eine Seminarreihe für 104 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bot Hilfe und Anregungen für die kommunale Praxis.

Der Bogen war gespannt von 'Rhetorik' über 'effektive Sitzungsleitung' bis zu 'Stressabbau' und 'Gesundheitsvorsorge'.



Empört über eine Marketing-Luftblase zeigt sich die Vorzimmerperle: Beim Blick auf aktuelle Exposés einer Agentur, die mit der Vermarktung des Städtchens als Ferien- und Ausflugsziel beauftragt ist, stellt sich ihr die Frage, ob die Affenhitze des Sommers den sog. Experten nicht doch die Sinne geraubt hat. Seite 19



Der Landkreis Rottal-Inn beteiligte sich auch heuer wieder am „Tag des offenen Denkmals“. Bundesweit hat diese Veranstaltung im letzten Jahr über 3,5 Millionen Bürger in 6.700 Städten und Gemeinden angezogen. Unser Bild zeigt ein Rottaler Stockhaus aus dem Jahre 1778 in Drahtolzen, Gemeinde Schönau (siehe auch S. 4 und 7). Foto: Huber

Sie lesen in dieser Ausgabe

Meinungsverschiedenheiten bei den Spitzenverbänden	Seite 2
Verfassungsänderung soll Kommunalfinanzen sichern	2
Augsburg und Bamberg zukunftsfähige Kommunen	3
GZ-Kolumne Luitpold Braun:	
Kommunen brauchen berechenbare dauerhafte Einnahmen	3
Bestnote für Bayern	4
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Energiepolitik	5 - 9
Mobilfunk	10/11
Verkehrspolitik	13/17
Kommunalfahrzeuge	15/16
Aus den bayerischen Kommunen	18 - 20

Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe:

Meinungsverschiedenheiten bei den Spitzenverbänden

„Der Bayerische Landkreistag steht bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe voll auf der Seite der Bayerischen Staatsregierung“, so läßt dessen Präsident Theo Zellner in einer Presseerklärung verlauten. Für den Bayerischen Gemeindetag appelliert dessen Präsident Dr. Uwe Brandl an den bayerischen Ministerpräsidenten, den Bund in dieser Frage nicht aus der Verantwortung zu entlassen und Josef Deimer übt für den Bayerischen Städtetag ausdrücklich Kritik an Dr. Edmund Stoiber: „Seine Kehrtwende ist ein schwerer Schlag für die Städte“.

Zellner sieht die Staatsregierung „auf dem richtigen Weg“. Eine zusammengelegte Arbeitslosen- und Sozialhilfe gehöre nicht in die Hände einer riesigen Bundessozialverwaltung, denn die Kommunen können nach seiner Auffassung diese Aufgabe viel besser regeln. Nur bei den Kommunen gewährleiste Ortsnähe und Fachkompetenz eine dauerhafte Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt“, so Zellner. Darüber sei man sich auch im Deutschen Landkreistag einig. Allerdings müsse die Finanzierung verfassungsrechtlich abgesichert sein, ganz im Sinne des Konnexitätsprinzips. Indirekte Finanzierungswege über die Länder lehne man entschieden ab.

Teil der Gemeindefinanzreform

Die Landräte sehen in der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe einen wichtigen Teil einer Gemeindefinanzreform, die zum Ziel hat, die Kommunen aus ihrer Finanznot zu befreien. Hier zeichne sich aber leider immer noch keine Lösung ab, beklagt Zellner: „Die Situation ist dramatisch. Wir brauchen deshalb für das Jahr 2004 sofort wirkende Finanzaufbesserungen, wie sie der von Bayern im Bundesrat eingebrachte und verabschiedete Entwurf eines Soforthilfegesetzes vorsieht, nämlich eine Senkung der Gewerbesteuerumlage sowie eine höhere Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer.“

Gewarnt hat hingegen der Präsident des Bayerischen Gemein-

detags, Dr. Uwe Brandl vor einer Kommunalisierung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Er appellierte an Ministerpräsident Stoiber, den Bund nicht aus seiner Verantwortung zu entlassen. Er lehnt eine dezentrale Betreuung der Empfänger von Arbeitslosen- und Sozialhilfe durch die kreisfreien Städte und die Landkreise ausdrücklich ab, weil damit das Finanzierungsrisiko über die Kreisumlage letztlich die kreisangehörigen Städte und Gemeinden trügen.

Warnung vor Kommunalisierung

„Die Kommunen sind zu einer Mitarbeit vor Ort auf gleicher Augenhöhe mit der Bundesanstalt für Arbeit bereit, warnen allerdings eindringlich davor, diese wichtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Aufgabe vom Bund auf die Kommunen zu verlagern“, erklärt Brandl in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten. „Die Kommunen machen sich große Sorgen, eine Aufgabe schultern zu müssen, deren Last sie weder finanziell noch inhaltlich tragen können.“

Frage der Zuständigkeit

Die bayerischen Gemeinden, Märkte und Städte hätten nichts dagegen, dass Arbeitslosen- und Sozialhilfe künftig zusammen-

Innenminister Dr. Günther Beckstein:

Mehr Verbotsmöglichkeiten im Versammlungsrecht

Damit die Demokratie gerade gegen Versammlungen von Extremisten wehrhaft bleibt, hält Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein mehr Verbotsmöglichkeiten im Versammlungsrecht für nötig.

„Trotz einstimmigen Beschlusses der Innenministerkonferenz vom Herbst 2000 hat der Bundesinnenminister immer noch keinen Entwurf zur Verschärfung des Versammlungsrechts vorgelegt“, kritisierte der Minister.

Bayern fordere einen Vorschlag vor allem zu schärferen Verbotsgründen schon für die nächste Innenministerkonferenz im November 2003 nachdrücklich ein. Nach den wiederholten rechtsextremistischen Aufmärschen in Wunsiedel und dem spektakulären Fund in München drohe auch in Nürnberg, dass verirrte Rechtsextremisten die große Mehrheit der Bürger provozieren. Diese wollen ganz offensichtlich frech und provokativ an die Rolle Nürnbergs im NS-Unrechtsstaat anknüpfen, vermutet Beckstein.

Belastendes BVG-Urteil

Als Belastung empfänden die Bewohner der Noris-Stadt dass das Bundesverfassungsgericht dem jüngsten Neonazi-Aufmarsch in Nürnberg teilweise grünes Licht gegeben hat. Zudem müssten die Einsatzkräfte der Polizei immer wieder Versammlungen der ewig Gestrigen schützen. Es könne nicht angehen, dass eine Handvoll Extremisten dauerhaft Sicherheitskräfte und ganze Städte in regelmäßigen Abständen in Atem hält. Das ginge we-

gelegt würden. Offen sei allerdings die Frage, wer künftig für diese Aufgabe zuständig sein soll. Das Finanzierungsrisiko läge im Falle einer Kommunalisierung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe ausschließlich bei den kreisfreien Städten und den Landkreisen, deren Einkünfte über Umlagen wiederum aus den Töpfen der Gemeinden und Städte erzielt werden müssten. Es sei auch nicht sichergestellt, dass die Kosten für die Durchführung des neuen Leistungsrechts (bis zu 26 Mrd. Euro pro Jahr) tatsächlich auch in die Regionen fließen, die durch Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind. Damit drohe eine Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit.

Unterstützen will der Gemeindetag die Vorschläge der Finanzreformkommission zur Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in einem Bundesleistungsgesetz, bei dem der Bund die finanz- und arbeitsmarktpolitische Verantwortung trägt. „Die Kommunen sind gerne bereit, in den Job-Centern die vor Ort vorhandene Kompetenz mit einzubringen. Es kann allerdings nicht Aufgabe der Kommunen sein, mit örtlicher Sozialpolitik die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Hier trägt der Bund die alleinige Verantwortung für die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik“, so Brandl.

Frustration beim Städtetag

Enttäuscht zeigt sich der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, von Ministerpräsident Edmund Stoiber. „Die Kehrtwende des Ministerpräsidenten bei der Reform von Arbeitslo-

senhilfe und Sozialhilfe ist für die Städte ein schwerer Schlag“, sagte er. Noch Anfang August habe sich der Ministerpräsident gegenüber dem Städtetagsvorstand dafür ausgesprochen, für die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe die Arbeitsämter zuständig zu machen. Nun hat Stoiber eine Kehrtwende gemacht.

Rechtsslage enger fassen

Die Versammlungsbehörden in ganz Deutschland können mit dem bestehenden Instrumentarium den Umtrieben zu wenig Einhalt gebieten. Auch die Innenminister seien sich bundesweit weitgehend einig, dass die Rechtsslage enger gefasst werden müsste, um den Grundsätzen der wehrhaften Demokratie gegen Extremisten wieder stärker Geltung zu verschaffen.

Eingeschränkt oder ganz verboten werden können sollen nach Becksteins Vorstellung insbesondere Versammlungen, die der Verherrlichung und Verharmlosung der NS-Diktatur oder der Anpreisung nationalsozialistischer Ideen des Führer- und Rasseprinzips sowie der Darstellung ihrer Repräsentanten dienen. Erforderlichenfalls müssen nach Ansicht des Ministers die grundgesetzlichen Schranken der Versammlungsfreiheit in diesem Sinne klar gestellt werden. „Allerdings ist leider zu erwarten, dass gerade für Veränderungen des Grundgesetzes die erforderlichen Mehrheiten mit Rot-Grün im Bundestag und der FDP im Bundesrat in den nächsten Jahren nicht zu erhalten sind“, meint Beckstein.

senhilfe und Sozialhilfe ist für die Städte ein schwerer Schlag“, sagte er. Noch Anfang August habe sich der Ministerpräsident gegenüber dem Städtetagsvorstand dafür ausgesprochen, für die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe die Arbeitsämter zuständig zu machen. Nun hat Stoiber eine Kehrtwende gemacht.

Beim Gespräch der Unionspitze mit den kommunalen Spitzenverbänden am 4. September plädierte der Ministerpräsident für eine Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in der Trägerschaft der Kommunen. Um die den Kommunen entstehenden Mehrkosten auszugleichen, will die Union das sogenannte Konnexitätsprinzip für das Verhältnis Bund-Kommunen in das Grundgesetz schreiben.

Politisches Wagnis

Deimer: „Die Städte erwarten sich eine wirkliche Entlastung nur, wenn die Bundesanstalt für Arbeit diese neue Aufgabe übernimmt. Ein Konnexitätsprinzip auf Bundesebene wäre zwar sehr zu begrüßen. Auf ein solches politisches Wagnis können wir uns aber keinesfalls einlassen. Wir sind gebrannte Kinder, was den Ausgleich für vom Bund übernommene Aufgaben betrifft!“

Beim Bayerischen Städtetag hat man errechnet, dass eine Arbeitsmarktreform nach den Vorstellungen der Union allein in Bayern zu Mehrausgaben von etwa 950 Mio. Euro für die Städte und Landkreise führen würde. Bundesweit werde mit rund 10 Mrd. Euro Kosten für die Kommunen gerechnet. Dagegen könnten die bayerischen Kommunen bei einer Zuständigkeit der Arbeitsämter um etwa 750 Mio Euro jährlich entlastet werden.

Noch weniger als die Pläne der Bundesregierung ließen die der CDU/CSU eine Sanierung der katastrophalen finanziellen Lage der Kommunen erwarten, fürchtet Deimer. Das Personal der Sozialämter müsste wohl verdoppelt werden. Außerdem würde eine überregionale Vermittlung der Langzeitarbeitslosen fast unmöglich. Der Protest der Städte richte sich an Bundestag und Bundesrat, damit die Reform der Arbeitslosenhilfe im Vermittlungsausschuss nicht völlig zu Lasten der Kommunen geht.

Angela Merkel und Edmund Stoiber:

Verfassungsänderung soll Kommunalfinanzen sichern

Die Vorsitzenden von CDU und CSU, Angela Merkel und Edmund Stoiber, haben sich für eine Verfassungsänderung ausgesprochen, um die Finanzbasis der Kommunen dauerhaft zu sichern. Ein neuer Artikel 106b soll die Grundlage dafür schaffen, dass die Langzeitarbeitslosen künftig von den Kommunen vermittelt und betreut werden können, sagte die CDU-Vorsitzende nach einem Gespräch mit den drei Spitzenverbänden in Berlin.

Bayerns Ministerpräsident Stoiber nannte es „bedrückend“, das die Bundesregierung in Sachen Gemeindefinanzreform „nichts zustande gebracht“ habe. Das „Sofortprogramm“ der Union sei deshalb „die einzige Möglichkeit“, den Kommunen „aus ihrer Bedrängnis im nächsten Jahr herauszuhelfen“. Das Sofortprogramm mit einem Volumen von bis zu sechs Milliarden Euro hat die Union auf das Jahr 2004 befristet.

Entmündigung der Kommunen vorbeugen

Angela Merkel versicherte, die Union werde den hessischen Gesetzentwurf, der den Kommunen die Betreuung von Langzeitarbeitslosen nach der Zusammenlegung von Arbeits-

Unternehmer Riebel präsentiert neues Buch:

Gemeinsam zur Spitze

Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft einfach erklärt

Mindelheim. Friedrich Riebel, Chef und Mitinhaber einer ebenso bekannten wie erfolgreichen mittelständischen Bau- und Unternehmenspraxis in einem Buch zusammengefasst, das sich mit dem Thema Mittelstand in Deutschland auseinandersetzt. Als dessen engagiertem Vertreter liegen ihm durchgreifende Verbesserungen und das Überleben dieses leistungsfähigen Trägers der Gesellschaft sehr am Herzen.

Das derzeitige wirtschaftliche Dilemma, seine Ursachen und die Suche nach den Verantwortlichen waren der Grund, warum Friedrich Riebel wieder einmal zur Feder griff; entstanden ist ein ebenso kritisches wie konstruktives Werk, das nicht nur Missstände anprangert, sondern auch Wege aus der Krise aufzeigt.

Der Mindelheimer Unternehmer nimmt kein Blatt vor den Mund wenn es darum geht, chaotische Verhältnisse, inkonsequente Schlussfolgerungen, Nachlässigkeiten, Konfusion, Disziplinlosigkeit, Liederlichkeit, Verstrickungen und Klüngelwirtschaft aufzudecken. Schuld an den unsäglichen Hürden der Bürokratie, die vor allem den Mittelstand oft genug vor ebenso sinnlose wie schier unlösbare Aufgaben stellen, sind nach den Worten von Riebel die Mitglieder der „deutschen Oberliga“ und ihrer „Mittäter“, welche die Kräfte des Staates in die falsche Richtung lenkten.

Ebenso prangert der Unternehmer die schlechte Schulbildung und den Werteverlust im Erziehungsbereich an. Doch Friedrich Riebel zeigt auch Wege auf, die aus der Krise führen und vermittelt kleinen und mittleren Unternehmen Interessantes und Durchsetzbares, um in schwierigen Zeiten überleben zu können. Nicht alles, was Riebel fordert - von der Abschaffung des Beamtenwesens und des Kündigungsschutzes bis zur drastischen Kürzung der Politikerbezüge - wird man umgehend umsetzen. Aber z. B. darüber nachdenken, wie weite Teile des Gemeinwesens privat erledigt werden können und ob es der öffentlichen Hand gestattet sein kann ihre Haushalte fremd zu finanzieren, das sollte schon möglich sein.

Den besten Beweis für das Funktionieren der „Rezepte“ liefert die Unternehmensgruppe Riebel selbst. Trotz angespannter Lage, vor allem auf dem Bausektor, präsentiert sich die Firma als leistungsfähiges, vielseitiges mittelständisches Unternehmen, das sich dank gelungener Verbesserungen, Umgestaltungen und einer weitsichtigen Unternehmensführung auf dem Weg zur Spitzenfirma befindet.

Der Lohn für die Anstrengungen besteht nach Ausführungen des Autors in der positiven eigenen Entwicklung - persönlich und beruflich, in Zusammengehörigkeitsgefühl und ausgeprägtem Teamgeist, im hohen Ansehen, in der Schaffung wertvoller Arbeitsplätze, in gut gefüllten Kassen und zuverlässigen sozialen Einrichtungen, in Schutz und Zuspruch, wenn Hilfe nötig wird, in äußerer und innerer Freiheit und Unabhängigkeit und in der Möglichkeit stolz zu sein auf das, was man erreicht und schafft.

Das Buch „Gemeinsam zur Spitze“ kann über den Schwangart Verlag in Kaufbeuren oder direkt bei der Firma Riebel (Internet: www.riebel.de) in Mindelheim bezogen werden. Karin Steger



Friedrich Riebel.

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Claus Pilhofer
91088 Bubenreuth
am 3.10.

Bürgermeister Helmut Seel
96529 Berg
am 3.10.

Bürgermeister Max Niedermeier
85643 Steinhöring
am 23.9.

Bürgermeister Richard Müller
95503 Hummelthal
am 29.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Landrat Albert Löhner
92318 Neumarkt i. d. OPF
am 2.10.

Bürgermeister Ernst Stroß
97762 Hammelburg
am 3.10.

Bürgermeister Peter Hampel
95671 Bärnau
am 5.10.

Bürgermeister Alfred Ostermeier
85113 Böhmfeld
am 23.0.

Bürgermeister Walter Scharwies
63755 Alzenau
am 27.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Zeh
88161 Lindenberg
am 2.10.

Bürgermeister Günther Gottwald
91634 Wilburgstetten
am 23.9.

Bürgermeister Michael Stampfer
85117 Eitensheim
am 24.9.

den Kommunen Mehreinnahmen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro. Außerdem soll der Anteil der Städte und Gemeinden an der Umsatzsteuer von 2,2 auf drei Prozent erhöht werden.

Einsparungen bei der Jugendhilfe

Diese Maßnahme würde weitere 1,1 Milliarden Euro in die kommunalen Kassen spülen. Auf der Ausgabenseite müssten die Kommunen bis zu 2,6 Milliarden einsparen, forderte der Ministerpräsident. Als Beispiel für mögliche Einsparungen nannte er die Jugendhilfe.

Gesprächskreis

Stoiber wies daraufhin, dass die Unionsparteien mit den kommunalen Spitzenverbänden - dem Deutschen Städtetag, dem Städte- und Gemeindebund sowie dem Landkreistag - einen Gesprächskreis gegründet hätten. Für den November sei ein weiteres Spitzengespräch zu den Kommunalfinanzen geplant.

Das „Sofortprogramm“ der Union erläuterte Dr. Stoiber. Darin sprechen sich CDU und CSU dafür aus, die Gewerbesteuerumlage von 28 auf 20 Prozent zu senken. Dies bringe

1. Preise beim Bundeswettbewerb errungen:

Augsburg und Bamberg besonders „zukunfts-fähige Kommunen“

Die Sieger des renommierten, bundesweiten Wettbewerbs „Zukunfts-fähige Kommunen“ stehen fest. Unter den bei einer Feierstunde in Berlin ausgezeichneten Städten und Gemeinden befinden sich mit Augsburg und Bamberg auch zwei bayerische Vertreter. Mehr als 70 Kommunen beteiligten sich in diesem Jahr.

„Der Bundeswettbewerb ‘Zukunfts-fähige Kommune’ ist der gelungene Versuch, Städte und Gemeinden bei der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft - gemeinsam mit Vertretern aus Wirtschaft, Umwelt und Soziales - zu begleiten und zu unterstützen“, erklärte Dr. Fritz Brickwedde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Um-

welt (DBU), anlässlich der Preisverleihung.

Die DBU fördert den Wettbewerb mit einer Summe von 637.000 Euro. Ausgezeichnet wurden Kommunen in vier Teilnehmerklassen nach der Einwohnerzahl bis 5.000, bis 15.000, bis 100.000 und über 100.000 Einwohner. „Die Ergebnisse des Wettbewerbs zeigen,

dass viele Städte und Gemeinden gemeinsam mit den Bürgern Vorbildliches im Sinne der Lokalen Agenda 21 geleistet haben. Die Beschlüsse und Projekte der ausgezeichneten Kommunen können daher anderen als Orientierung und Motivation dienen“, erläutert Prof. Dr. Harald Kächle, Bundesvorsitzender der Deutschen Umwelthilfe.

Nachhaltigkeitsmerkmale

Die Nachhaltigkeitsmerkmale „Wohlbefinden“, „soziale Gerechtigkeit“, „Umweltqualität“ und „wirtschaftliche Effizienz“

gehören zu den Kriterien des Wettbewerbs. Unter anderem wurden der Trinkwasserverbrauch, Ausbildungschancen und kommunale Ausgaben im sozialen Bereich gemessen. Eine Fachjury ermittelte die Sieger in den vier Teilnehmerklassen. Zudem wurde erstmals ein Sonderpreis für einen besonders vorbildlichen Agenda-21-Prozess vergeben.

Letztes Wettbewerbsjahr

Die Auszeichnungsfeier ist der Auftakt für das dritte und letzte Wettbewerbsjahr. „Alle Städte und Gemeinden sind aufgerufen, sich an diesem bundesweit einmaligen Vergleich zu beteiligen“, so Carla Vollmer, Projektleiterin bei der Deutschen Umwelthilfe. Die Wettbewerbsunterlagen können kostenlos bei der Deutschen Umwelthilfe (www.duh.de) angefordert werden.

Kooperationspartner

Der Wettbewerb „Zukunfts-fähige Kommune“ ist ein Projekt der Deutschen Umwelthilfe in Zusammenarbeit mit Agenda-Transfer, ECOLOG-Institut und der GP Forschungsgruppe. Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützen das Projekt als Kooperationspartner.

Die Preisträger

In der Teilnehmerklasse der Gemeinden bis zu 5.000 Einwohnern belegte Eichstetten (Baden-Württemberg) den 1. Platz, gefolgt von Dobbertin (Mecklenburg-Vorpommern). Bei den Kleinstädten und Gemeinden bis 15.000 Einwohner siegte Wetzlar (Hessen) vor Usingen (Hessen). Unter den mittelgroßen Städten und Gemeinden bis 100.000 Einwohner hatte Bamberg (Bayern) vor Riedstadt (Hessen) die Nase vorn. Den 1. Platz bei den Großstädten über 100.000 Einwohner sicherte sich Augsburg (Bayern) vor Erfurt (Thüringen). Einen Sonderpreis für einen vorbildlichen lokalen Agenda 21-Prozess erhielt die Stadt Goslar (Niedersachsen).

Daueraufgabe Agenda 21

Bamberg stach vor allem als eine fahrradfreundliche und gut mit Bussen und Bahnen versorgte Stadt hervor. Wenige Arbeitslose und ein geringer Schulden-

GZ Kolumne Luitpold Braun

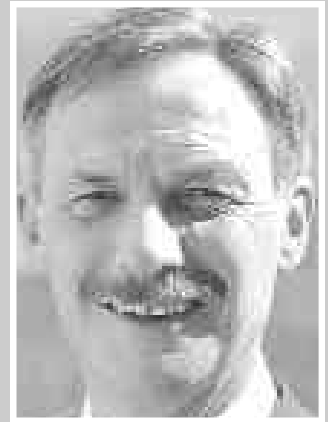
Die kommunale Finanzreform in Deutschland ist ein unschlagbares Beispiel für das Durcheinander und die Konzeptlosigkeit der Berliner Regierung.

Nachdem von 1998 bis 2002 dreieinhalb Jahre ins Land gegangen waren, bis endlich die versprochene Kommission eingesetzt war, geschah zunächst wieder einmal gar nichts. Als dann endlich gegen Mitte dieses Jahres ein Kommissionsentwurf vorlag, war er bei den Mitgliedern der Kommission höchst umstritten, bei den

Betroffenen größtenteils ohne Applaus. Mitte August sah

sich dann die Bundesregierung bemüht, einen eigenen Vorschlag vorzustellen. An diesem war zwar nicht alles falsch, Beifall erhielt er jedoch keinen. Kritik aus der SPD-Bundestagsfraktion und von den Grünen kam sofort auf, die kommunalen Spitzenverbände erklärten ihren Protest. Später wurde dann noch seitens der Spitzenverbände die Zusammenarbeit mit dem Bundesfinanzminister angekündigt.

Dabei wäre es doch verhältnismäßig einfach gewesen, ein Sofortprogramm aufzulegen, das sich an den bayerischen



Vorschlägen orientiert hätte, daran hätte die Bundesregierung niemand gehindert. Um die Einigung mit der Union im Bundesrat kommt sie ohnehin nicht herum.

Kommunen brauchen berechenbare dauerhafte Einnahmen

Es bleibt zu hoffen, dass wenigstens dann eine Gemeindefinanzreform zustande kommt, die diesen Namen auch verdient. Eine Gemeindefinanzreform, die dauerhaft für solide und berechenbare Einnahmen bei den Kommunen sorgt. Eine Gemeindefinanzreform schließlich, die nicht, so wie bei vielen anderen Gesetzesvorhaben zwischenzeitlich üblich, in kürzester Frist wieder novelliert werden muss.

Luitpold Braun

44 Programmgebiete in 36 bayerischen Städten und Gemeinden:

Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt in Bayern“

Beckstein: „Weiter starkes Interesse der Kommunen an attraktivem und erfolgreichem Programm“

36 bayerische Kommunen mit insgesamt 44 Programmgebieten sind 2003 in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen worden. Der Freistaat Bayern stellt über 11,4 Millionen Euro, der Bund rund 10,9 Millionen Euro staatliche Finanzhilfen bereit, die durch eine zusätzliche 40%ige finanzielle Beteiligung der Kommunen ergänzt werden.

Das Programm sichert damit städtebauliche Investitionen in Höhe von rund 37 Millionen Euro, die Folgeinvestitionen in bis zu achtfacher Höhe nach sich ziehen.

Wichtiger Baustein

Wie Innenminister Dr. Günther Beckstein betont, belegt das weiterhin starke Interesse der Kommunen die Attrak-

tivieren, um damit die drohende Abwärtsspirale umzukehren und die Voraussetzungen für eine selbst tragende Entwicklung zu ermöglichen.“

Größere Quartiere

Als neues Programm der Bund-Länder-Städtebauförderung konzentriert sich die Initiative auf in der Regel größere Quartiere in denen besonderer

einem Erneuerungsgebiet.

Ein wesentliches Ziel ist die nachhaltige Aktivierung und Stabilisierung der Bewohnerschaft. Daher sind nicht-investive Maßnahmen wie ein Quartiersmanagement, sozial-integrative Projekte oder auch Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte für Bewohner, vor allem Jugendliche und eine wirkungsvolle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung ihres Stadtteils wichtige und notwendige Elemente des Aufwertungsprozesses. Beckstein: „Die integrierte Vorgehensweise des Programms und die neuen Wege der Bewohnerbeteiligung haben gleichzeitig Modellcharakter für eine moderne und soziale Stadtentwicklungspolitik und für andere Bereiche im öffentlichen Leben, in Verwaltung, Politik und Bürgerschaft.“

Nähere Informationen und Veröffentlichungen zur Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt und zur Städtebauförderung stehen im Internet zur Verfügung unter www.staedtebaufoerderung.bayern.de/schwerpunkte/soziale_stadt/soz_stadt.htm und www.staedtebaufoerderung.bayern.de/

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

titivität und die erfolgreiche Arbeit in diesem Programm.

Laut Beckstein ist die Gemeinschaftsinitiative ‘Soziale Stadt’ ein wichtiger Baustein des Erfolgsprogramms Städtebauförderung. Es zielt auf die ganzheitliche Aufwertung benachteiligter und von der allgemeinen Entwicklung der Kommune abgekoppelter Gebiete in Städten, Märkten und Gemeinden. Das Wohnen in solchen Quartieren führt schnell zu weiteren Benachteiligungen. Beckstein: „Ziel des Programms ist es, diesem Prozess entgegenzusteuen und die vorhandenen Potenziale solcher Gebiete zu

Erneuerungsbedarf in baulich-städtebaulicher, sozialer, ökonomischer, ökologischer und kultureller Hinsicht besteht. Besondere Bedeutung hat deshalb die Bündelung von Initiativen und Ressourcen, von Maßnahmen, Programmen und nicht zuletzt Mitteln aus den unterschiedlichen Ressorts in

Mittelstands-Union fordert:

Mehrarbeit zur Finanzierung der Steuerreform

Beim Mittelstandstreffen in Fürth sprach sich der Vorsitzende der Mittelstands-Union, Hans Michelbach, MdB, für eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche aus, um das Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 auf den 01.01.2004 zu finanzieren.

Mit einer längeren Durchschnittsarbeitszeit und einem darauf beruhenden Mehrwachstum sei das Vorziehen seriös finanzierbar. So würden zwei Stunden Mehrarbeit bereits ein Wachstum von 3 Prozent und über 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze erzeugen. Rein rechnerisch hätten die Deutschen mit lediglich 1.467 Stunden ohnehin die weltweit kürzeste Jahres-Sollarbeitszeit.

stand wiesen auf eine gesunde und ausgeglichene Wirtschaftsstruktur hin, so die Juroren. Der seit 1996 laufende Agenda 21-Prozess werde als Daueraufgabe verstanden, der den Alltag in Gemeinderat und Verwaltung präge. „Über die Auszeichnung freuen wir uns sehr und sehen sie als Verpflichtung für die Zukunft“, so Oberbürgermeister Herbert Lauer.

Wirtschaftliche Effizienz und hohe Lebensqualität

Augsburg konnte bei den Indikatoren zur Nachhaltigkeit insbesondere in den Bereichen „Wirtschaftliche Effizienz“ sowie „Umwelt- und Ressourcen-

effizienz“ punkten. Darüber hinaus deuteten einige Indikatoren auf die hohe Lebensqualität in der Stadt hin. Hervorzuheben sei das „Handlungsprogramm Nachhaltigkeit 2002“, das in einem bürgerschaftlichen Prozess im Jahr 2002 erarbeitet worden sei. Demnächst werde der Stadtrat dieses Programm beschließen. Dann würden Ziele und Maßnahmen der Lokalen Agenda für Politik und Verwaltung verbindlich. „Wir sind stolz auf diese Auszeichnung“, freuten sich Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert und Umweltreferent Thomas Schaller. „belegt sie doch, dass Augsburg auf dem richtigen Weg zur Nachhaltigkeit ist.“

KK/ots

Rating-Agentur Standard & Poor's vergibt „AAA“:

Bestnote für Bayern

Stoiber: „Qualitätssiegel für den Freistaat“

Als „Qualitätssiegel für Bayern“ bezeichnet Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber das neue Bayern-Rating „AAA - Ausblick stabil“, das die internationale Rating-Agentur Standard & Poor's Bayern zuerkannt und im bayerischen Kabinett vorgestellt hat. Stoiber: „Das 'AAA-Rating' ist das Qualitätssiegel Bayerns auf den internationalen Kapitalmärkten und für internationale Anleger. Die Spitzenbewertung durch Standard & Poor's heißt: Bayern spielt in der Champions League der internationalen Top-Standorte.“

Dies sei eine Auszeichnung für die seriöse Haushalts- und Finanzpolitik Bayerns im Vergleich zu allen anderen Ländern und zum Bund. „Mit dem AAA-Rating haben wir im Vergleich zu anderen Ländern einen ganz klaren Pluspunkt auf den internationalen Finanzmärkten und bei der Attraktivität für internationale tätige Investoren“, freute sich der Ministerpräsident. Parallel zur Haushaltswoche in Berlin mit dem unseriösesten Bundeshaushalt aller Zeiten zeige man in Bayern, was solide Haushaltspolitik ist. „Wir haben Bayern gegen den Bundestrend als Zukunfts- und Pionierland und als Hort der finanzpolitischen Stabilität aufgebaut. Diese Politik zahlt sich in objektiv messbaren Ergebnissen aus.“

Niedrigere Verschuldung

Nach der Bewertung von Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und zuletzt Hessen begründeten der Deutschlandchef von Standard & Poor's, Torsten Hinrichs und der für Länderratings verantwortliche Chefanalyst, Alois Strasser das jetzt vorgestellte Spitzen-Rating für Bayern vor allem mit der deutlich niedrigeren Verschuldung des Freistaats im Vergleich mit anderen Ländern: „Die starke wirtschaftliche Performance und die Finanzstärke Bayerns machen den Freistaat zu einem attraktiven Standort. Die geringe Kreditfinanzierungsquote, die konsequente Rückführung der Neuverschuldung und die geringe Zinsbelastung ermöglichen es dem Freistaat, mit den aktuellen Problemen am Wirtschaftsstandort Deutschland leichter fertig zu werden als alle anderen Länder.“

Stoiber betonte, dass alle Länder, auch Bayern, wegen der Wirtschaftsschwäche mit geringeren Steuereinnahmen zu kämpfen haben. Bayern führe aber die Neuverschuldung in seinem Haushalt konsequent zurück und habe für 2003 nur noch 350 Millionen Euro Neuverschuldung eingeplant, während Nordrhein-Westfalen mit 5,7 Milliarden Euro sechzehnmal mehr neue Schulden im Jahr 2003 mehr aufnehmen als der Freistaat. Dieses Ziel sei nur durch harte Sparmaßnahmen zu erreichen gewesen. Vor fünf Jahren habe die Neuverschuldung auch in Bayern noch bei über 1,2 Milliarden Euro gelegen. Stoiber: „Wir haben die Neuverschuldung Jahr für Jahr kontinuierlich abgebaut auf jetzt 350 Millionen Euro und wollen 2006 erstmals einen Haushalt ohne einen einzigen Euro neue Schulden vorlegen.“

Gleicher Wert wie Baden Württemberg

Finanzminister Kurt Fallthauer hob hervor, dass bisher neben Bayern nur noch Baden-Württemberg mit der Bestnote AAA und der Prognose einer stabilen Finanzentwicklung bewertet worden sei. Wegen der niedrigen Verschuldung müssten in Bayern lediglich drei Prozent der Steuereinnahmen für Zinsausgaben bereitgestellt werden. Demgegenüber gehen beispielsweise in Nordrhein-Westfalen bereits mehr als 13 Prozent (Durchschnitt der westlichen Flächenländer: 11 Prozent), beim Bund bereits fast 20 Prozent der Steuergelder für Zinszahlungen ver-

loren. Allein dadurch habe Bayern einen zusätzlichen Investitionsspielraum von jährlich über 1,7 Milliarden Euro. Fallthauer: „Unsere Finanzpolitik ist ein Aushängeschild für den Freistaat, der unsere Zukunft im internationalen Wettbewerb sichert. Gesunde Staatsfinanzen sichern uns den besten Startplatz im Wettbewerb um Arbeitsplätze und Zukunftsinvestitionen.“

100.000 neue Jobs

Stoiber betonte, dass wegen des konsequenten Kurses der Haushaltssanierung und der Zukunftsinvestitionen Bayerns bei allen entscheidenden Kennziffern Spitzenplätze belege. Vier bayerische Hochschulen zählen nach einem Ranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu den Top-Ten der deutschen Universitäten. Bayern ist das einzige Land, in dem in den letzten zehn Jahren mehr als 100.000 neue Jobs zusätzlich entstanden sind, während sonst Arbeitsplätze abgebaut wurden. 25 Prozent der High-Tech-Arbeitsplätze Deutschlands liegen

(Fortsetzung von Seite 1)

menden Landtag anzudienen. Freie Wähler und FDP wollen das als „bürgerliche“ Alternative, die Grünen als diejenigen, die schon im alten Landtag und in der Berliner Koalition die klarere Linie gezeigt haben.

Lage in Bayern besser als im Bund

Ein „klares Signal für Berlin“ ist Stoibers erklärtes Ziel bei der Landtagswahl, „damit Bayern stark bleibt“. Fraktionsvorsitzender Alois Glück - der im neuen Landtag aller Voraussicht nach die Nachfolge von Johann Böhm als Landtagspräsident antreten wird - zog die Wahlkampfbilanz: Die Lage in Bayern werde von den Bürgerinnen und Bürgern im Lande entschieden besser einge-

schätzt als die Situation in der Bundesrepublik. Dass die Bundespolitik in einer Landtagswahl eine Rolle spiele, sei nicht zu ändern. Stoiber und Glück haben indessen alle Vermutungen zurückgewiesen, der Ministerpräsident schaue bereits auf die Kanzlerkandidatur 2006. Letzterer betonte, er werde in Bayern gewählt und wolle Ministerpräsident bleiben. Dass es ihm auch um Einfluss auf die Union und die Bundespolitik geht, bestreitet er nicht.

Rating-Weltmarktführer

Standard & Poor's mit Sitz in New York ist Weltmarktführer bei Analysen und Ratings für Entscheidungsträger im Finanzbereich. Neben Unternehmensratings bietet Standard & Poor's auch Ratings für Länder oder Regionen an, in die alle wichtigen Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur Haushalts- und Finanzlage sowie Strukturdaten mit einfließen. Bayern hat sich erstmals 1998 raten lassen. Der Rating-Katalog geht von CC (Schuldner stark anfällig) über B (Zahlungsverzüge nicht ausgeschlossen) bis A (Investmentgrade) und ist in den einzelnen Hauptbereichen nochmals aufgesplittet (triple A, double A, single A).

Die Bewertung kann im Internet unter www.bayern.de abgerufen werden.

Landtagswahl als Signal ...

schätzt als die Situation in der Bundesrepublik. Dass die Bundespolitik in einer Landtagswahl eine Rolle spiele, sei nicht zu ändern. Stoiber und Glück haben indessen alle Vermutungen zurückgewiesen, der Ministerpräsident schaue bereits auf die Kanzlerkandidatur 2006. Letzterer betonte, er werde in Bayern gewählt und wolle Ministerpräsident bleiben. Dass es ihm auch um Einfluss auf die Union und die Bundespolitik geht, bestreitet er nicht.

Kritik auch an Berlin

Franz Magets Wahlkampf war darauf abgestellt, den im Ministerpräsidenten personifizierten Alleinvertragsanspruch der CSU für Bayern in Zweifel zu ziehen. Deswegen versuchte er, Erfolge der Bayern-SPD in Berlin zu betonen, etwa in der Verkehrspolitik oder bei der Förderung von Zukunftstechnologien, während die bayerischen Privatisierungsmilliarden weitgehend verpöppelt worden seien. Dass er in der Ablehnung des Transrapid-Projekts als Verbindung vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen im Erdinger Moos gegen die Aussagen der Bundesminister Stolpe (Verkehr) und Clement (Wirtschaft) stand und steht, nimmt Maget hin; wie er sich auch nicht scheut, Kritik an Berlin zu äußern.

Kein Fernsehduell

Das ersehnte Fernseh-Duell mit Stoiber ist Maget versagt geblieben. Einzig beim traditionellen Fingerhakeln auf dem Gilla-moos-Volksfest in Abensberg Anfang September kam es zur indirekten Konfrontation von Bierzelt zu Bierzelt. Entscheidend Neues brachte das nicht. Die direkte Konfrontation wie zwischen Stoiber und Schröder im Bundestagswahlkampf hat der Amtsinhaber abgelehnt. Maget ließ in Abensberg Likörfläschchen der Marke „Kleiner Feigling“ verteilen...

Schwarzmalerei 2/3-Mehrheit

Als eine Art letzten Trumpf gegen die CSU hat die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition die mögliche Zwei-Drittel-Mehrheit der Re-

Freude am Lernen

Die PISA-Studie hat es eindrucksvoll bewiesen: Die bayerische Bildungspolitik schneidet wesentlich erfolgreicher ab als die anderer Bundesländer. Bayerische Schülerinnen und Schüler liegen national an der Spitze und international im oberen Drittel des Leistungsvergleichs. „Doch gut ist uns nicht gut genug: Es ist unser Ziel, in den nächsten zehn Jahren unter die ersten fünf in der Weltrangliste zu kommen“, sagt Kultusministerin Monika Hohlmeier.

Um dieses Ziel zu erreichen, habe man bereits für das neue Schuljahr konkrete Maßnahmen in die Wege geleitet. Unter dem Leitmotiv „Fördern und Fordern“ setze man dazu weiterhin auf das bewährte gegliederte Schulsystem.

Die Hauptschule bereite auf das Wirtschafts- und Arbeitsleben vor und halte über die M-Klassen den Weg zur Mittleren Reife offen. Die Realschule sei ab diesem Schuljahr flächendeckend sechsstufig ausgebaut. Das Gymnasium erhalte einen neuen, deutlich gestrafften Lehrplan. Für jeden Schüler gäbe es den passenden Bildungsweg. Auch „Spätzünder“ stünden durch die erhöhte Durchlässigkeit alle Möglichkeiten offen.

Die neue Hauptschule werde noch stärker zur „Angebotsschule“ ausgebaut:

Das Angebot, über den Hauptschulabschluss hinaus die Mittlere Reife an der Hauptschule in einer „M-Klasse“ zu erwerben,

wird es im neuen Schuljahr in 1.790 M-Klassen an 427 Standorten für 39.400 Schüler geben. Auch Schüler am unteren Ende des Leistungsspektrums und Jugendliche mit erheblichen schulischen Problemen erhalten neue Perspektiven: In 93 Praxis-klassen können 1600 Schülerinnen und Schüler in Betrieben vor Ort oder in Werkstätten außerschulischer Partner praktische Erfahrungen sammeln und Kontakte zur Wirtschaft knüpfen.

„R 6“ jetzt flächendeckend

Die „R 6“ erweist sich als voller Erfolg. Mit Beginn des neuen Schuljahres ist die sechsstufige Realschule flächendeckend in ganz Bayern eingeführt. Alle Realschulen beginnen mit Jahrgangsstufe 5.

Neues am Gymnasium

Mit dem neuen Schuljahr werden auch am Gymnasium wesentliche Neuerungen eingeführt:

In der 5. Klasse wird das neue Fach „Natur und Technik“ eingeführt. Es soll zum eigenständigen naturwissenschaftlichen Entdecken, Ausprobieren und Experimentieren anregen.

Der Fremdsprachenunterricht wird gestärkt. Der Unterricht in der zweiten Fremdsprache beginnt in allen Ausbildungsrichtungen in Jahrgangsstufe 6.

Der Lehrplan wurde gründlich überarbeitet. Ziel ist die Reduzierung von Detailwissen und die Stärkung des Grundwissens.

Stärkung der Disziplin

Erfolgreiches und nachhaltiges Lernen, Fördern und Fordern setzt ein möglichst störungsfreies und vor allem gewaltfreies Klima an der Schule voraus. Um den Anspruch lernwilliger Schüler auf Bildung einerseits, ihr Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit andererseits zu gewährleisten, habe man ein Gesamtkonzept für verhaltensauffällige Schüler entwickelt.

Die Zusammenarbeit der Schulen mit Mobilen Sonderpädagogischen Diensten, der Jugendhilfe, der Polizei sowie der Jugendpsychiatrie soll weiter intensiviert werden.

Für Jugendliche, bei denen diese Maßnahmen nicht ausreichen wurden an 17 Hauptschulen Klassen eingerichtet, in denen extrem schwierige, teilweise kriminelle Jugendliche mit Hilfe von Beratungslehrern und Schulpsychologen intensiv pädagogisch gefördert werden.

Jugendliche mit massiver krimineller Energie sollen künftig auch dauerhaft vom Unterricht ausgeschlossen werden. Ihre Betreuung wird in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium in „Clearingstellen“ erfolgen.

Wenn alle Maßnahmen, Therapien und Bemühungen scheitern und der Schüler keinerlei Einsicht zeigt, wird Bayern eine gesetzliche Regelung zur vorzeitigen Beendigung der Schulpflicht treffen.

Neues Bewertungssystem an der Grundschule

Ab diesem Schuljahr beginnt Bayern an 30 Pilotschulen mit der Einführung eines neuen Bewertungssystems in der Grundschule. Es soll dazu beitragen, Klarheit über den individuellen Leistungsstand des einzelnen Kindes zu geben.

Modernes Leben in alten ...

(Fortsetzung von Seite 1)

In seiner Säulenhalle historische Fotografien der stillen Art. Das Wortspiel im Titel legt nahe, worum es den Veranstertern ging: Nachdenken über neue Zeiten im Städtebau. Die Ursachen des Wandels waren nämlich nicht nur Krieg und Gewalt. Auch dem Modernisierungsdruck der Stadtplaner fiel einiges zum Opfer. Ob einzelne Bauten oder ganze Stadtquartiere - all das, was nur noch auf verblassten Fotografien betrachtet werden kann, sollte zum Nachdenken anregen. Damit aus historischen Ansichten historische Einsichten werden...

Neue Funktionen

Der „Tag des Offenen Denkmals“ widmete sich in diesem Jahr im Stadtgebiet Freising unter anderem verschiedenen Baudenkmalen aus der Zeit der fürstbischöflichen Residenzstadt Freising. Sie gaben schlaglichtartig Zeugnis von den Herrschaftsverhältnissen, Verwaltungsstrukturen und kulturellen Lebensformen im alten Freising, bevor die Säkularisation in den Jahren 1802/03 dieser Epoche ein Ende setzte. Freising sich zur bayerischen Landstadt wandelte und die alten Gebäude und Räumlichkeiten, so sie nicht abgerissen wurden, neue Funktio-

nen erhielten. In Würzburg erlaubten die Karmelitinnen einen Blick in das Kloster Himmelsporten, in dem oft die Deutsche Bischofskonferenz tagt. Die Stadt Bamberg informierte ihrerseits über Baugeschichte und Wandmalereien im Dominikanerbau, während Nürnberg zum Besuch vieler Bürgerhäuser einlud. Außerdem wurde in der Groß- und Kleinweidenmühle in die Technik des Papierschöpfens eingeführt. Regensburg stellte unter anderem den neuen Waag-Napoleonsaal vor, im oberfränkischen Creussen wiederum gab es die in Deutschland einzig noch erhaltene bürgerliche Eremitage aus dem Jahr 1760 zu bewundern.

Augsburg legte den Schwerpunkt auf Industriebauten, etwa die Nähfadefabrik Ackermann von 1909, in der die TV-Serie „Samt und Seide“ gedreht wird, deren Kulissen ebenfalls zu besichtigen waren. Im Landkreis Landshut schließlich luden Gebäudebesitzer Geschichts- und Architekturfreunde ein zu einem Blick hinter die Mauern des barockzeitlichen Pfarrhofs von Asenkofen (Gemeinde Neufahrn) und eines malerischen Vierseithofs aus dem 18. Jahrhundert in Rothenwörth (Bodenkirchen). In Johannesbrunn (Schalkham) konnte die Klosteranlage besichtigt werden, um de-

ren Sanierung ein Förderverein kämpft, und in Baierbach öffnete der gemeindeeigene Wieserhof seine Tore, ein Wohnstallhaus aus dem 18. Jahrhundert.

Die zentrale Eröffnungsveranstaltung fand dieses Jahr in Ochsenfurt, Regierungsbezirk Unterfranken, statt. Das Bild der Stadt Ochsenfurt wird geprägt durch die im Kern mittelalterliche Bebauung, bestehend aus Fachwerkhäusern, häufig giebelständig, die im 18. Jh. teilweise verputzt und barockisiert worden sind. Die mittelalterliche Stadtgestalt ist dabei erlebbar geblieben.

Stumme Zeugen

Baudenkmäler seien stumme Zeugen der Geschichte, die es zu erhalten gelte, sagte Kunstminister Zehetmair bei der zentralen Eröffnungsfeier in Ochsenfurt. Er sprach sich für eine bessere finanzielle Ausstattung der Denkmalpflege aus. Generalkonservator Prof. Dr. Egon Johannes Greipl und Landtagsabgeordneter Manfred Ach sprachen nach der Begrüßung durch Bürgermeister Peter Wesselowsky. Im Anschluss an den Festakt fand ein Rundgang durch die Altstadt statt, wobei das Augenmerk besonders auf zwei sanierte Baudenkmäler mit Wohnnutzung fiel. DK

Contracting - Chancen für Kommunen in Zeiten der Finanznot

Von Dr. Rainer-Georg Miegel,
Leiter des Bereiches Technik im Hochbauamt der Stadt Nürnberg

Die Steuereinnahmen der Kommunen schrumpfen seit Jahren. Städte und Gemeinden stehen vor erheblichen Finanzproblemen. Dies verringert den Handlungsspielraum für Investitionen erheblich, teilweise muss Personal abgebaut werden. Da der Investitionsbedarf dennoch groß ist, überprüfen Kommunen, ob Contracting für sie eine Alternative darstellt.

Contracting ist ein flexibles Finanzierungs- und Betreibermodell, das Mitte der 80er Jahre entwickelt wurde.

Formen des Contracting

Das Modell sieht u.a. vor, energietechnische Anlagen einem externen Contractor zu übertragen. Dieser übernimmt - je nach

leistet gleichzeitig einen Beitrag zum Umweltschutz.

Anlagen-Contracting

Ein weit verbreiteter Contractingtyp ist das Anlagen-Contracting. Beispielsweise wird eine neue Heizungsanlage geplant, finanziert, installiert und für eine vertraglich festgelegte Summe

kann, bietet sich das Energieeinspar-Contracting bzw. Performance-Contracting an. In solchen Fällen wird eine Mindesteinsparung durch den Contractor garantiert. Beispielsweise verpflichtet sich der Contractor, mindestens 10 Prozent der bisherigen Betriebskosten einzusparen und erhält auch von der Kommune lediglich 90 Prozent der bisherigen Betriebskosten dieser Anlage. Sind die Einsparungen höher, geht dies zu Gunsten des Contractors, bleiben diese unter dem garantierten Wert, geht dies zu Lasten des Contractors.

Intracting als Alternative

In größeren Kommunen mit sehr guter personeller Ausstattung im technischen Bereich und guter Finanzkraft wird als Alternative zum Contracting auch das sogenannte Intracting praktiziert. Beim Intracting (internen Contracting) werden bei entsprechender Wirtschaftlichkeit Contracting-Aufträge innerhalb der Stadtverwaltung vergeben. Hierbei verbleiben die Gewinne im Konzern der Stadt. Vertragsanpassungen aufgrund sich ändernder Nutzungsbedingungen sind problemlos möglich. Des Weiteren werden guter Anlagenzustand sowie die Betriebssicherheit aufgrund des weiterbestehenden Einflusses auf Wartungs- und Unterhaltsarbeiten sichergestellt. Finanzierungsprobleme werden beim Intracting wegen der vorgeschalteten Wirtschaftlichkeitsprüfungen ausgeschaltet.

Voraussetzungen für ein Contracting-Engagement

Der Druck Wirtschaftlichkeitsüberlegungen in den Vordergrund zu stellen, hat angesichts der finanziellen Lage der Kommunen stark zugenommen. Dies bedeutet, dass für eine Kommune, wie der Stadt Nürnberg, Contracting gegenüber dem Intracting bzw. der Eigenfinanzierung dann eine interessante Alternative darstellt, wenn über die Vertragslaufzeit gesehen die wirtschaftlichere Lösung ist.

Zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit werden die Vollkosten aus dem Contracting-Vertrag den Kosten für den gesamt-

ten Nutzungszeitraum gegenübergestellt, die bei einer Modernisierung durch die Kommune selbst entstehen würden, einschließlich der Kapitalkosten. Größere Kommunen mit eigenem Fachpersonal müssen ihre Personalkosten veranschlagen, kleinere Gemeinden, die personell weniger gut ausgestattet sind, werden in ihrer Vergleichskalkulation die Kosten für externes Personal, z.B. Ingenieurbüros, mit einbezogen.

Weniger Koordinationsaufwand

Für Kommunen, die nicht über ausreichendes technisches Personal verfügen oder wo technisches Know how fehlt, ist Contracting eine besonders attraktive Alternative, da der Koordinationsaufwand für die Verwaltung deutlich verringert wird. Aber auch in einer großen Kommune, wie Nürnberg, können wirtschaftliche Contracting-Lösungen realisiert werden, wenn Contractoren gefunden werden, die bereit sind, das wirtschaftliche Risiko auch für eine Mischung aus weniger und mehr lohnenswerten Objekten zu tragen.

Wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Contracting ist eine sorgfältige und langfristig ausgerichtete Planung. Denn mit dem Contracting geht die Kommune eine vertragliche Bindung über eine Laufzeit von 10 bis 15 Jahren ein und muss bei möglichen Vertragsänderungen aufwändig nachverhandeln.

Anforderungsprofil an den Contractor

Entscheidet sich eine Kommune für Contracting, so wird der nächste Schritt die Suche nach dem geeigneten Anbieter sein. Dies erfolgt durch öffentliche oder beschränkte Ausschreibung. Der Verwaltungsaufwand ist hierbei relativ hoch.

Um unliebsamen Überraschungen vorzubeugen, sollten im Rahmen des Anbieterauswahlverfahrens Referenznachweise eingefordert werden, wenn der Partner nicht bereits durch bestehende Geschäftsbeziehungen bekannt ist. Neben langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiet der geplanten Zusammenarbeit legt die Stadt Nürnberg größten Wert auf Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit und Solvenz eines Anbieters.

Zuverlässige Partner

Wechselseitiges Vertrauen ist eine Grundvoraussetzung für jede kooperative Zusammenar-

beit, besonders jedoch bei langfristigen Contracting-Beziehungen. Naheliegender Kontakt zu regionalen Energielieferanten sein, wenn im Energiesektor bereits gut zusammengearbeitet wird. So kooperiert die Stadt Nürnberg mit der N-ERGIE Aktiengesellschaft auf dem Sektor des Energiecontrollings.

Contracting ist für Kommunen angesichts leerer Kassen eine

Chance, Investitionen ohne Belastung des Vermögenshaushaltes zu tätigen. Ganz besonders für kleinere Kommunen, die nicht in ausreichendem Maße über technisches Fachpersonal verfügen, stellt Contracting bei gegebener Wirtschaftlichkeit eine attraktive Alternative dar. Voraussetzung ist allerdings eine gründliche und langfristige Planung sowie die Auswahl des richtigen Contracting-Partners.



Günstiger Strom für Bayerns Kommunen

Brandl und Deml: Vertrag zum kommunalen Strombezug
Unter der Verhandlungsführung von Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl und mit sachkundiger Unterstützung durch den Ersten Bürgermeister Dipl.-Ing. Werner Mößner aus Langenthalheim, haben die kommunalen Spitzenverbände in Bayern mit der E.ON Bayern AG eine Vereinbarung über den kommunalen Strombezug abgeschlossen. Gemeinsam mit den Vertretern der weiteren kommunalen Spitzenverbände und dem Vorstandsvorsitzenden von E.ON, Dr. Peter Deml unterzeichnete Brandl die Nachtragsvereinbarung zu dem bereits seit 1999 bestehenden Rahmenvertrag über Stromlieferung an kommunale Einrichtungen und Liegenschaften. Die Vereinbarung sieht vor, dass die derzeit gültigen Nettopreise (ohne Steuern, Abgaben und sonstige Belastungen, also ohne Mehrkosten nach dem Gesetz über die Einspeisung erneuerbarer Energien und dem Gesetz über die Kraft-Wärme-Kopplung, Konzessionsabgabe, Stromsteuer und Umsatzsteuer) für das Jahr 2004 um 2,75 Prozent und für das Jahr 2005 vom 1. Januar bis 30. Juni zusätzlich um 2 Prozent und zum 1. Juli 2005 um weitere 0,25 Prozent angehoben werden. Diese Preissteigerungen bleiben weit unter den von Stromanbietern und Stromhändlern für die Jahre 2004 und 2005 prognostizierten Steigerungen der Strompreise. Günstiger Strombezug nützt nicht nur den profitierenden Gemeinden, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern, da Abgaben und Beiträge nicht erhöht werden müssen.



Schuldach für Sonnenstrom

Die Stadt Fürstenfeldbruck stellt nach dem Dach der Philipp-Weiß-Schule nun auch das Dach der Schule-Mitte am Niederbronner Weg für eine Bürgerbeteiligungsanlage zur Verfügung. Bürgermeister Sepp Kellerer und die Geschäftsführer der ZIEL 21 Sonnendach GbR, Karl-Heinz Schönenborn als Chef der Stadtwerke und Birgit Baidl als Vorsitzende von ZIEL 21, unterzeichneten den Dachnutzungsvertrag. Bürgermeister Kellerer ist selbst „Pionier“ bei der Solarstrom-Erzeugung. Seit 1997 betreibt er privat eine Anlage auf seinem Hausdach. Er begrüßt es, dass nun zwei Brucker Schulen mit Solardächern bestückt werden und die Schüler die Energie der Sonne in ihrem Schulalltag erleben können: „Die Photovoltaik hat mich überzeugt, ich werde meine Anlage noch erweitern lassen und hoffe, dass die Schüler begeistert werden können.“ 50 000 Kilowattstunden jährlich wird die neue Anlage erzeugen und in das Netz der Stadtwerke Fürstenfeldbruck einspeisen. „Damit wird sich unser Anteil an Sonnenstrom auf rund eine Million Kilowattstunden erhöhen“ berichtet Schönenborn. Die Stadtwerke beteiligen sich an der Anlage und übernehmen ehrenamtlich gemeinsam mit ZIEL 21 die Geschäftsführung für das Solardach. „Knapp die Hälfte der Anteile an der neuen Anlage sind schon gezeichnet. Wir suchen aber noch Interessenten aus dem ganzen Landkreis, die sich mit einer Einlage ab 3000 Euro beteiligen werden“, wirbt Birgit Baidl für das Gemeinschaftsprojekt. Die Einlage wird mit ca. 3,5 Prozent verzinst. Beteiligungsanlagen sind wichtiger Wegbereiber bei der Energiewende im Landkreis Fürstenfeldbruck: 15 Solardächer in 13 Kommunen des Landkreises sind in den letzten beiden Jahren durch Bürgerinitiative und mit Unterstützung von ZIEL 21 gebaut worden.

Erfolg der Lechwerke bei bundesweiter Recyclingaktion

Aus 63 Unternehmen wurde dieses Jahr die Lechwerke AG (LEW) als einer der Spitzenreiter im Sammeln von Niederspannungs- und Hochspannungs-Hochleistungssicherungen (auch NH/HH-Sicherungseinsätze genannt) ausgezeichnet. Der „Verein zur Förderung des umweltgerechten Recycling von abgeschalteten NH/HH-Sicherungseinsätzen e.V.“ vergab für das umweltbewusste Engagement der Lechwerke eine Urkunde und einen Ehrenpreis.

Gerd Fink, Vorstand des Vereins, überreichte die Auszeichnung an Paul Waning, Vorstandsmitglied der Lechwerke. An der Übergabe, die im Augsburger LEW-Kundenforum stattfand, nahm auch Wolfgang Pils, Produktmanager für Sicherungen, Schalt- und Kontrollgeräte der Siemens AG, teil.

Die Lechwerke beteiligen sich seit 1996 an der bundesweiten Recyclingaktion. Als einer der besten Sammler des letzten Jahres haben die Lechwerke mehr als neun Tonnen Recycling-Material zusammengetragen. Die abgeschalteten Sicherungen werden umweltgerecht recycelt und in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt. Aus den verwertbaren Wertstoffen wird Kupfer und Silber wiedergewonnen. Bundesweit wurden im Jahr 2002 insgesamt 166 Tonnen Sicherungseinsätze gesammelt.

Der Verein setzt sich auch dafür ein, dass künftig nur noch Nieder- und Hochspannungssicherungen hergestellt werden, die keine Schadstoffe enthalten und daher recycelt werden können.

Vertragsausgestaltung - ein breites Spektrum an Aufgaben, das von der Bestandsanalyse zur Planung, Demontage der Altanlage, Installation der Neuanlage bis hin zur Wartung, Instandhaltung, Störungsmanagement und Betriebskostenabrechnung reichen kann. Zentraler Bestandteil des Contracting ist die Finanzierung der Anlage durch den Contractor sowie die Übernahme des unternehmerischen Risikos für die betreffende Anlage. Die Kommune bindet für die Neuinvestition also kein Kapital, sie bezahlt lediglich die bereitgestellte Energie. Durch den Einsatz modernster Technik kann sie sogar bei den laufenden Kosten einsparen und

betrieben und mit Brennstoff versorgt. Für die Vertragslaufzeit bleibt die Anlage im Eigentum des Contractors. Wenn die Anlage Bestandteil des Gebäudes ist, erfolgt die Eigentumssicherung über den Eintrag einer Dienstbarkeit im Grundbuch.

Ein Anlagen-Contracting kann auch mit Energieeinspar-Contracting verknüpft werden. Hier schöpft der Contractor sein Entgelt aus den eingesparten Energie- und Betriebskosten, die aus seinen Investitionen in die Anlage erzielt werden können.

Auch in den Fällen, bei denen die Höhe der Einsparung der Kommune als Auftraggeber nicht klar abgeschätzt werden

E.ON fördert Wasis Traum

Sponsoring für Museumsdorf: Lukashof wird Strommuseum

„Unweit von hier gelang im Jahr 1882 ein weichenstellendes Experiment: In Miesbach erzeugter Strom wurde über gewöhnliche Telegraphenleitungen 57 km weit zur Elektrizitätsausstellung nach München transportiert - eine technische Revolution“, erzählte Dr. Albert Schleich, Generalbevollmächtigter der E.ON Bayern AG beim Richtfest des Lukas Hofes im Schlierseer Ortsteil Neuhaus. Den Hof aus dem 17. Jahrhundert im Museumsdorf des bekannten Skisportlers Markus Wasmeier sponsert der bayerische Energieversorger.

„Für uns ist das ein weiterer Glücksfall“, freute sich Wasmeier. So viele Menschen begleiten und unterstützen inzwischen seine Idee. Zunächst war es der Markus mit seinem Vater, die sich in gemeinsamen Gesprächen sorgten um die wertvolle alte Bausubstanz in der Region, die dem Verfall preisgegeben schien. Schon vor Jahren entstand dann die Idee mit dem Museum. Und seither fügt sich so vieles, dass der populäre Sportler schon gar nicht mehr an Zufall glauben kann.

Die Sparkasse gab 100.000 Mark Zuschuss für den Riedererhof, 30.000 Mark kamen vom Bezirk Oberbayern, DaimlerChrysler stellte einen LKW-Alttego zur Verfügung. Landrat Norbert Kerker und Bürgermeister Toni Scherer waren behilflich bei der Erledigung der behördlichen Formalitäten. Das Museumsdorf spielt nicht nur eine Rolle, um wichtiges Kulturgut der Region zu erhalten; auch für den Fremdenverkehr hat Wasmeiers Initiative große Bedeutung.

Begeisterung, die ansteckt

Vor allem aber sind es die begeisterten Menschen, die das Dorf wachsen lassen, die Ideen, Engagement, ihrer Hände Arbeit und das Erbe ihrer eigenen Vorfahren mit einbringen. Ein Archäologe gehört heute ebenso zum festen Team wie ein Großgrundbesitzer, der jede Woche einen Tag in Neuhaus arbeitet.

Jetzt ist E.ON-Bayern mit im Boot. Und die Begeisterung, die den Kreis der Freunde und Förderer vorantreibt, ist längst auf alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Energieversorgers übersprungen, die mit diesem Projekt befaßt sind. „Wir wollen zeigen, dass wir mit dabei sind, wenn es nur irgendwie geht“, heißt es immer wieder.

Das „Elektrische“

Beim Lukashof geht es. Vieles passt zusammen. Auch für E.ON. Dr. Schleich erläuterte die Überlegungen, wie es im Strommuseum einmal aussehen könnte. Man wird die Elektrifizierung Oberbayerns darstellen. Viele Gemeinden in ländlichen Gebieten wurden erst in den Zwanzigerjahren des vorigen Jahrhunderts an das immer schneller wachsende öffentliche Versorgungsnetz angeschlossen.

Das „Elektrische“ bekam die Gemeinde Schliersee im Jahr 1915. Die Oberbayerische Überland-Zentrale, die OBÜZ, war damals einer der E.ON-Vorgänger. Seitdem besteht die partnerschaftliche Verbundenheit. Die OBÜZ wurde in den frühen Dreißigerjahren von den Amperwerken übernommen; diese wiederum fusionierten 1955 zu den Isar-Amperwerken. Aus der Verschmelzung der IAW mit drei weiteren bayerischen regionalen Versorgern entstand Ende 2001 die E.ON Bayern AG.

„Viele mögen sich fragen, warum sich ein Energiedienstleister für ein Bauernhof-Museum engagiert“, sagte Dr. Schleich. Für ihn ist die Antwort ganz einfach. E.ON Bayern könne über seine Rechtsvorgänger auf eine weit über hundertjährige bayeri-

meiers Konzeption als lebendes Museum sei bundesweit einzigartig. Das Konzept stehe für regionale Verwurzelung und Bewahrung von bayerischer Geschichte, Kultur und Tradition. „Über unsere lange Geschichte sind wir von E.ON Bayern ein Stück davon geworden“, lobte Schleich.

In der Tenne des Lukas-Hofes plant E.ON nunmehr auf 220 qm ein unkonventionelles Strommuseum. Eingebunden in die Darstellung des geschichtlichen Rahmens und des zeitgenössischen Umfelds werden antiquierte und nostalgische Technischelemente und Elektrogeräte von den Zwanzigerjahren bis Ende der Achtzigerjahre ausgestellt.



Gemeinsam mit Dr. Albert Schleich und Markus Wasmeier (2. und 3. v. l.) sammeln die Freunde und Förderer des altbayerischen Museumsdorfes jetzt auch antike und skurile Elektrogeräte. Eine einmalige Kombination von Bierwärmer und Hosenbügler soll sogar dabei sein. Beim Richtfest des Lukashofes kam das museale Objekt jedoch (noch) nicht zum Einsatz. Foto: Wendler

WBG AG gemeinsam mit Erdgas Südbayern (ESB) zur Energieform der Zukunft:

Erdgas ist die attraktivste Heizenergie

Erdgas Südbayern GmbH (ESB) beliefert zukünftig die Wohnungen der WBG im Haushamer Gebiet mit Erdgas

Hausham. Der südbayerische Energiedienstleister Erdgas Südbayern GmbH (ESB) konnte die Entscheidung zur zukünftigen Energieversorgung des Wohnungsbestands der WBG - Wohnen, Bauen, Grund AG für Wohn- und Gewerbeimmobilien in Hausham erfolgreich für sich entscheiden. Mit den Bauarbeiten wurde im Frühsommer begonnen. Damals wurde auch der Erdgas-Liefervertrag von den Firmenvertretern der ESB und WBG in Hausham unterschrieben. Dabei sollte der bewusst gewählte Termin - Freitag der 13. Juni - den gemeinsamen Aktivitäten und den Unternehmen Glück bringen.

Eine bundesweit durchgeführte EMNID-Verbraucherumfrage belegt ganz klar: Erdgas ist bei den Bundesbürgern die attraktivste Heizenergie. „Erdgas bietet den höchsten Komfort und auch in Punkto Umweltverträglichkeit ist Erdgas unschlagbar“, so die klar überwiegende Meinung. Bundesweit wurde nach der

waltet sie bayernweit Wohn- und Geschäftshäuser, beispielsweise für E.ON und andere Eigentümer sowie für Eigentümergemeinschaften. Ein Teil des eigenen Bestandes - ca. 1000 Wohnungen - werden innerhalb der nächsten Jahre auf die Versorgung mit Erdgas zur Heizung und Warmwasserbereitung um-

CO₂-Ausstoß reduzieren und nicht zuletzt die Nebenkosten senken.

„Die Erdgas Südbayern GmbH versorgt seit über 40 Jahren südbayerische Städte und Gemeinden mit Erdgas. Ständig wird das bestehende Erdgasnetz erweitert und wir freuen uns sehr, dass wir mit der WBG einen Partner haben, der die regionale Ausrichtung und damit den Service vor Ort zu schätzen weiß“, so Bernhard Reith, Leiter der Region Süd und betont: „Erdgas ist eine sparsame und umweltfreundliche Energie - sicher und sauber“.

63 Prozent Anschlussdichte

„Aktuell versorgt das ESB ServiceCenter Hausham 5.900 Kunden. Das bedeutet, dass wir bei einer Anschlussdichte von ca. 63 Prozent liegen“, freut sich Walter Fraunhofer sen., stellv. Leiter des SC Hausham, in dessen Zuständigkeitsbereich das Neuerschließungsgebiet liegt. „Die ESB investiert alleine in den Aufbau dieser Neuerschließung rund 415.000 Euro“, ergänzt Fraunhofer und meint weiter: „Da der internationale Erdgashandel mit langfristigen Verträgen von durchschnittlich 25 Jahren arbeitet, ist natürlich auch in diesem Neuerschließungsgebiet die Versorgung langfristig gesichert.“

Serviceberatungen

„Intensive Beratungen in Bezug auf Service starten in den nächsten Wochen und Monaten und es werden ausführliche Gespräche mit den WBG-Hausmeistern geführt“, so Walter Fraunhofer sen. und ergänzt: „denn auch im Hinblick auf unseren Service stehen wir mit Rat und Tat rund um die Uhr zur Verfügung.“
Info-Adresse im Internet: www.esb.de



Unser Bild zeigt (v.l.): Matthias Wahl, Vorstand der WBG - Wohnen, Bauen, Grund AG für Wohn- und Gewerbeimmobilien, Fachberater Walter Fraunhofer sen. und Bernhard Reith, Leiter des ServiceCenter bei der Vertragsunterzeichnung.

Heizenergie gefragt, die bei freier Auswahl gewählt würde, die den höchsten Komfort bietet sowie am umweltverträglichsten und preiswertesten sei.

Umstellung auf Gas

Die service-orientierte Haushamer WBG AG verkauft und vermietet Wohnungen aus eigenem Bestand hauptsächlich in den Landkreisen Miesbach und Weilheim. Darüber hinaus ver-

gestellt. „Wir wollen für unsere Eigentümer und Mieter immer die optimale Lösung“, so der Vorstandsvorsitzende Dipl.-Ing. Matthias Wahl, „deshalb haben wir uns zur Zusammenarbeit mit der ESB und ihrer Haushamer Niederlassung entschlossen.“

CO₂-Ausstoß senken

Die Umstellung und einige technische Erneuerungen sollen den Energieverbrauch und den

Erdgasfahrzeuge auf der IAA

Modellpalette wächst

Innovativ und umweltfreundlich Auto fahren? Als einzige jetzt verfügbare alternative Antriebsenergie bietet der Erdgasantrieb diese Möglichkeit. Daher setzen fast alle führenden Autohersteller mittlerweile auf Erdgasfahrzeuge in Serienproduktion.

Mit 13 verschiedenen Fahrzeugmodellen - vom Pkw bis hin zum leichten Nutzfahrzeug - haben Fiat, Ford, Opel, Volkswagen und Volvo auf die steigende Nachfrage reagiert. Jüngster Neuzugang im Erdgasauto-Segment ist der sportliche Fiat Punto.

Auf der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in Frankfurt am Main präsentiert der Trägerkreis Erdgasfahrzeuge auch in diesem Jahr wieder eine umfassende Modellauswahl.

Die Fahrzeuge mit Erdgasantrieb sind, wie auch die Zeitschrift „ÖKO-TEST“ in ihrer Juni-Ausgabe feststellte, genauso technisch ausgereift wie Benzin- oder Diesel-Pkw. Für den praxistauglichen Einsatz der Erdgasautos sollen zu-

dem rund 1.000 zusätzliche Tankanlagen für Erdgas bis 2007 flächendeckend in Deutschland eingerichtet werden.

Bei einem durchschnittlichen Kilogramm-Preis für Erdgas von 0,67 Euro zum Jahresanfang 2003 spart der Verbraucher gegenüber Superbenzin rund 50 Prozent der Tankkosten - bei einem Durchschnittsverbrauch von sieben Litern und einer Fahrleistung von 15.000 Kilometern kommen so bei einem Fahrzeug der Mittelklasse mehr als 500 Euro Einsparungen im Jahr zusammen.

Nähere Informationen rund um die einzige bereits heute verfügbare Kraftstoffalternative bietet der Trägerkreis Erdgasfahrzeuge auf der IAA in Halle 4.0 Stand B 15. Darüber hinaus erhalten Interessierte unter der telefonischen Infoline 01802-234500 (0,06 € pro Gespräch) oder im Internet unter www.erdgasfahrzeuge.de Auskunft über Trends und Entwicklungen im Bereich Erdgasfahrzeuge.

Wirtschaftsminister Wiesheu zum Erneuerbare-Energien-Gesetz:

Novellierungspläne nötigen Stromverbrauchern weitere Opfer ab

„Statt notwendiger Kostensenkung sind weitere Belastungen vorprogrammiert“

München. Als einen „Weg in die falsche Richtung“ hat Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu neue Überlegungen von Bundesumweltminister Jürgen Trittin zur Gesamt-Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) bezeichnet. „Der Bundesumweltminister hat wohl übersehen, daß die Diskussionen um die Novellierung des EEG insbesondere vor dem Hintergrund der Kostenexplosion durch die Belastungen des EEG geführt werden müssen. Wir brauchen mehr Effizienz und einen stärkeren Anreiz zur Kostensenkung.“

Wiesheu kritisierte, daß das Füllhorn gerade bei der Windkraft noch weiter geöffnet wer-

Biomasse im Aufwind Anstieg um fünf Prozent

Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen ist in Bayern weiter im Aufwind. Das geht laut Landwirtschaftsminister Josef Miller aus einer Auswertung der Koordinierungsstelle für nachwachsende Rohstoffe C.A.R.M.E.N. e. V. hervor. Danach entfielen im Jahr 2001 3,76 % des Primärenergieverbrauchs im Freistaat auf Biomasse - das sind 5 % mehr als im Jahr zuvor. Vorläufige Ergebnisse für 2002 lassen eine weitere Steigerung erwarten. Möglich gemacht hat diese Entwicklung nach Aussage Millers die Förderpolitik der Bayerischen Staatsregierung: „Seit 1990 haben wir rund 185 Millionen Euro, davon 153 Millionen Euro Landesmittel, überwiegend in die Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen investiert.“

den soll. „Hier geht Trittin nach dem Motto vor: Je exotischer das Vorhaben, desto höher die Vergütung. Geld spielt bei diesen Überlegungen offenbar keine Rolle. Das ist unverantwortlich angesichts der derzeitigen Wirtschaftslage und der täglich zunehmenden Belastungen, die dem Bürger zugemutet werden“, meinte Wiesheu.

Mehr Wettbewerb

Der Minister betonte, dass Bayern hinter der Förderung der erneuerbaren Energien und dem Ziel der Verdoppelung ihres Anteils an der Stromerzeugung bis 2010 stehe: „Das geht aber nur, wenn mehr Wettbewerb bei den geförderten Energien herrscht und damit eine höhere Effizienz

erreicht wird.“ Die Wirtschaftsministerkonferenz hat dazu bereits konkrete Vorschläge zur Diskussion gestellt. „Der Bundesumweltminister wäre gut beraten, seine Eckpunkte vor diesem Hintergrund zu überarbeiten. Was wir brauchen, ist eine Rückbesinnung auf einen ausgewogenen Energiemix“, so Wiesheu.

330 Millionen vom Freistaat Bayern

Allein in den letzten fünf Jahren hat der Freistaat für neue Energietechnologien und Energieeinsparungen rund 330 Millionen Euro Zuschüsse und 245 Millionen Euro zinsgünstige Darlehen gewährt. Der Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch ist im Freistaat mit knapp 11 Prozent dreimal so hoch wie der Bundesdurchschnitt. Außerdem liegt der energiebedingte CO₂-Ausstoß pro Kopf in Bayern mit 7,1 Tonnen jährlich um ein Drittel unter dem Bundeswert von 10,3 Tonnen.

„rückblicke 2002“ mit guten Aussichten

ESB - Konzept erfreulich erfolgreich

München. Geschäftsberichte an sich sind oft eine trockene Angelegenheit: Zahlenreihen, Umsatzstatistiken oder Diagramme erschließen dem Laien meist nicht den Zugang zum Unternehmen. Dass ein solches Medium auch spannend und interessant zu lesen sein kann, beweist die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) mit ihrem aktuellen Jahresbericht „rückblicke 2002“. Auf knapp 40 Seiten gibt der sympathische Erdgasdienstleister mehr Einblicke in den Unternehmensalltag als gewohnt und rückt den Menschen, vor und hinter der Lieferkette, in den Vordergrund.

Mit „rückblicke 2002“ verfolgt die ESB ehrgeizige Ziele. Einerseits will man das Unternehmensprofil schärfen und vor allem auf den starken regionalen Bezug der ESB verweisen, andererseits wird erstmals sehr umfassend das facettenreichen Leistungsspektrum des Unternehmens dargestellt. Darüber hinaus wird „rückblicke 2002“ dem vielleicht wichtigsten Anspruch eines Geschäftsberichtes gerecht, wenn er aufzeigt, wie stark sich die ESB an den Wünschen und Anforderungen ihrer Kunden orientiert.

„Was zeichnet einen guten Standpunkt aus?“

Neben inhaltlichen Qualitäten überzeugt der neue Geschäftsbericht auch durch gestalterische Elemente. „Wir haben eine Kombination aus Imagebroschüre und Leistungsspektrum kreiert, die vor allem durch ihre ungewöhnliche Bilderwelt in Panorama-Optik besticht“, erklärt Josef Hainer, Leiter der Abteilung Marketing, die Aufmachung der neuen Broschüre.

Sieben griffige und phantasievolle Überschriften eröffnen dem Leser einen Einblick in den Inhalt der sieben Hauptkategorien Standpunkt, Service, Personal, Technik, Umwelt, Kooperationen und Zukunft. Dies sind gleichzeitig die wichtigsten Ziele und Visionen des Unternehmens.

Regulierung der Strom- und Gasmärkte:

VKU stellt Forderungen

Der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) will an der Gestaltung einer staatlichen Regulierungsinstanz für die Strom- und Gasmärkte mitwirken. „Auch wenn wir die Selbstregulierung durch sog. Verbändevereinbarungen bevorzugt hatten, akzeptieren wir die Vorgaben der EU zur Einrichtung nationaler Regulierungsstrukturen“, erklärte VKU-Präsident OB Gerhard Widder in Berlin. Das VKU-Präsidium hat einen Forderungskatalog an den Gesetzgeber weitergeleitet.

Danach müsse eine Regulierung allen Marktakteuren in erster Linie Rechtssicherheit vermitteln und sie dürfe die wirtschaftlichen Grundlagen der Unternehmen nicht dadurch gefährden, dass sie die Regulierungspraxis ausschließlich am Ziel einer „Niedrigstpreispolitik“ ausrichte.

Versorgungssicherheit

Daneben müsse sie sich zu einer gleichrangigen Beachtung der energiewirtschaftlichen Ziele des Energiewirtschaftsgesetzes, insbesondere auch der Versorgungssicherheit, verpflichten. Die Regulierungsinstanz

solle kostengünstig arbeiten, beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit angesiedelt sein, ggf. durch vorhandene föderale Strukturen unterstützt werden und den Sachverstand der Unternehmen und ihrer Verbände in die Entscheidungen einbeziehen.

Rechtssicherheit

Für die kommunalwirtschaftliche Energieversorgung sei nach über 5-jähriger Liberalisierungserfahrung und zahlreichen (gerichtlichen) Auseinandersetzungen mit Kartellbehörden und Energiehändlern von existentieller Bedeutung, dass der

Gesetz-/Verordnungsgeber mit der Festlegung der grundsätzlichen Aufgaben und der Regulierungsintensität Rechtssicherheit für alle Marktakteure schaffe.

Handlungsfähige Stadtwerke erhalten

Eine nur an einer „Niedrigstpreispolitik“ ausgerichtete Regulierungspraxis führe auch zur Beeinträchtigung der durch das Energiewirtschaftsgesetz vorgegebenen Gewährleistung von Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit. Der VKU erwarte vom Gesetzgeber, dass zumindest die substantiellen Elemente der Methoden zur Berechnung von Netznutzungsentgelten gesetzlich oder durch eine Rechtsverordnung festgelegt werden.

Energiewirtschaftliche Ziele des Energiewirtschaftsgesetzes

Durch die Regulierungspraxis müsse die Sicherheit der Netze gewährleistet und auch zukünftig ausreichende Investitionen in die Netzinfrastruktur und den Netzausbau ermöglicht werden.

Wenn das derzeitige Versorgungsniveau beibehalten werden solle, müsse die Kalkulation der Netznutzungsentgelte den Versorgungsunternehmen eine angemessene Eigenkapitalverzinsung unter Wahrung der

Nettosubstanzerhaltung bieten.

Die Vorgaben der EU-Beschleunigungs-Richtlinie bestimmten auch, dass die Netznutzungsentgelte kostenorientiert und nichtdiskriminierend sein müssen. Darüber hinaus sei zu sichern, dass staatlich veranlasste Kosten- und Preiskomponenten (z.B. Steuern, EEG- und KWK-Aufwendungen) bei der Festlegung der Tarife ohne Einschränkung anerkannt werden.

Effiziente und föderal organisierte Regulierung

Die Regulierung solle mit geringen Kosten arbeiten und unverhältnismäßigen staatlichen Personalaufwand vermeiden. Dieser Anspruch könne durch ein sog. Kombinationsmodell - im Sinne eines Nebeneinanders von Bundes- und Landesinstitutionen mit jeweils abgegrenzten Zuständigkeiten - eingelöst werden. Die Bundesregulierungsinstanz sollte beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit angesiedelt und durch vorhandene Länderstrukturen föderal ergänzt werden.

Einbeziehung der Stadtwerkekompetenz

Der VKU verlange die Beteiligung seiner kommunalwirtschaftlichen Kompetenzen und Erfahrungen bei der Festlegung der Regulierungsstrukturen und -inhalte. Er sei bereit, seinen Sachverstand auch im Rahmen gemeinsamer Vorschläge der Unternehmen und ihrer Verbände im Sinne freiwilliger Verhandlungslösungen einzubringen.

Blackouts vermeiden!

Vor Bauarbeiten über die Lage von Stromkabeln informieren

Nach dem Ende der Sommerpause beginnt in vielen Gemeinden wieder verstärkt die Bautätigkeit. Damit das geschäftige Treiben der Schaufelbagger nicht versehentlich zum Blackout oder gar zu einem Stromunfall führt, gibt die E.ON Bayern AG nützliche Tipps für den sachgemäßen Umgang mit Stromkabeln.

Ein großer Teil der in den Gruppenschaltleitungen Degendorf und Schwandorf registrierten Stromunterbrechungen ist auf solche Anlässe zurückzuführen. Die unangenehmen Folgen und die vom Verursacher zu tragenden Kosten ließen sich nach Überzeugung der Fachleute leicht vermeiden.

Vor dem Graben nach der Leitung fragen

Wichtigste Devise, bevor der Baggerführer mit der Arbeit beginnt: Vor dem Graben nach der Leitung fragen! Bauherren und Baufirmen können sich viel Ärger ersparen, wenn sie sich rechtzeitig über unterirdische Leitungen informieren. Dabei ist zu beachten, dass Kabel und Leitungen nicht nur in bebauten Gebieten liegen, sie können auch in Gärten, Feldern, Wiesen und Wäldern verlegt sein. Stromkabel verlaufen üblicherweise 60 Zentimeter bis 1,50 Meter unter der Erdoberfläche - Abweichungen von dieser Norm sind aber möglich. Im Zweifelsfall erfährt man bei der technischen Auskunft von E.ON Bayern unter der kostenlosen Telefonnummer 08 00-2 03 05 01, welches Serviceteam vor Ort an Hand konkreter Pläne die Lage der Kabel bestimmen kann.

Sicherheitsbestimmungen

Bei Grab- und Baggerarbeiten sind Sicherheitsbestimmungen und Mindestabstände zu Freileitungen und Erdkabeln einzuhalten. Besondere Vorsicht ist geboten, wenn unerwartet Warnbänder, Teile von Erdungsanlagen (zum Beispiel Bandeisen) oder Erdkabel zum Vorschein kommen. Dann sollte man in jedem Fall die Arbeit sofort unterbrechen und den Technischen Servi-



Gemeinsam für mehr Umweltschutz (v. l. n. r.): Landrat Dr. Günther Denzler, Georg Hofmann, Geschäftsinhaber des Autoparks Hofmann und Dipl.-Ing. Michael Streffing, Ferngas Nordbayern GmbH (FGN).

Landkreis Bamberg fährt umweltfreundlich

In der Abteilung Gesundheitswesen ist erstmals ein erdgasbetriebenes Fahrzeug im Einsatz

Der Fuhrpark des Landratsamtes Bamberg wird umweltfreundlicher. Landrat Dr. Denzler nahm das erste Fahrzeug, einen Opel Astra Kombi, mit Erdgasantrieb vom Geschäftsinhaber des Autoparks Hofmann in Leesten, Georg Hofmann, in Empfang.

„Erdgasautos haben einen sehr geringen Schadstoffausstoß und leisten einen Beitrag zur Verminderung des Kohlendioxidstoffs im Sinne der Agenda 21. Die Fahrzeuge sind aber auch in finanzieller Hinsicht sehr interessant, da sie trotz der höheren Anschaffungskosten durch die konkurrenzlos günstigen Kraftstoffpreise von ca. 0,50 € pro Liter Kraftstoff kostengünstig betrieben werden können“, so der Landrat.

Fördermittel

Aber auch die Gaslieferer fördern die Anschaffung eines gasbetriebenen Fahrzeuges und stellen die ersten 1.200 kg Erdgas kostenlos zur Verfügung. Das reicht für etwa 20.000 km. Dipl.-Ing. Michael Streffing von der Ferngas Nordbayern GmbH (FGN) erklärte, dass durch diesen Zuschuss die Markteinführung von erdgasbetriebenen Autos verstärkt werden solle, da das Tankstellennetz noch nicht so umfangreich sei. „Unser Ziel ist es, im Versorgungsbereich der FGN - Oberfranken, Unterfranken und die Oberpfalz - bis 2007 ein komfortables Netz mit 70 Tankstellen aufzubauen. Derzeit sind es 18 Tankstellen, es kommen jedoch stetig weitere hinzu.“

Kommunen sollen Beitrag leisten

Bei der Umweltministerkonferenz des Bundes und der Länder im Jahre 1998 wurden die Kommunen bereits aufgefordert, einen eigenen Beitrag zur Durchsetzung dieser sauberen und leisen Technik zu leisten. „Jetzt können wir durch das gestiegene Produktangebot und die finanziellen Anreize beim Erdgasantrieb diese Autos auf Herz und Nieren prüfen. Wenn meine Mitarbeiter/innen mit dem Produkt zufrieden sind, werden wir für unsere Fahrzeugflotte in Zukunft weitere Erdgasautos anschaffen und damit einen Beitrag zur Verminderung des Schadstoffausstoßes leisten“, freute sich der Landrat.

E.ON Bayern verleiht Kulturpreis Ostbayern 2003

Zwei herausragende Künstler aus der Oberpfalz und aus Niederbayern werden heuer mit dem Kulturpreis Ostbayern von E.ON Bayern ausgezeichnet. Preisträger sind der Museumsgründer und leidenschaftliche Sammler moderner Kunst Hanns Egon Wörlen aus Passau und der Glaskünstler Theodor G. Sellner aus Lohberg im Bayerischen Wald. Der Kulturpreis Ostbayern der E.ON Bayern AG gehört zu den bedeutendsten kulturellen Auszeichnungen in Bayern und würdigt 2003 das Lebenswerk der beiden Preisträger. Er ist mit jeweils 8 000 Euro dotiert. Die Verleihung findet am 3. November in den Räumen von E.ON Bayern in Regensburg statt.

Mit dem Kulturpreis Ostbayern der E.ON Bayern AG werden jedes Jahr Persönlichkeiten aus Kunst, Kultur und Wissenschaft ausgezeichnet, die einen herausragenden Beitrag zum kulturellen Leben Ostbayerns leisten. Der Preis wurde 1959 ins Leben gerufen und wird im jährlichen Wechsel als sogenannter „großer“ Kulturpreis und als Förderpreis für Nachwuchskünstler vergeben.

Hanns Egon Wörlen hat in seinem Leben die Kunst, vor allem die moderne Malerei, zum wesentlichen Anliegen gemacht. Als erfolgreicher Architekt kaufte er 1986 in Passau das stark renovierungsbedürftige Altstadthaus in der Bräugasse 17 und machte es in jahrelanger, liebevoller Arbeit zu einem Museum für moderne Kunst, das heute weit über Passau hinaus einen ausgezeichneten Ruf hat. 1988 gründete er die „Stiftung Wörlen

- Museum Moderner Kunst“. Mit internationalen Ausstellungen findet die Stiftung Wörlen in ganz Europa Beachtung. Ein weiteres zentrales Anliegen Wörlens ist die Förderung und Dokumentation bedeutender Künstler aus der Region selbst.

Der Oberpfälzer Theodor G. Sellner ist einer der wichtigsten Glaskünstler Deutschlands. Mit der Teilnahme an vielen großen und bedeutenden Ausstellungen, die ihn unter anderem auch in die USA, nach Japan und in zahlreiche europäische Länder geführt haben, unterstreicht Sellner seine herausragende Stellung als Künstler, der sich ganz auf das spannende Material Glas konzentriert. Theodor G. Sellner verbindet künstlerische Vision, kulturelles Verständnis für Traditionen und vollkommene Glas-handwerk miteinander und schafft damit immer wieder eigenständige Welten aus Glas.

VBEW begrüßt Förderung der Wasserkraft nach EEG

„Vorschlag weist in die richtige Richtung“

Einem Bericht der Süddeutschen Zeitung zufolge plant Umweltminister Jürgen Trittin, Wasserkraftwerke über fünf Megawatt Leistung in die Förderung nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) aufzunehmen. Der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft, VBEW, begrüßt diesen Vorschlag als Schritt in die richtige Richtung.

Allerdings dürfe nicht nur der Aus- und Neubau von Wasserkraftwerken unterstützt werden. Die Förderung müsse auch sicherstellen, dass erforderliche Sanierungen bei bestehenden Anlagen durchgeführt werden können. „Andernfalls drohen auch größere Wasserkraftwerke ins wirtschaftliche Abseits zu geraten.“ Dies liege zum einen am starken Preisverfall nach der Liberalisierung der Stromversorgung, zum anderen an den kostensteigernden, hohen Auflagen der Behörden. Die Wasserkraft leistet einen wichtigen Beitrag zur günstigen CO₂-Bilanz in Bayern. Während der

CO₂-Ausstoß im Freistaat pro erzeugter Kilowattstunde Strom bei rund 150 Gramm liegt, werden bundesweit rund 530 Gramm ausgestoßen. Die Wasserkraft ist darüber hinaus die effizienteste und kostengünstigste Form der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Sie benötigt im Vergleich zu anderen regenerativen Energieträgern den geringsten Förderanreiz. „Vor diesem Hintergrund müssen die Förderungen des EEG grundsätzlich auf ihre Effizienz hin überprüft werden. Der Stromverbraucher darf insgesamt nicht noch weiter belastet werden“, so der VBEW.

Mobilfunk und Krebs - wie ist die Forschungslage?

Immer wieder wird in der Öffentlichkeit diskutiert, ob Handys oder Mobilfunkantennen krank machen können. Mediziner, Biologen, Biophysiker und andere Wissenschaftler beschäftigen sich weltweit seit Jahrzehnten mit den Auswirkungen elektromagnetischer Felder. Allein zum Mobilfunk existieren mehrere Tausend Studien und jedes Jahr kommen neue dazu. Die Auswertung dieses Wissens durch international anerkannte Expertengremien ergibt, dass es keinen wissenschaftlich begründeten Verdacht auf Gesundheitsbeeinträchtigung unterhalb der geltenden Grenzwerte gibt.

Um die Ursachen von Krebserkrankungen zu erkennen, wird auch der Frage nachgegangen, ob Mobilfunkfelder einen Einfluss auf das Krebsgeschehen haben.

Unstrittig ist inzwischen, dass Mobilfunkfelder keine direkten Schäden im Erbgut hervorrufen - was als notwendige Voraussetzung für die Krebsentstehung gilt. Ein Forschungsschwerpunkt ist deshalb die Frage, ob Mobilfunkfelder bei der Krebsentwicklung verstärkend wirken können. Das wollen Wissenschaftler auf drei Ebenen beantworten: Durch Zellstudien, durch Tierstudien und durch epidemiologische Studien an Personengruppen, die unterschiedlich stark Mobilfunkfeldern ausgesetzt sind.

Zellstudien

Zur Erforschung von Erbgutschäden hält die Wissenschaft ausgereifte Methoden bereit, die sich bei der Untersuchung von Wirkungen radioaktiver Strahlung oder chemischer Stoffe bewährt haben. So erreichte 1997 ein Versuch von Lai und Singh (Universität Washington) Auf-

sehen, bei dem Ratten starken elektromagnetischen Feldern ausgesetzt wurden, die zu Schäden im Erbgutmaterial in den Hirnzellen der Tiere führten. Dieser Befund konnte in mehreren nachfolgenden Studien von anderen Forschern - Malyapa und Roti-Roti (1997), Vijayalaxmi (2000) und Lagroye und Veyret (2002) - jedoch nicht bestätigt werden. In diesen Wiederholungsstudien zeigte sich kein negativer Einfluss auf das Erbgut.

Tierstudien

Als verlässlich und aussagekräftig gelten Langzeitstudien an Nagetieren. Zahlreiche Studien zu verschiedenen Krebsarten zeigten keinen Effekt der Mobilfunkfelder auf das Krebsgeschehen (Chou (1992), Toler (1997), Imaida (1998), Frei (1998), Adey (1999), Chagnaud (1999), Heikkinen (2001), Zook (2001), Roti-Roti (2002) und Bartsch (2002)). In der Öffentlichkeit bekannt wurde dagegen 1997 eine australische Studie von Repacholi, bei der eine Zunahme von Lymphknotenkrebs bei gentechnisch veränderten

Mäusen beobachtet wurde. Allerdings wies die Studie einige Mängel auf. Ergebnisse mehrerer Wiederholungsstudien mit verbesserter Methodik stehen noch aus. Ein erstes Ergebnis: Utteridge (2002) konnte Repacholis Beobachtung nicht bestätigen. Mobilfunkfelder führten nicht zu einer Zunahme von Lymphknotenkrebs.

Epidemiologische Studien

Bei der Erforschung möglicher Wirkungen von Mobilfunkfeldern im Rahmen von epidemiologischen Studien richtet sich der Blick vornehmlich auf die Verwendung von Handys. Hier lässt sich klar zwischen Nutzern und Nicht-Nutzern, Viel- und Wenigtelefonierern, Betroffenen und Nicht-betroffenen unterscheiden.

In der Nähe von Mobilfunksendern lassen sich die Felder der Mobilfunksender in ihrer Stärke und Wirkung kaum von anderen Feldquellen in der Umgebung - wie Mikrowellenherde, Fernseher, DECT-Telefone etc. - abgrenzen. Aus diesem Grund werden kaum epidemiologische Studien bei Mobilfunksendeanlagen durchgeführt. Epidemiologische Studien mit Handys versprechen die verlässlicheren Resultate.

Inzwischen liegen bereits einige epidemiologische Studien bei Handynutzern vor. Die Studien von Rothman (1996), Muscat (2002), Inskip (2002), Auvinen (2002) und Johansen (2001, 2002

- Datenbasis 420.000 Handynutzer) finden keinen Zusammenhang zwischen Handynutzung und der Häufigkeit von Krebserkrankungen. Auch Mild (2002) ermittelte keine Risikorerhöhung für Nutzer digitaler Handys (GSM).

Skandinavisches Ergebnis

In Skandinavien - dort arbeiten analoge Handys (NMT) mit deutlich höheren Leistungen - zeigte seine Studie eine leichte Erhöhung gutartiger Hörnervtumore. Eine Studie von Stang (2001) überraschte mit einem statistischen Zusammenhang zwischen Handynutzung und einem seltenen Augentumor. Allerdings schränkt laut Stang die geringe Anzahl untersuchter

Personen (118 Kranke, 475 Gesunde) die Aussagekraft der Studie stark ein. Außerdem wurde ein solcher Zusammenhang durch die Studienergebnisse von Johansen nicht bestätigt.

Schlussfolgerungen

Experten ziehen aus den Ergebnissen der Studien den Schluss, dass das vorliegende Material keine Anzeichen für ein Krebsrisiko durch Handys ausweist. (Studie des "International Epidemiology Institute").

Zu der Frage eines möglichen Einflusses auf das Krebsgeschehen stellt die Weltgesundheitsorganisation WHO fest: „Nach den bisherigen, wissenschaftlich nachgewiesenen Erkenntnissen ist es unwahrscheinlich,

dass Hochfrequenzexpositionen, wie die, die sich aus der Nutzung von Mobiltelefonen und ihren Basisstationen ergeben, Krebs verursachen oder fördern“.

WHO-Initiative

Mit weiteren Studien, an denen sich auch die Mobilfunknetzbetreiber durch die Bereitstellung von Forschungsmitteln beteiligen, wird die Forschung in diesem Bereich fortgesetzt, um Details sicher zu klären. Dazu gehört auch eine umfangreiche multinationale Untersuchung auf Initiative der WHO, deren Koordination die „Internationale Agentur für Krebsforschung“ (IARC) übernommen hat. Die ersten Ergebnisse werden 2004 erwartet.

Unabhängige Mess-Studien geben Bürgern Sicherheit

Tatsächliche Immissionen von Mobilfunksendern liegen in der Regel um ein Hundertfaches unter den gesetzlichen Grenzwerten

Unter dem Stichwort „Elektromog“ wird in Teilen der Bevölkerung weiterhin die Sorge diskutiert, von den elektromagnetischen Feldern des Mobilfunks könnte eine Gesundheitsgefahr ausgehen. Kommunen und Ministerien reagieren darauf und lassen die Immissionen von Mobilfunksendestationen durch unabhängige Institute messen. Mehr Transparenz, so erwarten sie, führt zu einer sachlicheren und konstruktiveren Diskussion.

Aufsehen erregte das Vorgehen von Schwerin. Im Auftrag der Stadt hatte ein Tochterunternehmen der TÜV-Gruppe-Nord im Februar diesen Jahres die auftretenden elektromagnetischen Felder von Sendeanlagen ermittelt. Das Besondere daran: Die Mobilfunknetzbetreiber wussten weder Zeit noch Ort der Überprüfungen.

Schweriner Resultate

Am 18. Februar diesen Jahres veröffentlichte die Stadt Schwerin die Ergebnisse: An allen Messorten wurden die für den Mobilfunk geltenden Grenzwerte um mehr als das 700fache unterschritten. „Das dürfte auch bei besorgten Bürgern für Entspannung sorgen“, zitierte die Schweriner Volkszeitung die Umweltdezernentin und stellvertretende Oberbürgermeisterin Heidrun Bluhm.

In mehreren Bundesländern erfolgten im Auftrag der zuständigen Ministerien bereits umfangreiche Messungen der Mobilfunk-

immissionen, so etwa in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Schleswig-Holstein. Im Jahr 2001 stellte die Hansestadt Hamburg ihr eigenes Gutachten vor. Fazit: „Die Grenzwerte werden um mehr als das 600fache unterschritten.“ In dieser wie in den anderen Untersuchungen wurden die Daten in typischen Wohngebieten ermittelt, also auch in unmittelbarer Nähe zu „sensiblen Punkten“ wie Schulen und Kindergärten.

Eingehaltene Grenzwerte

All diese Mess-Studien belegen, dass die in Deutschland gültigen Grenzwerte an allen Messorten eingehalten, in der Regel sogar deutlich unterschritten werden. Zu dem gleichen Ergebnis gelangen auch die Messungen, die die staatliche Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) regelmäßig bundesweit an mehr als 3.600 Standorten vornimmt.

Mehr Transparenz in die Debat-

te über elektromagnetische Felder zu bringen ist auch das Ziel einer neuen Veranstaltungsreihe des Informationszentrums Mobilfunk. Spezielle Mobilfunk-Messungen informieren umfassend über die Funktions- und Wirkungsweise der modernen Mobilkommunikation. In Dortmund fand Anfang April der Auftakt in Kooperation mit der Universität Duisburg statt. Weitere Veranstaltungen folgen.

Immissions-Ergebnisse

Handys sind aus unserem Leben so wenig wegzudenken wie Radios, Fernseh- und Mikrowellengeräte. All diese Techniken basieren auf elektromagnetischen Feldern, für die es staatlich festgesetzte Grenzwerte gibt. Ein vom Umweltamt Kiel beauftragtes Gutachten zeigt: Die Immissionen, die durch diese Alltagsgeräte im normalen Wohnbereich entstehen, liegen in der gleichen Größenordnung oder sogar über den Immissionen, die durch benachbarte Mobilfunksendeanlagen anfallen. Durchgeführt wurden die Messungen von Prof. Matthias Wuschek, öffentlich bestellter und beidogter Sachverständiger für das Fachgebiet „Elektromagnetische Umweltverträglichkeit“.

In ihrer zeitlichen und örtlichen Präzision einzigartig:

Individuelle Unwetter-Warnung per Handy

Insbesondere Hausbesitzer und Katastrophendienste profitieren durch rechtzeitige Schadensverhütung

München. Wetterextreme wie Gewitter, Stürme und Starkregen nehmen zu. Das Ausmaß der Schäden ist oft katastrophal. Auf diese Entwicklung haben die Versicherungskammer Bayern, das Fraunhofer-Institut für Software- und Systemtechnik ISST und die Meteomedia AG reagiert. Das Ergebnis einer knapp zweijährigen intensiven Zusammenarbeit präsentierten die Unternehmen heute vor der Presse in München. „Gemeinsam entwickelten wir ein elektronisches Unwetterfrühwarnsystem, das in dieser Form und Qualität derzeit einmalig ist“, freute sich Walter Lechner, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern.

Der neue Service heißt WIND (weather information an Je-mand) und liefert individuell, örtlich und zeitlich exakt Unwetterprognosen per SMS, E-Mail oder Fax. So können rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden, um Unwetter-Schäden zu vermeiden bzw. zu minimieren. Besonders profitieren Kommunen, Feuerwehren, Hausbesitzer, Landwirte, Verkehrsteilnehmer, Freizeitsportler sowie Radio- und TV-Sender.

Ziele von WIND

Mit WIND setzt die Versicherungskammer Bayern neue Maßstäbe in Sachen Kundenorientierung und Kundenbindung.

Lechner: „Unser Ziel ist, die Sicherheit unserer Kunden zu erhöhen.“ Darüber hinaus leistet WIND einen aktiven Beitrag für den Katastrophenschutz. Präzise Wettermeldungen verbessern die Planung und Organisation der Katastrophendienste; hierunter fallen beispielsweise die Räum- und Winterdienste der Kommunen genauso wie die Leistungen der Feuerwehren.

Schadensverhütung

WIND beschreibt auch einen neuen Weg der Schadensverhütung. Wer mithilft, Schäden zu vermeiden, schützt unmittelbar sein eigenes Hab und Gut. Auf lange Sicht wird ein Erfolg von

WIND positive Auswirkungen auf die Beitragsgestaltung für die Nutzer und Versicherten der Versicherungskammer Bayern haben.

Ab 1. November: 50.000 Nutzer

WIND startete im November 2001. Damals beschlossen die öffentlichen Versicherer WIND als Pilotprojekt ins Leben zu rufen. Als federführendes Unternehmen akquirierte die Versicherungskammer Bayern 3.000 Teilnehmer. Aufgrund des Erfolgs des Pilotprojekts wurde WIND weiter entwickelt und hinsichtlich der Bedürfnisse der WIND-Nutzer, informationslogistischen Qualität und Genauigkeit der individuellen Unwettervorhersage optimiert. Alle öffentlichen Versicherer bieten WIND ab 1. November 2003 insgesamt 50.000 Kunden an; darunter 10.000 Kunden der Versicherungskammer Bayern. Ziel ist, bis Ende 2008 die Anzahl der Teilnehmer an WIND auf 500.000 auszubauen.



V.l.n.r.: Jiri Pavlik, Leiter Energie u. Wassermanagement N-ERGIE, Gisbert Braun - Umweltgutachter, LGA InterCert GmbH, Werner Juling - Vorstandsmitglied, N-ERGIE Aktiengesellschaft, Norman Villnow - Geschäftsführer GeneraTec GmbH, Rita Kamm-Schuberth - Leiterin Unternehmenskommunikation N-ERGIE.

N-ERGIE/Heizkraftwerk Sandreuth:

Umweltbetriebsprüfung erfolgreich durchgeführt

Am 8. September stellte Werner Juling, Vorstandsmitglied der N-ERGIE Aktiengesellschaft, die Umweltbetriebsprüfung für den Standort Heizkraftwerk (HKW) Sandreuth der Öffentlichkeit vor. Die Umweltbetriebsprüfung nach EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) wurde im März 2003 bereits zum zweiten Mal, innerhalb von drei Jahren erfolgreich für diesen Standort durchgeführt. Mit der Überprüfung bestätigt die Industrie- und Handelskammer Nürnberg unter der Register-Nummer D-158-00075, dass die Prozesse am Standort HKW Sandreuth auch nach der Neuorganisation der N-ERGIE Aktiengesellschaft und dem für die Betriebsführung des Heizkraftwerkes zuständigen Tochterunternehmen GeneraTec GmbH den Vorgaben entsprechen und der Betriebsablauf über die gesetzlichen Vorgaben hinaus geregelt ist.

Die N-ERGIE unterzog sich der freiwilligen Wiederholung der Umweltbetriebsprüfung, um die von der EWAG im Jahr 2000 erreichte EMAS Validierung für den Standort HKW Sandreuth für weitere drei Jahre zu erhalten. An drei Tagen überprüfte die Landesgewerbeanstalt Nürnberg zusammen mit ihrem Tochterunternehmen „LGA InterCert GmbH“, beide mit Sitz in Nürnberg, den Standort HKW Sandreuth.

Juling zeigte sich erfreut, dass die Umweltpolitik der N-ERGIE und die der Tochterunternehmen den strengen Vorgaben der EMAS entspricht und eine Bestätigung, ausgestellt von einem unabhängigen, externen Gutachter, vorliegt. Mit der erneuten Validierung des Standortes HKW Sandreuth macht die N-ERGIE den Betriebsablauf für die Öffentlichkeit transparent. Sie zeigt damit auf, dass die Prozesse funktional und real auf die Reduktion von Umweltauswirkungen ausgerichtet sind.

Dies sind:
 ✦ Effizientere Energieerzeugung durch eine Steigerung des Nutzungsgrades des Heizkraftwerkes Sandreuth
 ✦ Reduktion der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wie Kohle, Öl, Wasser, Kalk und Ammoniak, was gleichzeitig eine Ressourcenschonung darstellt
 ✦ Reduktion der Reststoffe wie Flug- und Nassasche sowie Gips
 ✦ Verringerung der Emissionen und Immissionen wie Kohlendioxid, Staub und Lärm
 ✦ Einsatz modernster Technik wie der Umbau des Heizkraftwerkes auf die moderne GuD-Technologie und damit verbunden der Ersatz von Kohle durch Erdgas ab 2005.

Um eine Validierung nach EMAS zu erhalten, sind verschiedene Schritte einzuhalten und zu erfüllen. Grundlage für eine Umweltbetriebsprüfung bildet die festgeschriebene Umweltpolitik des Unternehmens.

Auf dieser Grundlage werden konkrete Umweltziele formuliert, die dann in festgelegte Maßnahmen, deren Durchführung, Überwachung und Dokumentation übergehen. Sind diese Punkte erfolgreich umgesetzt, wird die Umwelterklärung inklusive einer Ökobilanz und neuen Umweltzielen erstellt. Norman Villnow, Geschäftsführer der GeneraTec GmbH - 100-prozentiges N-ERGIE Tochterunternehmen und für den Betrieb des HKW Sandreuth verantwortlich, stellte die positive Ökobilanz 2000 bis 2003 für den Standort HKW Sandreuth vor.

Basis für Umweltziele

Basis für die Umweltziele bis 2003 waren die Kennzahlen des Jahres 1998 aus der Umwelterklärung 2000. Mit der Steigerung des Nutzungsgrades des HKW von 71,8 Prozent (1998) auf 74,6 Prozent (Durchschnitt 2000-2002) wurde eine effizientere Energieerzeugung erzielt. Gleichzeitig konnten die Emissionen wie Schwefeldioxid bis zum Jahr 2002 auf 65 Gramm pro Megawatt-Stunde (MWh) bereitgestellte Energie gesenkt werden (1998: 143,4 Gramm/MWh).

Bei den Stickoxiden erfolgte eine Reduktion von 220,6 Gramm/MWh (1998) auf 173,0 Gramm/MWh (2002). Auch der Anteil an Kohlendioxid wurde in den vergangenen fünf Jahren von 373 Kilogramm pro MWh bereitgestellte Energie auf 316 Kilogramm/MWh verringert. „In der bestehenden Anlage, sind mit diesen Werten die Grenzen des technisch Machbaren nahezu erreicht“ so Villnow weiter.

Am Ende der Umwelterklärung hat die N-ERGIE mit ihrer Tochter GeneraTec GmbH, neue Umweltziele formuliert. Jiri Pavlik, zuständig für das Asset-Management der N-ERGIE, teilte den Zeitraum bis zur nächsten Umweltbetriebsprüfung in zwei Zeitach-

sen auf. Die Umweltziele in der ersten Zeitachse bis zur Außerbetriebnahme des kohlebefeuerten Heizkraftwerkes im Jahr 2005 sind ausgerichtet auf die erreichten ausgezeichneten Werte und das hohe Niveau des betrieblichen Umweltschutzes im Heizkraftwerk. Dieser Status Quo sollte gehalten und er kann nur noch punktuell verbessert werden.

Zum Beispiel soll eine Reduktion des anfallenden Abfalls von 50 Tonnen pro Jahr erreicht werden. Hierbei handelt es sich um verunreinigtes bzw. verklumptes SAV Produkt aus der Abgasreinigungsanlage, das ab 2003 zusätzlich verwertet werden soll. Auch der Frischwasserverbrauch soll um jährlich 200 Kubikmeter, durch eine interne Rückführung und Wiederaufbereitung von Prozesswasser, verringert werden.

Erhebliche Entlastung

Der zweite Teil der Umweltziele bezieht sich auf den geplanten Betrieb des neuen GuD-Heizkraftwerkes, das gegenüber der momentanen Anlage zu erheblichen Entlastungen bei den Umweltauswirkungen führen wird. So soll der Nutzungsgrad der Gesamtanlage im zweiten Halbjahr 2005 um ein weiteres Prozent gesteigert werden. Durch den Einsatz von Erdgas anstatt Kohle zur Befuerung des HKW senkt sich die spezifische Kohlendioxid-Emission um 60 Kilogramm pro erzeugter MWh, was bei einer maximalen Energieerzeugung zu einer jährlichen Reduktion von bis zu 140.000 Tonnen führt. Weiter wird es durch den Einsatz von Erdgas auch zu einer weiteren Reduktion in folgenden Punkten kommen:

✦ Das LKW-Aufkommen wird von derzeit jährlich 879 LKW zum An- und Abtransport von Kalk- und Reststoffprodukten auf Null reduziert.
 ✦ Das Kohlezugaufkommen mit 124 Ganzzügen mit insgesamt 2.852 Wagons entfällt komplett.
 ✦ Der Verbrauch von jährlich 1.867 Tonnen Ammoniakwasser wird auf Null gesenkt
 ✦ Rund 3.175 Tonnen Kalk werden nicht mehr benötigt.

Vorstandsmitglied Werner Juling unterstrich bei der Vorstellung der Zertifizierung: „Die vorliegende Validierung nach EAMS macht deutlich, dass wir uns den Schutz der Umwelt nicht nur theoretisch auf unsere Fahnen geschrieben haben, sondern

N-ERGIE:

Positive Ökobilanz für den Standort Sandreuth

Umweltbetriebsprüfung erfolgreich abgeschlossen

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft hat für den Standort des Heizkraftwerkes (HKW) Sandreuth die Umweltbetriebsprüfung im März 2003 erfolgreich bestanden. Die Landesgewerbeanstalt (LGA) Nürnberg erteilte am 27. Juni 2003 dem Nürnberger Energieversorgungsunternehmen das Umweltzertifikat nach der EMAS Umweltbetriebsprüfung für den Standort HKW Sandreuth für weitere drei Jahre. Die Umweltbetriebsprüfung ist freiwillig und bestätigt dem Unternehmen, dass die Prozesse den Vorgaben entsprechen und der Betriebsablauf über die gesetzlichen Vorgaben hinaus geregelt ist.

An drei Tagen überprüfte die LGA zusammen mit ihrer Tochtergesellschaft LGA InterCert GmbH den Standort HKW Sandreuth und konnte dem Unternehmen für die Jahre 2000 bis 2003 eine positive Ökobilanz ausstellen. Der Wirkungsgrad des Kraftwerkes steigerte sich seit 1998 um 2,8 Prozent auf durchschnittlich 74,6 Prozent.

Umweltziel übertroffen

Die Emissionen wie beispielsweise Schwefeldioxid sanken um 4,5 Tonnen pro Jahr. Die Stickoxide nahmen um 6,7 Tonnen pro Jahr ab. Beim Kohlendioxid setzte sich die N-ERGIE das Ziel, jährlich mindestens 5.000 Tonnen einzusparen. Der tatsächliche CO₂-Ausstoß reduzierte sich jährlich um 12.800 Tonnen. Das Umweltziel wurde dadurch weit übertroffen. Allerdings ist anzumerken, dass in der bestehenden Anlage mit den jetzt erzielten Werten die Grenze des technisch Machbaren nahezu erreicht ist. Die N-ERGIE Aktiengesellschaft wird sich auch 2006 einer Um-

weltbetriebsprüfung nach EMAS für das HKW Sandreuth unterziehen und hat bereits neue Ziele definiert.

Punktuelle Verbesserung

Bis zur Außerbetriebnahme des kohlebefeuerten Heizkraftwerkes im Jahr 2005 sollen die erreichten Werte und das hohe Niveau des betrieblichen Umweltschutzes im Heizkraftwerk gehalten werden. Es ist nur eine punktuelle Verbesserung möglich. Die N-ERGIE strebt für das neue Gas- und Dampf-Heizkraftwerk (GuD) an, den Nutzungsgrad der Anlage um ein weiteres Prozent von 74,6 Prozent auf 75,6 zu erhöhen. Durch den Einsatz von Erdgas, anstatt von Kohle zur Befuerung des HKW senkt sich der Kohlendioxid-Ausstoß um 60 Kilogramm pro erzeugter Megawattstunde (MWh), was bei einer maximalen Energieerzeugung zu einer jährlichen Reduktion von bis zu 140.000 Tonnen führt. Auch wird das LKW Aufkommen von derzeit jährlich 879 Lastwagen zum An- und Abtransport von

Kalk- und Reststoffprodukten komplett wegfallen. Nicht nur der Straßenverkehr auch der Bahnverkehr wird entlastet. Das Kohlezugaufkommen von 124 Zügen mit insgesamt 2.852 Wagons entfällt. Der Verbrauch von jährlich 1.867 Tonnen Ammoniakwasser wird auf Null gesenkt und auch werden rund 3.175 Tonnen Kalk für die Rauchgasreinigung nicht mehr benötigt.

Geliebter Umweltschutz

Vorstandsmitglied Werner Juling unterstrich bei der Vorstellung der Zertifizierung: „Die vorliegende Validierung nach EAMS macht deutlich, dass wir den Schutz der Umwelt nicht nur theoretisch auf unsere Fahnen geschrieben haben, sondern auch die in unserer Firmenphilosophie festgelegten Werte leben“.

T-Mobile wird Sponsor von LOCOMOTION

T-Mobile Deutschland wird Sponsor von LOCOMOTION, einem Orts- und Navigationssystem auf Mobiltelefonbasis. LOCOMOTION soll Senioren, behinderten Menschen sowie ihren Angehörigen eine neue Chance zur Teilnahme am Alltagsleben eröffnen. Das Projekt wird von FIM-NeuesLernen (Universität Erlangen-Nürnberg), dem Bayerischen Roten Kreuz (Abteilung Hausnotrufdienst Nürnberg) und sieben Partnern aus dem In- und Ausland seit Mai 2003 getestet. Ab sofort läuft der gesamte Mobilfunkverkehr (Sprache und Daten) während der Testphase kostenlos über das Netz von T-Mobile.

Gerhard Baier, T-Mobile Regionalmanager Süd: „Auch aus dem Gesundheitswesen ist der Mobilfunk heute nicht mehr wegzudenken. Das Handy ist beispielsweise längst zum unverzichtbaren Hilfsmittel für Notärzte und Rettungsdienste geworden. Projekte wie LOCOMOTION zeigen, dass damit die Anwendungsmöglichkeiten von Mobilfunk im Gesundheitswesen aber noch längst nicht erschöpft sind.“

Das Ortungsgerät ist Handteller groß und kann wie ein normales Mobiltelefon getragen oder umgehängt werden. Sein

Stromverbrauch ist gering, um eine lange Nutzungsdauer bei der Personensuche zu garantieren. Die Bedienung ist ohne technische Vorkenntnisse möglich.

Eine weitere Neuheit von LOCOMOTION sind die vielfältigen Zugangsmöglichkeiten zu den angebotenen Dienstleistungen wie Standortbestimmung, Wegbeschreibung oder Umgebungshilfe. Sie sind per Telefonat oder übers Internet abrufbar. Für die Benutzer bietet das die Möglichkeit, den jeweils bevorzugten Weg der Informationsabfrage auszuwählen.

wir auch die in der Philosophie festgelegten Werte leben“.

Glossar:

EMAS: „Eco-Management and Audit Scheme“ ist ein Managementsystem, das Unternehmen hilft, ihren betrieblichen Umweltschutz eigenverantwortlich und kontinuierlich zu verbessern. EMAS steht für die englische Bezeichnung des europäischen Umwelt-Audit-Systems „Eco-Management and Audit Scheme“ und basiert auf die gesetzlichen Grundlage der EG-Verordnung 761/2001.

SAV: Sprüh-Absorptions-Verfahren - Das vom Kessel kommende Rauchgas wird in einem Elektrofilter von Flugasche und sonstigen staubigen Partikeln gereinigt und gelangt anschließend in die Rauchgasent-

schwefelungsanlagen (REA). Dort wird in den Rauchgasstrom angefeuchteter Kalk eingebracht und das Rauchgas auf ca. 75 °C abgekühlt. Das im Rauchgas enthaltene Schwefeldioxid SO₂ reagiert mit dem feuchten Kalk zu CASO₃ und CASO₄, Rohstoffen für die Gips- und Zementfertigung. Diese Reaktionsprodukte werden mit dem Rauchgas staubförmigen aus den REA-Reaktoren ausgetragen, im nachgeschalteten Gewebefilter abgetrennt und hinsichtlich LKW-Transport abgefüllt.

Validierung: Bestätigung aufgrund einer Untersuchung und durch Bereitstellung eines Nachweises, dass die besonderen Forderungen für einen speziellen beabsichtigten Gebrauch erfüllt worden sind.



Wiedereröffnung des Hindelanger Klettersteiges. V.r.: Ludwig Lacher, Steigsanierer, Roman Haug, Bürgermeister Bad Hindelang, Thomas Müller, Bürgermeister Oberstdorf, Dr. Peter Sauerwein, DAV-Hauptgeschäftsführer, Landrat Gebhard Kaiser, Landkreis Oberallgäu, Dr. Siegfried Naser, Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Gerhard Fleck, Landesobmann a.D. der bayerischen Sparkassen.

Spende an Deutschen Alpenverein

Mehr Sicherheit in den Alpen mit Bayerns Sparkassen
Sanierung von Klettersteigen wird gefördert

Repräsentanten der Sparkassen-Finanzgruppe, darunter Dr. Siegfried Naser, Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Helmut Späth, Mitglied des Vorstandes der Versicherungskammer Bayern sowie Landesobmann a. D. Gerhard Fleck, hatten dazu den Hindelanger Klettersteig bis zum Gipfel-Plateau des Nebelhorns durchstiegen. Anschließend nahm Dr. Peter Sauerwein, Hauptgeschäftsführer des DAV, die Spende entgegen.

Wie Präsident Dr. Siegfried Naser bei der Übergabe erklärte, sollen sich die Kunden der bayerischen Sparkassen nicht nur in geschäftlichen Angelegenheiten sicher fühlen, sondern auch in den Bergen.

Deshalb wird mit der Spende unter anderem ein Klettersteig saniert, um die Sicherheit

der Bergsportler zu erhöhen.

Da Sparkassendirektor a. D. Gerhard Fleck seit Jahrzehnten als begeisterter Bergsteiger gilt, hatten sich die bayerischen Sparkassen entschieden, als Abschiedsgeschenk eine Herzensangelegenheit des scheidenden Landesobmanns zu fördern.

Landesbank schrumpft sich gesund

Erfolgreiche Umsetzung des neuen Geschäftsmodells
Kirch-Engagement „ist Vergangenheit“

Trotz schwierigem binnen- und weltwirtschaftlichem Umfeld kann die Bayerische Landesbank (Bayern LB) ein „befriedigendes Halbjahresergebnis“ präsentieren. Wie der Vorstandsvorsitzende Werner Schmidt vor der Presse berichtete, liegt das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge in Höhe von 705 Millionen Euro leicht über dem entsprechenden Vorjahreswert. Die Konzernbilanzsumme nahm in den ersten sechs Monaten um 3,9 Prozent auf 328 Milliarden Euro ab. Stärker noch ermaßigte sich das Kreditvolumen um minus 7,1 Prozent auf 223,1 Milliarden Euro.

Bei der Umsetzung des neuen Geschäftsmodells liegt die Landesbank - sie gehört je zur Hälfte dem Freistaat Bayern und den bayerischen Sparkassen - voll im Plan. „Wir arbeiten konzentriert an den drei entscheidenden Stellhebeln, Reduzierung der Risikokosten, Stabilisierung der Erlöse und weiterer Abbau des Verwaltungsaufwands“, betonte Schmidt. Aufgrund heftigen Sparens hat die Landesbank die roten Zahlen hinter sich gelassen.

Gesunkene Mitarbeiterzahl

Seit Jahresbeginn sank die Mitarbeiterzahl um 300, insgesamt sollen 1000 Jobs gestrichen werden, die Hälfte davon in Bayern. Alle außerbayerischen Niederlassungen wurden bis Ende Juli geschlossen, die Verwaltungsaufwendungen konnten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 15,2 Prozent auf 595 Millionen Euro reduziert und der Planwert damit übertroffen werden.

Das weltweite Engagement

wird laut Schmidt zurückgeschraubt und konzentriert sich auf die Kernregion Bayern, dann übriges Bundesgebiet und schließlich europäische Anrainerstaaten. Nur die China-Filiale - sie wird nach Shanghai verlegt - darf bleiben, um die bisherigen Kunden in den boomenden Markt zu begleiten. Der 50 Millionen kostende Neubau wird im Frühjahr 2000 bezugsfertig.

Unveränderte Erträge

Die Erträge der Bayern LB blieben im ersten Halbjahr gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum im wesentlichen unverändert. Ein leichter Anstieg beim Zinsüberschuss wurde durch einen Rückgang beim Provisionsüberschuss in etwa ausgeglichen.

Das Ergebnis aus Finanzgeschäften - hierbei handelt es sich um den Gewinn aus dem Eigenhandel - lag beide Male in etwa bei Null, im Gesamtjahr 2003 soll, so Schmidt, hier ein Überschuss von rund 100 Millionen Euro entstehen. Zur

Stadtrat Thomas Schmatz:

Einstimmige Wiederwahl zum MU-Bezirksvorsitzenden

Kürzlich wählten die Mitglieder der Bezirksversammlung der MU München Stadtrat Thomas Schmatz wiederum einstimmig zu ihrem Bezirksvorsitzenden. Ebenfalls einstimmig wurden die stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Fritz Winklmaier, Rudi Fink und Ingrid Bauernschuster in ihren Ämtern bestätigt.

In seinem Rechenschaftsbericht zog Schmatz Bilanz über die Veranstaltungen der vergangenen zwei Jahre. Für die Zukunft setzte der wiedergewählte Bezirksvorsitzende StR Thomas Schmatz folgende Schwerpunkte: Der energische Widerstand gegen die Pläne einer erweiterten Gewerbesteuer auch für Freiberufler und Selbständige. Darüber hinaus wird die MU München alles daran setzen, dass nicht durch die Hintertür wiederum eine Substanzsteuer für bestehende gewerbliche Betriebe eingeführt wird, die das endgültige Aus für viele Betriebe darstellen würde.

Thomas Schmatz zeigte sich in seiner Rede zuversichtlich, dass er mit den bewährten und neuen Mitgliedern des Bezirksvorstandes eine erfolgreiche Arbeit für die CSU leisten könne, wobei der Mittelstand in Zukunft noch mehr als bisher sowohl in fachlicher wie personeller Hinsicht sein Gewicht einbringen wird.

Übernahme des TV-Konzerns Pro Sieben-Sat.1 durch den Amerikaner Haim Sabany sagte Vorstandschef Schmidt, dieser Schritt werde zumindest keine negativen Wirkungen auf das operative Ergebnis der Landesbank haben. Weitere Millionen müssten demnach nicht in die Wertberichtigung gepumpt werden.

Einer der größten Gläubiger

Die Bayern LB ist einer der größten Gläubiger des Senders, was aus ihrem massiven Engagement bei der ehemaligen Kirch-Gruppe resultiert. Mit Blick auf massive Abschreibungen auf die Kredite meinte Werner Schmidt „Kirch

ist für uns Vergangenheit.“

Betriebsergebnis wohl über dem Vorjahreswert

Für das Gesamtjahr 2003 peilt Schmidt einen Überschuss von 1,4 Milliarden Euro an, von dem bis zu einer Milliarde für faule Engagements zurückgelegt werden soll. Die Bereinigung des Beteiligungsportfolios, beziehungsweise die Erhöhung dessen Profitabilität werde konsequent fortgesetzt. Wie der Vorstandschef abschließend ausführte, gehe man beim Ergebnis vor Steuern und Gewinnverwendung aus heutiger Sicht von einem Betriebsergebnis aus, das über dem Vorjahreswert (203 Millionen Euro) liegt.

Wahlvorbereitung läuft in den Kommunen auf Hochtouren

AKDB unterstützt die Kommunen bei der Landtagswahl

In Bayern finden am 21.09.2003 die Landtagswahl, Bezirkswahlen, Volksentscheide sowie einige Bürgermeisterwahlen und Bürgerentscheide statt. Die Wahlvorbereitungen in den Kommunen laufen auf Hochtouren und ausgehend von den guten Erfahrungen bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr setzt die AKDB (Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern) Städte, Gemeinden und Landratsämter in ihrem Kundenkreis erneut in die Lage, mit modernen Angeboten den Service für die Bürger rund um den Wahlgang zu steigern.

Zahlreiche Verwaltungen haben die Wahlen und Abstimmungen bereits mit Hilfe des modernen Einwohnermeldeverfahrens der AKDB erfolgreich organisiert und vorbereitet. Durch den intensiven Dialog mit den Anwendern sind die Softwarelösungen für das Meldewesen (OK.EWO) und die Wahldurchführung (OK.WAHL) nochmals optimiert und zugleich effizienter für die Sachbearbeitung vor Ort gestaltet worden.

Briefwahlenantrag

Erfreulicherweise wird die e-Government-Funktionalität „Briefwahlenantrag“ vom Wähler schon im Vorfeld der Abstimmungen vielfach genutzt. Die Beantragung der Briefwahlenunterlagen über das Internet ist im Online-Dialog auf Grund der Webfähigkeit von OK.EWO möglich.

Durch die Beantragung der Wahlenunterlagen per Internet sind Bürger und Verwaltung unabhängig von den Öffnungszeiten der Ämter. Es besteht außerdem die Möglichkeit, die Wahlenunterlagen weltweit anzufordern. Bereits im Moment der Antragstellung wird die Zugangsberechtigung in die OK.EWO-Datenbank geprüft und ermöglicht dann eine automatisierte, medienbruchfreie Weiterverarbeitung; daraus ergibt sich natürlich für Bürger und Sachbearbeitung

eine Zeit- und Kostenersparnis.

Die AKDB hatte sich bei der Entwicklung des Anwendungsvorgangs OK.WAHL (derzeit im Einsatz bei 1060 Kommunen) das Ziel gesetzt, die Bedienung möglichst einfach und übersichtlich zu gestalten. Da eine derartige Anwendung nicht wie andere Software-Lösungen in einer Verwaltung tagtäglich genutzt wird, kam es hier auf einen besonderen Bedienungskomfort an. Durch die Integration aller Wahlarten vom Bürger- bzw. Volksentscheid über die Kommunalwahlen, Landtags-Bezirks- und Bundestagswahl bis zur Europawahl unter eine einheitliche Oberfläche und eine einheitliche Datenbank erfolgt die An- und Bedienung der einzelnen Wahlen nahezu identisch.

Verwaltung spart Kosten

Im Service-Rechenzentrum der AKDB in Bayreuth wurden in den vergangenen Wochen über 4,5 Mio. Wahlbenachrichtigungen für 824 Wahlämter gedruckt. Zwei Mio. Wahlbenachrichtigungen wurden über die Deutsche Post den Wählern direkt zugestellt. Durch diesen Service der AKDB spart die Verwaltung Kosten und wird von Routinearbeiten vor Ort entlastet. Außerdem wurden aus Anlass von am gleichen Tag stattfindenden Bürgerentscheiden, Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen für 24 Wahlämter weitere ca.

140.000 Benachrichtigungen verschickt. DV-technisch gesehen können die bayerischen Wähler und ihre Verwaltungen mit Hilfe der AKDB gut gerüstet auf den Wahltag blicken.

Kommunale Finanzkrise:

Stiftungen als Ausweg

Durch Publikumsstiftungen könnten die finanziell gebeutelten Kommunen nach Expertenmeinung neue Einnahmen für kulturelle und soziale Einrichtungen erschließen. Das Investitionspotenzial betrage für Bayern zwei Milliarden Euro, betonte der Geschäftsführer der RegionalKonzept GmbH aus Nürnberg, Dieter Weisner.

Damit könnten neue Theater, Museen oder Mehrzweckhallen geschaffen werden, bestehende Einrichtungen saniert und drohende Schließungen abgewendet werden. Weisner zufolge verhandelt seine Firma, die sich auf Finanzierungskonzepte gemeinnütziger Vorhaben spezialisiert hat, mit bayerischen Kommunen und Kulturinitiativen derzeit über Stiftungen mit einem Investitionsvolumen von 250 Millionen Euro. Dass das Modell funktioniert, zeige das Beispiel der Kulturstiftung Fürth, der bereits wenige Monate nach ihrer Gründung mehrere Millionen Euro privates Kapital zur Verfügung stünden. **DK**

Mobilität im ländlichen Raum:

Realität oder Utopie?

Kolloquium der Akademie Ländlicher Raum, Hanns-Seidel-Stiftung und des Bayerischen Bauindustrieverbandes

Wenn die Mobilität nicht gewährleistet ist, in welcher Form auch immer, dann ist die Zukunft des ländlichen Raumes auch nicht mehr gewährleistet. Dieses Fazit zogen die zahlreichen Gäste eines Kolloquiums der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in Zusammenarbeit mit der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung und dem Bayerischen Bauindustrieverband in München. Thema der Veranstaltung: „Mobilität im ländlichen Raum - Realität oder Utopie?“

Was das neue Landesentwicklungsprogramm in Sachen Mobilität und Fortschritt verspricht, darüber informierte eingangs Prof. Jörg Maier vom Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie und Regionalplanung der Universität Bayreuth. Seiner Meinung nach ist der Bereich des Verkehrs im LEP sehr breit dargestellt, zu breit, um auch nur annähernd auf alle Facetten, etwa den ausführlichen Teil zum Radverkehr als besonderes Beispiel eines wachsenden Bewusstseins um Nachhaltigkeit, Gesundheits- bzw. Fitness-Streben in unserer Bevölkerung eingehen zu können.

Verkehr im LEP

Ebenso konnte auf den Aspekt der Verkehrsvermeidung bzw. -reduzierung zumindest des motorisierten Individualverkehrs in touristischen Standorten nicht Bezug genommen werden. Trotz des Bemühens um eine umfassende Darstellung der Verkehrsvorgänge wäre es laut Maier begrüßenswert gewesen, wenn an verschiedenen Stellen noch stärker der Bezug zu anderen Teilen des LEP, etwa zur Siedlungsstrukturentwicklung, vorgenommen worden wäre.

Mobilität im ländlichen Raum aus Sicht der bayerischen Transportwirtschaft definierte Sebastian Lechner, Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes Bayerischer Transportunternehmer, München. Er wies darauf hin, dass eine wesentliche Entwicklung des Industriestandortes Bayern bei allen Diskussionen um

das Verhältnis zwischen Schiene und Straße nicht außer Acht gelassen werden dürfe: Der Industriestandort Bayern zeichne sich vor allen Dingen gerade in den bisherigen ländlichen Regionen durch die Entwicklung so genannter hochwertiger Industrien aus. Dies bedeute, dass klassische Industrien, die in erster Linie dem Grundstoff, Kohle und Stahlbereich zuzuordnen sind, in Bayern nie standortbestimmend waren. Maßgeblich seien hier in erster Linie Luftfahrt, Fahrzeug- und Elektroindustrie, die nicht kompatibel sind mit den Verkehrsbewegungen der Deutschen Bahn. Lechner zufolge „müssen wir uns für die zukünftige Entwicklung darüber im Klaren sein, dass Mobilität im ländlichen Raum, zumindest was den Güterverkehr betrifft, auch mittel- und langfristig straßenbezogene Mobilität sein wird. Ich denke wir tun uns alle keinen Gefallen damit, diese Tatsache zu ignorieren oder zu verdrängen.“

Beispiel Schweiz

Wie es um die Verkehrspolitik und die Verkehrsplanung in der Schweiz bestellt ist, vermittelte Fredy Rey, Kantonsingenieur des Kantons Luzern. Zu meinen, dass die Verkehrsprobleme dort gelöst werden könnten, sei falsch. Im Moment, so Rey, sei die Mobilität noch viel zu billig, denn viele Kostenbestandteile fielen der Allgemeinheit an, obwohl nur ein bestimmtes Kundensegment die Vorteile nutzt. Es gebe aber eine Bewegung in die richtige Richtung. Mit Genugtuung sei zu be-

obachten, wie Deutschland von der Schweiz das Modell der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe übernehme. Rey: „Wir werden noch die Zeiten erleben, wo Alpentransitgebühren eingeführt, das Road Pricing in jeder Stadt zum Normalfall wird und der Treibstoff soviel kostet, dass damit alle Schäden an Natur und Gesellschaft bezahlt, respektive durch den gezielten Verbrauch in Grenzen gehalten werden.“

Probleme beim Straßenbau

Mit Statements, Forderungen und Lösungsmöglichkeiten aus Sicht der bayerischen Straßenbauverwaltung wartete Reinhard Entorf, Abteilungsleiter Oberste Baubehörde, auf. Im ländlichen Raum kann laut Entorf die Mobilität nur durch ein auf die Bedürfnisse abgestimmtes Straßennetz langfristig gesichert werden, da andere Verkehrsträger in absehbarer Zeit nur beschränkt zur Verfügung stehen. Der Straßenbau leide heute unter zwei grundsätzlichen Problemen: der mangelnden Finanzierungssicherheit und zu langen Planungszeiten. Deshalb seien folgende Forderungen zu stellen:

« Die Finanzierung im Strassenbau muss unabhängig von Haushaltszwängen sichergestellt werden: im Bundesfernstraßenbau durch konsequente Umstellung von der Haushaltsfinanzierung auf die Nutzerfinanzierung. Auch im Staatsstraßenbau sollte mehr Stabilität eintreten, z.B. durch Wiedereinführung die gesetzliche Festlegung des Haushaltsansatzes im GVFG-Bereich bereits weitgehende Stabilität erreicht.

« Verkürzung von Planungszeiten durch gesetzliche Regelungen und Reduzierung der Einspruchsmöglichkeiten.

Statements, Forderungen und Lösungsmöglichkeiten aus der

Sicht des Bayerischen Landkreistages stellte Direktor Dieter Jung vor. Seiner Auffassung nach liegen die Probleme in der Qualität der Mobilität und im Einsatz öffentlicher Mittel. Die Qualität des Straßennetzes dürfe sich nicht nur nach der Verkehrsdichte und der tatsächlichen Nachfrage richten. Vielmehr folge aus dem Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ein Anspruch des ländlichen Raums auf die Verfügbarkeit von Schnellstraßen. Die Schiene nütze dem ländlichen Raum wenig, weil sie einfach nur an wenigen Stellen vorhanden ist, also keine Flächendeckung erreiche und weil ihre Stärke, der Massentransport, im ländlichen Raum wenig gefragt ist.

Ärgeris besonderer Art

Die Finanzierung der Schiene sei für den ländlichen Raum ein besonderes Ärgernis, betonte Jung. Durch Streckenstilllegungen drohe dem ländlichen Raum ein weiterer Rückgang der Schiene. Der Bayerische Landkreistag habe wiederholt gefordert, im Falle von Streckenstilllegungen den entsprechenden Anteil der Regionalisierungsmittel für den Busverkehr in dem betroffenen ländlichen Raum einzusetzen. Der Omnibusverkehr im ländlichen Raum leide auf niedrigerer Ebene unter den gleichen Problemen wie der Schienenverkehr. Die Bedienung völlig diverser Fahrtwünsche mit geringer Fahrgastzahl, aber einem gewissen Anspruch an kurze Fahrzeiten, sei schwer zu erfüllen. Deshalb würden immer wieder flexible Modelle wie Anrufsammeltaxi, Rufbus oder Mitfahrersysteme erprobt, allerdings mit unterschiedlichem Erfolg. Trotzdem, so Jung, sei es eine soziale Verpflichtung, auch im ländlichen Raum ein angemessenes ÖPNV-Angebot vorzuhalten, „und zwar nicht nur für die vier großen A - Azubis, Arme, Alte, Asoziale“.

Grundsätzlich vertrete der Bayerische Landkreistag die Auffassung, dass der Einsatz öffentlicher Mittel im ÖPNV, jedenfalls, wenn Privatunternehmen tätig sind, im Wettbewerb zu erfolgen habe. Die Befürchtung, dass durch den Wettbewerb Monopolstrukturen entstehen, sei völlig unbegründet. Die Erfahrungen mit Ausschreibungen im Gebiet des MVV bewiesen das Gegenteil. Außerdem bestünden bisher im ÖPNV zum großen Teil Monopolstrukturen. **DK**

hafens gelegenen Gemeinden als Wohnstandort für Flughafenbeschäftigte erhöhen. „Zur Attraktivität eines Landes gehört auch eine Infrastruktur, die unser Land im Inneren erschließt“.

Tor in die Welt

Für den Regierungschef steht fest: „Als zweite Luftverkehrsdrehscheibe von europäischem Rang neben Frankfurt wird der Flughafen München immer mehr auch zum Tor Deutschlands in die Welt und Brücke über den Atlantik und in den asiatischen Raum“.

Anteilseigner der FMG sind Freistaat Bayern (51 %), Bund (26 %) und Stadt München (23 %). 1998 verzichteten die Münchner darauf, ein Veto gegen die Ausbaupläne einzulegen. Oberbürgermeister Christian Ude, der sich am Eröffnungstag darüber freute, dass das neuartige Finanzierungskonzept für das Terminal 2 den Stadtsäckel mit einem Euro belastet - auch Stoiber würdigte das als Mehrheitseigner der FMG mit dem Blick auf seinen Staatshaushalt - übe sich im Spagat. Die Stadt habe hinsichtlich der Ausbaupläne nicht im Bremserhäuschen gesessen.

Im Umsatzbuch von Dr. Michael Kerkloh, FMG-Geschäftsführer, spielen die Einnahmen aus dem Flugbetrieb längst schon eine

Deutsche Bahn frustriert Bayerns Gemeinden

Verkauf ehemaliger Bahngrundstücke kommt nicht voran

„Mit der Deutschen Bahn zu verhandeln kommt dem Festhalten eines glitschigen Fisches gleich - sie entgleitet uns dauernd. Das ist frustrierend“ meinte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, zu den jahrelangen, erfolglosen Bemühungen bayerischer Städte und Gemeinden, mit der Deutschen Bahn AG über den Verkauf nicht mehr bahnbetriebsnotwendiger Flächen zu einem Ergebnis zu gelangen.

„Die Bahn ist nicht bereit, endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Sie erfüllt ihre eigenen Versprechungen nicht, zögert Vertragsabschlüsse hinaus und ist nur an Gewinnmaximierung interessiert. Daran, dass sie ihre Grundstücke früher fast kostenlos von den Kommunen erhalten hat, will sich die Bahn nicht mehr erinnern. Ein unwürdiges Geschäft kennzeichnet die Verhandlungen.“ Brandl forderte die Bahn auf, den Gemeinden endlich seriöse Angebote zu machen.

Paketverkauf

Die Deutsche Bahn AG beabsichtigt, nicht mehr bahnbetrieblich notwendige Liegenschaften in Bayern zu veräußern. Bereits vor Jahren hatte sie beteuert, dass sie an einem Verkauf dieser Grundstücke „im Paket“ an die Gemeinden interessiert sei. Der zu diesem Zweck vom Bayerischen Gemeindetag angestrebte Abschluss eines Rahmenvertrags kam aufgrund zögerlicher Vertragsverhandlungen seitens der Bahn aber bis heute nicht zustande.

Beispiel Projektgebiet „Mühdorfer Stern“

Ein Beispiel: Im Projektgebiet „Mühdorfer Stern“ (Südostbayernbahn), wo mit dem Paketverkauf begonnen werden sollte, hatte die Bahn die nicht mehr bahnbetriebsnotwendigen Flächen in 65 Gemeinden mit 83 Bahnhöfen bzw. Haltepunkten mit ca. 2 Millionen Quadratmetern beziffert. Zwischenzeitlich hat die Bahn ca. 20 Prozent dieser Flächen an die Firma Aurelis GmbH übertragen, so dass sie selbst hierüber nicht mehr verfügen kann. Bei diesen Flächen handelt es sich im wesentlichen um die zentralen Lagen

untergeordnete Rolle. Vermietungen der Räume für eine Klinik, für die vielen Gastronomiebetriebe und Ladengeschäfts, das umfangreiche Dienstleistungsprogramm - das neue Parkhaus am Terminal 2 bietet allein 6400 Stellplätze - sind inzwischen die hauptsächlichsten Finanzierungsquellen. Kerkloh versprach eine „vertiefte und konsequente Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden“. Das wird schon im Hinblick auf den Bau einer dritten Start- und Landesbahn vonnöten sein, die für einen weiter zunehmenden Flugbetrieb früher oder später unentbehrlich sein dürfte. Erste Proteste und Einsprüche sind angekündigt.

Beteiligung des Mittelstandes

Finanzminister Dr. Kurt Faltlhauser, quasi Bau- und Hausherr, befand sich zur Eröffnungsfeier als Vorsitzender des FMG-Aufsichtsrates in der Rolle des Gastgebers. Zur Begrüßung lobte er gegenüber den 2600 Gästen die Berücksichtigung der bayerischen Wirtschaft bei der Bauvergabe. 431 der 526 Bauaufträge fürs Terminal 2, damit 530 von 948 Millionen Euro seien an mittelständische bayerische Unternehmen und an Arbeitsgemeinschaften mit bayerischer Beteiligung vergeben worden. **mhb**

Ein erfolgreicher Tag für Bayern und die Staatsregierung:

Start am Terminal 2 des Flughafens Franz-Josef-Strauß

Bindende Zusage Stolpes für den Transrapid München-Airport

Für Regierungschef Dr. Edmund Stoiber war dieser 27. Juni ein Datum des doppelten Erfolges. Es war nicht nur die Eröffnung des Terminals 2 des Franz-Josef-Strauß-Flughafens, das den Ministerpräsidenten begeistert. Denn Bundesverkehrsminister Dr. Manfred Stolpe trug mit der bindenden Zusage für den Bau des Transrapid vom Münchner Hauptbahnhof zum neuen Luftknoten der Airliner zu guter Stimmung bei. Den werde man „gemeinsam schaffen“. Der Ehrengast aus Berlin erntete dafür Beifall, der in den Reihen der bayerischen Zuhörer in lauten Jubel umschlug. Dieser vielleicht schönste Flughafen auf der ganzen Welt, so Stolpe, müsse zu einem stadtnahen Flughafen werden, eben durch den Hochgeschwindigkeits-Transrapid.

Egal, ob der Bundesverkehrsminister zu dieser Stunde bereits von dem Transrapid-Rückzieher Nordrhein-Westfalens wusste, schon aus politischer Sicht gebe es nun für Berlin kein zurück mehr, äußerten prominente Politiker. Gefeierte wurde zugleich das weltweit bisher einmalige Finanzierungskonzept für das 1,2 Milliarden Euro teure Terminal 2 mit dem sich die Jahreskapazität des neuen, vergrößerten Laufkreuzes München auf 50 Millionen Passagiere verdoppelt.

Beteiligung der Lufthansa

Erstmals hat sich mit der Deutschen Lufthansa ein Airliner an der Baufinanzierung eines Flughafens beteiligt. Sie steuerte 40 Prozent bei, hat damit aber das Sagen am Terminal 2. 60 Prozent übernahm eine Tochtergesellschaft der „Flughafen München GmbH“ (FMG). Lufthansa-Chef

Wolfgang Mayrhuber bescheinigte Bayern, nun über die „neue erste Adresse im Weltluftverkehr“ zu verfügen, auch über das modernste, komfortabelste und passagierfreundlichste Terminal in ganz Europa“. Es gewährleiste die kürzesten Umsteigezeiten Europas. Mit seinem Kabinettschef ist sich Bayerns Verkehrsminister Dr. Otto Wiesheu einig, dass die Eröffnung des Terminals 2 für den gesamten Standort Bayern einen weiteren wichtigen Schub bedingt.

Signalwirkung

Die wirtschaftspolitische Signalwirkung, die mit der Flughafenvergrößerung und mit dem Transrapid zu erwarten ist, stellte Ministerpräsident Stoiber in den Mittelpunkt seiner engagierten Rede. Aufgrund der Globalisierung und der Liberalisierung der Märkte komme dem Luftverkehr und seiner Infrastruktur eine im-

mer größere Bedeutung zu. „Schon deshalb hatte der Flughafenbau für die Staatsregierung immer eine hohe Priorität ungeachtet oft enormer Widerstände“.

„Wir würden heute nicht hier stehen, wenn nicht die Ministerpräsidenten Goppel, Strauß und Streibl mit Mut und Beharrlichkeit dieses große Projekt für Bayern vorantrieben hätten. Wer sich heute in so entscheidenden Fragen nur an den Widerständen orientiert und nicht die Chancen realisiert, setzt die Zukunft seines Landes aufs Spiel. Wir haben vor allem die Chancen gesehen und dieses Projekt auch gegen Widerstände durchgesetzt - anders als in anderen Teilen Deutschlands“.

Gesteigerte Attraktivität

Davon, dass die Arbeitsplätze am Flughafen und in seinem Umfeld sich von 300.000 im Jahr 2000 auf 354.000 bis 2015 vermehren, könne Berlin nur träumen. Voraussetzung sei jedoch der nachhaltige Ausbau der Anbindung von Flughafen und Umfeld an das öffentliche Straßennetz und Schienennetz. Der S-Bahn-Ringschluss Erding in Verbindung mit der Walpertskirchener Spange und eine Bahnverbindung des Flughafens Richtung Ostbayern würden die Attraktivität der östlich und nordöstlich des Flug-

Haushaltskonsolidierung:

Durch rasches Handeln die Zukunft sichern

Erfolgreiche Kommunalpolitik wird in Zukunft daran gemessen, in wie weit es den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung gelingt, deutliche und nachhaltige Einsparungen durch ein durchdachtes Konzept zur Haushaltskonsolidierung zu realisieren. Es wird nicht mehr ausreichen, über einen Zeitraum „einfach“ Geld einzusparen, sondern es wird erforderlich sein, sich von den bisherigen Ansprüchen, Annehmlichkeiten, Standards und Befindlichkeiten „geordnet“ zu trennen und im Rahmen des künftig finanziell Möglichen neue Standards zu setzen.

Deshalb sind eine Reihe von Maßnahmen notwendig, die gut aufeinander abgestimmt sein müssen und zu den beabsichtigten Konsolidierungszielen passen.

Angesichts der akuten Finanznot ist es unbedingt notwendig, dass einzelne Instrumente der Haushaltskonsolidierung kurzfristig, am besten noch im laufenden Haushaltsjahr greifen. Andererseits muss die Politik darauf achten, dass auch nachhaltig die Ausgaben angepasst werden und nicht nur ein Strohfeuer entfacht wird.

Kurzfristig wirksame Elemente der Haushaltskonsolidierung

Sofort ausgaben senkend wirkt die Erhebung und Bewertung von Einsparungspotenzialen bei den freiwilligen Aufgaben und den Leistungsstandards. Dabei ist es wichtig, dass in einem gut moderierten Diskussionsprozess gemeinsam getragene Entscheidungen zum zukünftigen Umfang kommunaler Leistungen getroffen werden.

Die Budgetierung hat gerade unmittelbar nach der Einführung positive Effekte. Die Praxis zeigt, dass 12% bis 20% der budgetierten Ausgaben eingespart werden. Die Festlegung der Budgetregeln ist dabei für den Konsolidierungserfolg von zentraler Bedeutung.

Durch Organisationsuntersuchungen, sowohl der Kernverwaltungen, als auch bei Eigen- und Regiebetrieben können konkrete Optimierungspotenziale erkannt und gehoben werden, die entweder direkt Kosten sparen, oder die Leistungsqualität verbessern. Das gilt auch für den übertragenen Wirkungskreis.

Kosten- und Leistungsrechnung

Die Kosten- und Leistungsrechnung wird ein verbindlicher zentraler Bestandteil des Neuen Kommunalen Haushaltswesens sein. Durch die Ermittlung des vollständigen Ressourcenverbrauchs erhöht sich das Kostenbewusstsein und das wirtschaftliche Verhalten auf allen Ebenen

der Verwaltung. Zusammen mit Budgetierung, Controlling und Berichtswesen bildet die KLR somit die Grundlage für ein wirtschaftliches Verwaltungshandeln.

Grundlage zur Vermögenskonsolidierung

Die vollständige Erfassung und Bewertung des Vermögens ist nicht nur eine notwendige Voraussetzung für die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung, sondern schafft gleichzeitig die Grundlage zur Vermögenskonsolidierung und der Einführung eines Gebäude- und Liegenschaftsmanagement.

Ebenfalls einen mittelfristigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung können interkommunale Vergleiche beitragen. Durch konsequentes Lernen vom Besten lassen sich in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung Optimierungspotenziale erkennen und nutzen. Die Arbeit in Vergleichsrängen erhöht zudem das Verständnis für den Einsatz betriebswirtschaftlicher Instrumente und erleichtert deren Einführung vor Ort.

Die kaufmännische Buchführung als „Betriebssystem“ für den integrativen Einsatz der Betriebswirtschaftlichen Instrumente, wie Kosten- und Leistungsrechnung, Budgetierung, Controlling und Berichtswesen wird nach unserer Überzeugung

zukünftig das Standardrechnungswesensystem in der öffentlichen Verwaltung sein.

Erste Erfahrungen in Modellkommunen zeigen, dass insbesondere für die Politik die Entscheidungsgrundlagen deutlich verbessert werden. Eine nachhaltige Politik nach dem Motto: "Was können wir uns tatsächlich in Zukunft noch leisten?" wird erleichtert. Die 2PLUS CONSULT hat die Gemeinde Hallbergmoos bei der erfolgreichen Einführung der Doppik zum 1.1.2002 begleitet. Als voraussichtlich erster bayerischer Landkreis wird Ebersberg zum 1.1.2005 auf die Doppik umgestellt haben. Auch hier begleitet und unterstützt die 2PLUS CONSULT das Modellprojekt.

Outsourcing gewinnt

Die Prüfung von neuen bzw. anderen Unternehmensformen sowie das Outsourcing von nach innen gerichteten Verwaltungsleistungen werden eine zunehmende Bedeutung bei der nachhaltigen Kosteneinsparung haben.

Leistungen, wie Lohn- und Gehaltsabrechnungen können in

größeren und damit spezialisierteren Einheiten effizienter und kostensparender durchgeführt werden.

Outsourcing bedeutet nicht zwangsläufig die Auslagerung von Tätigkeiten in die Privatwirtschaft. Gerade innerhalb der öffentlichen Verwaltung gibt es sinnvolle Möglichkeiten für Auslagerungen und Konzentration von Tätigkeiten im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit.

Dauerhafte Kernaufgabe der Kommunen

Haushaltskonsolidierung wird in verstärktem Maße eine dauerhafte Kernaufgabe der Kommunen werden. Die Frage lautet: wie viele Leistungen in welcher Qualität sollen in Zukunft auf kommunaler Ebene angeboten werden. Nur mit einem breit getragenen und durchdachten Mix verschiedener - auch unpopulärer - Maßnahmen kann diese Herausforderung gemeistert werden.

Die 2PLUS CONSULT als kompetenter und erfahrener Partner der Kommunalverwaltung bietet für alle Kommunen

das 2PLUS Haushaltskonsolidierungs-Konzept - Ein Weg aus der Finanzkrise.

Mit dem 2PLUS Haushaltskonsolidierungs-Konzept wird eine optimale Integration der einzelnen Instrumente zur Haushaltskonsolidierung und der weiteren Instrumente zur Verwaltungsreform geschaffen.

Dabei werden die Wirkungen der Konzepte zur Haushaltskonsolidierung maximiert und mit weiteren Instrumenten, wie dem jährlichen Mitarbeitergespräch auf alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung übertragen. Darüber hinaus installiert die 2PLUS CONSULT einen Kommunikationsprozess über die Ziele und Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung, bei der die Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung und die Kommunikation mit dem Bürger über die gesamte Prozessdauer hinweg gewährleistet ist.

Weitere Informationen unter Tel.Nr.: 089/212673-0 bzw. Email: info@2plus-consult.de. 2PLUS CONSULT ist auch auf der diesjährigen KOMMUNALE in Nürnberg am 15. und 16. Oktober 2003 vertreten. ☞

Kommunale 2003 in Nürnberg:

Ideale Plattform für Information und Dialog

Am 15. Oktober 2003 öffnet die Kommunale, Bayerns größte Fachmesse für Kommunalbedarf, im Messezentrum Nürnberg wieder für zwei Tage ihre Pforten. Angesichts der angespannten finanziellen Situation in den Kommunen sind neue, effiziente Lösungen und Konzepte gefragt. Wichtiger denn je ist für Vertreter von Städten und Gemeinden der Erfahrungsaustausch mit Kollegen. Die Kommunale ist das ideale Informations- und Dialogforum für Bürgermeister, Geschäftsstellenleiter, aber auch Stadt- und Gemeinderäte. Parallel zur Fachmesse führt der Bayerische Gemeindetag seine Jahreshauptversammlung durch und bietet ein umfangreiches und interessantes Programm an, in dem unter anderem das Thema „Kommunale Finanzen“ ein Schwerpunkt ist.

Die Fachmesse mit messegleitender Tagung richtet sich an die Einkäufer und Beschaffungsverantwortlichen der Städte und Gemeinden sowie an politische Entscheider wie Bürgermeister, Gemeinde- und Stadträte. Das Fachangebot ist breitgefächert und umfasst folgende Bereiche: Informations- und Kommunikationstechnik, Straßen und Verkehr, Energie, Rund ums Büro, Ausstattung gemeindlicher Einrichtungen, Marketing und Beratung für Gemeinden, Personalführung, Finanzdienstleistungen, Moderne Feuerwehren, Präsentation der Gemeinden.

Fachkongress

Eine gute Gelegenheit, Anliegen und Probleme der Städte und Gemeinden zu diskutieren und sich über aktuelle und zukünftig in den Kommunen anstehende Themen zu informieren, bietet der messebegleitende Fachkongress. Im Mittelpunkt stehen in diesem Jahr die Themenschwerpunkte „Kommunale Finanzen“ und „Bürger-Rathaus 2005“. In Seminaren und Workshops sollen Antworten auf folgende Fragen gegeben werden: „Wie geht es nun weiter mit dem Konnexitätsprinzip?“, „Was bringt die Gemeindefinanzreform?“ oder „Welche Herausforderungen werden an ein modernes Rathaus gestellt?“.

Organisation

Veranstalter der Fachmesse und des Kongresses ist der Bayerische Gemeindetag mit Unterstützung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Organisation und Durchführung der Kommunale liegen bei der NürnbergMesse.

„Ein Rückblick auf die letzte

in diesen Zeiten sei es im Messewesen bereits ein Erfolg, wenn die Aussteller- und Besucherzahlen der letzten Veranstaltung wieder erzielt werden. Deshalb sei man zufrieden, wenn bei der Kommunale eine Größenordnung von etwa 150 bis 180 Ausstellern erreicht werde.

Messekonzept

Was das Messekonzept angeht, so hat sich dieses laut Lenz bei den letzten beiden Veranstaltungen bewährt und ist von Besuchern wie Ausstellern sehr gut angenommen worden. Die Besucher schätzten vor allem das breite Fachangebot der Kommunale sowie die Kombination von Messe und begleitenden Kongress. Deshalb sei am Konzept nichts Wesentliches geändert worden. Wie Lenz' Kollege Günther Ziegler betont, sei lediglich der Termin der Messe um einen Tag nach vorne geschoben worden. Die offizielle Befragung während der letzten Veranstaltung habe gezeigt, dass die Besucher es begrüßen würden, wenn die Kommunale nicht am Donnerstag und Freitag, sondern schon am Mittwoch und Donnerstag stattfindet. Diesem Wunsch sei man gerne nachgekommen. **DK**

Schwierige Prognose

Angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und insbesondere der angespannten finanziellen Situation in den Kommunen sei es schwierig, für heuer eine Prognose zu tref-

Kommunale 2003:

Handeln in schwieriger Zeit

Interview mit Dr. Uwe Brandl, Erster Bürgermeister der Stadt Abensberg und Präsident des Bayerischen Gemeindetags

Dramatische Einbrüche auf der Einnahmenseite durch Wegbrechen des Steueraufkommens sowie Verlagerung kostenintensiver neuer Aufgaben auf die kommunale Ebene haben die Städte, Märkte und Gemeinden in die schwerste Krise seit Bestehen der Bundesrepublik geführt. Die Kommunale 2003 steht ganz im Zeichen dieses Themas. Der Bayerische Gemeindegtag als Veranstalter will gemeinsam mit den Verantwortlichen aus Bund und Freistaat versuchen, Wege aus der Krise zu finden. Weshalb es sich lohnt, auch und gerade in diesem Jahr wieder zur Kommunale des Bayerischen Gemeindetags zu kommen, erläutert Dr. Uwe Brandl, Erster Bürgermeister der Stadt Abensberg und Präsident des Bayerischen Gemeindetags.

Die Kassen der Rathäuser sind vielerorts leer. Bürgermeister und Rathausmitarbeiter überlegen derzeit sehr genau, ob und welche Dienstleistungen sie unternehmen. Warum sollten die kommunalen Entscheidungsträger und ihre Mitarbeiter zur Kommunale nach Nürnberg fahren?

Dr. Brandl: Weil sie dort erfahren, wie es weitergeht mit den Kommunalfinanzen. Wir werden mit den politisch Verantwortlichen in Bund und Freistaat diskutieren, welche Wege aus der Finanzkrise der Städte und Gemeinden beschritten werden können.

15. Oktober Möglichkeiten und Wege der Bewältigung der Finanzkrise vorstellen. Und das Highlight des Kongresses findet am darauf folgenden Tag, also am 16. Oktober, um 10.00 Uhr in der Frankenhalle statt: Eine Podiumsdiskussion mit Dr. Barbara Hendricks, Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, Staatsminister Erwin Huber und den beiden Abgeordneten Christine Scheel und Gerda Hasselfeldt. Das wird mit Sicherheit eine spannende Veranstaltung. Hier prallen die unterschiedlichen Finanzkonzepte von Bund und Land aufeinander. Da kann dann jeder Bürgermeister hautnah erleben, was in Berlin und München an Konzepten zur Bewältigung der Finanzkrise der Kommunen erarbeitet wird.

Das Tagungsprogramm

sieht ja auch noch ganz andere Themen vor. So etwa: **Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche; Das neue Baurecht; Hochwasserschutz und Gemeinden sowie das Thema Mobilfunk. Gehen diese Themen nicht durch das Generalmotto „Finanzkrise“ unter?**

Dr. Brandl: Nein, ganz im Gegenteil. Den kommunalen Entscheidungsträgern in den Rathäusern ist bewusst, dass sie sich den aktuellen Herausforderungen stellen müssen. Sie können ja nicht einfach das Rathaus und kommunale Einrichtungen schließen und sagen „Es ist kein Geld mehr da, wir machen den Laden dicht. Kommunale Leistungen gibt es erst wieder, wenn Geld fließt“. Der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche, also die weitere Schaffung von Kindergarten-, Krippen- und Hortplätzen, die Sicherstellung des Angebots für Nachmittagsbetreuung an Schulen usw. - das muss alles angepackt und in die Wege geleitet werden. Auf die gesellschaftlichen Herausforderungen

gen müssen die Gemeinden ja reagieren. Und das wollen sie auch. In den entsprechenden Foren erhalten die Bürgermeister und Rathausmitarbeiter, aber auch die Stadt- und Gemeinderatsmitglieder entsprechende Inhalte, die sie vor Ort mit Leben füllen können.

Welche anderen Themen werden außerdem auf dem Kongress behandelt?

Dr. Brandl: Es ist gerade mal ein Jahr her, dass viele Gemeinden in Bayern in den Fluten des Hochwassers versanken. Dies ist leider vielen schon nicht mehr bewusst. Der Bayerische Gemeindegtag hat schnell gehandelt und - noch unter dem Eindruck der Hochwasserereignisse - einen Arbeitskreis eingerichtet, in dem Experten u. a. der Wasserwirtschaft alle Überlegungen zusammengetragen haben, die einen besseren Hochwasserschutz in den Kommunen ermöglichen. Herausgekommen ist eine anschauliche Broschüre, die wir auf der Kommunale vorstellen werden.

Auf der Kommunale 2001 und auch schon bei der ersten Kommunale im Jahr 1999 stand die Modernisierung der Rathausverwaltung im Vordergrund der Tagung. Ist in diesem Bereich dieses Mal nichts geboten?

Dr. Brandl: Oh doch. Die auf der letzten Kommunale vorgestellte Projektstudie 2001 ist ja ein fortlaufender Prozess. Die Rathäuser befinden sich in einem ständigen Wandel. Sie bemühen sich unentwegt, den neuen Anforderungen an Technik und Beratung gerecht zu werden. Neues Steuerungsmodell, neues Rechnungswesen und E-Government sind nur einige der bekanntesten Schlagworte. Unter dem Titel „Rathaus 2005“ werden wir in Nürnberg eine Zwischenbilanz zur Projektstudie 2001 ziehen.

Diesmal geht es darum, mit welchen technischen Methoden künftig die Rathäuser mit anderen Behörden, aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren. Daher der Arbeitstitel: „Mit neuen Medien in die Zukunft“. Stichwort „moderne Technik“: Die Landesvermessungsverwaltung bietet seit kurzer Zeit den Gemeinden sogenannte digitale Flurkarten an. Damit können Bauleitpläne, also Bebauungspläne und Flächennutzungspläne, schneller, leichter und genauer erstellt und angepasst werden. Auch dies gehört zu einem modernen Rathaus. Auf der Kommunale 2003 wird die neue Technik ausführlich vorgestellt. **DK**

ENTSORGA Köln 2003 präsentiert:

„VAK in motion“

30 Firmen mit 50 kommunalen Fahrzeugen als spektakuläre Schau

Der Verband der Arbeitsgeräte- und Kommunalfahrzeug-Industrie e. V. - VAK - hat seine Mitglieder aufgerufen, in einer einzigartigen Show ihre Fahrzeuge und Leistungen zu präsentieren. An die 30 Firmen sind diesem Appell gefolgt und werden auf der globalen Umweltmesse ENTSORGA vom 23. bis 27. September 2003 im Verbund auftreten und mehr als 50 Fahrzeuge aus den Bereichen Entsorgungsfahrzeuge, Kehrmaschinen, Flüssigabfallentsorgungs- und Reinigungssysteme sowie Abroll- und Absetzkipper und Winterdienstfahrzeuge vorführen.

Die ENTSORGA ist als weltweit operierende Umweltmesse die geeignete Informationsplattform für den Interessenverband und seine Mitglieder. Aktuelle Themen werden in der Messehalle auf einem Gemeinschaftsstand angesprochen und auf dem großen Vorführgelände im Freien, kann der Messebesucher sich bei den fahrzeugspezifischen Live-Vorführungen von der Vielfalt der Kommunalwirtschaft überzeugen. Die unterschiedlichen Entsorgungsfahrzeuge und Arbeitsgeräte werden von einem Moderator während ihrer Demonstrationen erläutert und auf diverse Fragestellungen kann explizit eingegangen werden.

Grünlandprämie für Landwirte:

Auch in Wasserschutzgebieten dringend erhalten!

„Die kommunalen Wasserversorger haben ein vitales Interesse an einer gewässerunschädlichen Bewirtschaftung von Grundstücken in ihren Wasserschutzgebieten. Ausgleichszahlungen für wirtschaftliche Nachteile von Landwirten auf solchen Flächen sind deshalb gerechtfertigt“, betonte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl. „Sie können aber den Wegfall der landwirtschaftlichen Förderprogramme nicht kompensieren.“

Zum Schutz des Grundwassers gibt es in vielen Wasserschutzgebieten das Verbot, Grünland umzubringen. In solchen Fällen erhalten die Landwirte häufig staatliche Leistungen (Grünlandprämie) nach dem Kulturlandschaftsprogramm. Diese staatlichen Leistungen können jetzt aufgrund der EU-rechtlichen Vorgaben nur noch bezahlt werden, wenn der Landwirt freiwillig darauf verzichtet, Grünland umzubringen und hierzu nicht bereits durch die Auflagen in der Wasserschutzgebietsverordnung verpflichtet ist.

Die Bayerische Staatsregierung will über 1000 Verordnungen für Wasserschutzgebiete ändern und die Schutzauflagen (Umbruchverbot für Grünland) streichen, um die EU-rechtlichen Vorgaben für die Zahlung von Grünlandprämien an die Landwirte zu erfüllen. Der Bayerische Gemeindegtag trägt bei diesem Konzept für die Gemeinden akzeptable Lösungsvorschläge mit. Dazu

kann nach einer sorgfältigen Prüfung auch die Änderung von Schutzgebietsverordnungen gehören, um eine reibungslose Zahlung der Grünlandprämie zu ermöglichen. Dieser Weg ist aber dann nicht gangbar, wenn eine Herausnahme von Schutzauflagen aus der Verordnung dem Trinkwasserschutz widersprechen würde. Im Einzelfall kann auf Antrag eines Landwirts für wirtschaftliche Nachteile ein Ausgleich gezahlt werden.

Der Gemeindegtag lehnt jedoch eine Automatik, dass anstelle der staatlichen Förderung eine gemeindliche Ausgleichszahlung in Wasserschutzgebieten erfolgen muss, strikt ab. Ausgleichszahlungen können nur gewährt werden, soweit für den Grundeigentümer ein wirtschaftlicher Nachteil vorhanden ist und für die Zahlung eine Rechtsgrundlage besteht. Die Zahlungen sind nämlich Bestandteil der Kalkulation von Wassergebühren.



demopark 2003: Auf der Beliebtheitsskala ganz vorn.

demopark 2003 endete mit Besucherrekord

Unter dem Motto „Natur trifft Technik“ fand die dritte demopark in Fulda statt. Mit einer Steigerung der Besucherzahl um 15 % auf 22.176 schloss die Ausstellung nach drei Tagen Dauer. Mit diesem positiven Ergebnis setzt die demopark ihre Erfolgsserie fort und hat sich als Europas größte Freilandausstellung für den Garten- und Landschaftsbau und Kommunaltechnik etabliert.

Beste Voraussetzung für eine erfolgreiche demopark 2003 waren das großzügige Ausstellungsgelände und das schöne Wetter, dazu die zahlreichen Fachbesucher, die sich Aussteller und die Veranstalter, der VDMA Fachverband Landtechnik und die Messegesellschaft Fulda, wünschen.

Neuheitenparcours

Eine gute Stimmung herrschte bei den 316 Ausstellern, die in Fulda ihr Geräte- und Maschinenprogramm präsentierten. Viele Unternehmen stellten neu entwickelte Maschinen aus. Erstmals konnten die Besucher in einem Neuheitenparcours Maschinen und Geräte sehen, die von einer Fachjury prämiert wurden. Noch mehr Aussteller als in den Vorjahren nutzten die Möglichkeit, ihre Geräte auf den Demonstrationsflächen den erwartungsvollen Fachbesuchern vorzuführen.

Gute Besucherqualität

Nach einer Umfrage ist dies für Aussteller und Besucher gleichermaßen einer der Hauptgründe für die Beteiligung oder den Besuch der demopark. Sehr zufrieden waren die Aussteller über die große Anzahl von interessierten Fachbesuchern und vor allem Dingen über die gute Qualität

der Besucher. Deutlich mehr ausländische Fachleute haben in diesem Jahr die demopark besucht. Bemerkenswert wurde von einigen Ausstellern, dass die Zahl der Besucher aus dem kommunalen Bereich nicht ganz den Erwartungen entsprochen hat, was mit der angespannten Lage in den Kommunen begründet wird. Überwiegend positiv wird die derzeitige aktuelle wirtschaftliche Situation der Firmen beurteilt. Die Firmen schauen wieder optimistisch in die Zukunft. Sie erwarten, auch auf Grund der Gespräche auf der demopark, eine positivere Entwicklung ihrer Geschäfte.

Perspektiven

Die demopark hat sich bei ihren Ausstellern auf der Beliebtheitsskala auf Rang 1 geschoben, vor GaLaBau und AGRITECHNICA. In zwei Jahren werden im Juni 2005 die Zelte der demopark in Eisenach aufgeschlagen. Auf dem Flugplatzgelände in Eisenach-Kindel werden noch mehr Aussteller erwartet, über 90 % der Aussteller der demopark 2003 wollen auch an der vierten demopark in Eisenach teilnehmen. Wegen der großzügigeren Platzverhältnisse werden dann auch die 60 Unternehmen berücksichtigt werden können, die 2003 keinen Platz fanden.

Das neue Lkw-Mietkonzept von Mercedes-Benz CharterWay:

Flexibilität und Kostensicherheit

Ein Unternehmen muss sich an ständig wechselnde Marktanforderungen anpassen können - das ist inzwischen Allgemeinwissen. Für das Transportgeschäft heißt das, terminlich sensibles Alltagsgeschäft, saisonale Spitzen, ein kurzfristiges Auftragshoch oder eine "Anfrage über Nacht" flexibel ableisten zu können - ohne dabei zuviel investieren zu müssen.

Das neue Lkw-Mietkonzept von Mercedes-Benz CharterWay setzt genau hier an: Es ermöglicht seinen Kunden Mobilität, Kostensicherheit und Transparenz. Kurz: Es bietet dem Kunden ein wirklich passendes Nutzfahrzeug, wann und wo immer er es benötigt und zu fairen, im Voraus absehbaren Kosten.

Mobilität für jeden Bedarf

„Das Mieten von Nutzfahrzeugen hilft dem Unternehmer, weniger Kapital zu binden und gleichzeitig voll einsatzfähig zu bleiben. Das ist echte wirtschaftliche Unabhängigkeit,“ fasst Hans-Bahne Hansen, Geschäftsführer bei CharterWay, die Hintergründe zum neuen Produkt zusammen.

Der Kunde kann sich bei der CharterWay Miete genau das zu seiner tagesaktuellen Bedarfslage passende Fahrzeug aussuchen. Die Mietdauer ist dabei von einem Tag bis zu mehr als einem Jahr flexibel, und die große Palette an Fahrzeugtypen deckt zahlreiche Branchen-Anforderungen ab. So bietet der CharterWay Fuhrpark neben Standardfahrzeugen wie z.B. Sattelzugmaschinen auch Lkw mit branchenspezifischen Ausstattungen wie Müll- oder Getränkefahrzeug.

Auf diese Weise kann der Kunde entscheiden, ob er ein z.B. ein spezielles Kühlfahrzeug für einen Tag oder aber eine ganze Entsorgungsflotte für einen längeren Zeitraum mieten möchte. Bei Bedarf wird die Mietzeit einfach verlängert, die Raten werden entsprechend angepasst. Wer das Fahrzeug länger als ein Jahr benötigt, kann einfach auf die Langzeitmiete „umsteigen“.

Lokale Kompetenz bei Auswahl und Abwicklung

„Kurzfristig“ heißt im Nutzfahrzeugbereich meistens „sofort“. Das Fahrzeug muss schnell und ohne großen Verwaltungsaufwand zur Stelle sein. Gleichzeitig sind solide Beratung und fachliche Kompetenz unerlässlich, damit das Fahrzeug dann auch zur geforderten Einsatzart passt. Aus diesem Grund hat Mercedes-Benz CharterWay, bislang als Dienstleistungstochter des Daimler-

Chrysler-Konzerns von Berlin aus aktiv, die eigene regionale Vertriebspräsenz erweitert.

„Mietstützpunkte“

Bundesweit bieten derzeit 31 sogenannte „Mietstützpunkte“ fundiertes Know-how und eine große Fahrzeugauswahl vor Ort. Der Kunde wird von einem Experten bezüglich Einsatzart und Auswahl der Nutzfahrzeuge persönlich beraten und erhält sofortig ein entsprechendes Angebot - auf Wunsch auch telefonisch. Die Fahrzeugübernahme erfolgt direkt am Stützpunkt.

Leistungen im Überblick

Im CharterWay Fuhrpark befinden sich mehr als 1.500 Standard- bzw. branchenspezifische Fahrzeuge. Im Rahmen der

Aktion Saubere Stadt:

Schmutzfinken sind „uncool“

Kinder lernen Umweltschutz spielerisch beim Gemeinschafts-„Räumdienst“

München/Würzburg - Als Schirmherr der bayernweiten Initiative „Aktion Saubere Stadt“ hat Umweltminister Werner Schnappauf den Würzburger Aktionstag „Saubere Kinder-Spielplätze“ unterstützt. Nach den Worten des Ministers ist der Spielplatz-„Räumdienst“ eine von zahlreichen Veranstaltungen, die im Rahmen des Projekts „Aktion Saubere Stadt“ stattfindet.

Bereits im Frühjahr hat der Minister beim Großreinemachen von Badeseen und Stadtbächen mit angepackt. Für Schnappauf sind Sauberkeit und Sicherheit Werte, die zusammengehören. Schnappauf lobte besonders die Eigeninitiative der Kommunen zusammen mit den örtlichen Vereinen und der Bürgerschaft.

Schätzen und schützen

Schnappauf sprach sich dafür aus, das eigene Umweltbewusstsein in den eigenen vier Wänden auch vor der Haustüre auszuprobieren. „Selber ein Vorbild sein, und damit dem Schmutzfink keine Chance geben“, so Schnappauf. Der Minister appellierte an Eltern und Kommunen, Kindern frühzeitig die Natur und Umwelt nahe zu bringen. „Denn nur was der Mensch kennt, schätzt und schützt er auch“.

Der Aktivspielplatz auf dem Landesgartenschau Gelände in

Miete sind folgende Leistungen enthalten:

- ≠ An- und Aufbauten
- ≠ Kfz-Steuern
- ≠ GAP-Unterdeckungsschutz
- ≠ Reifenersatz und -service
- ≠ Rundfunkgebühren
- ≠ Versicherung
- ≠ Anhängersteuerzuschläge ab 18t/25t
- ≠ Reparatur und Wartung
- ≠ Gesetzliche Prüfarbeiten
- ≠ Fahrzeugmanagement
- ≠ Unfallmanagement
- ≠ Ersatzfahrzeug-Gestellung

Fahrer inklusive

Doch meistens braucht der Kunde nicht nur ein Fahrzeug, sondern auch einen Fahrer. Hier hat sich das in dieser Form in Deutschland einmaliges Zusatzangebot CharterWay „Miet und Fahr“ bewährt: In Zusammenarbeit mit der Dekra Arbeit GmbH bietet CharterWay das Nutzfahrzeug samt Fahrer an. Für den Kunden bedeutet dies: Ein Anruf - und Fahrzeug mit Fahrer stehen bereit.



Mobilität für jeden Bedarf: das neue Lkw-Mietkonzept von Mercedes-Benz.

Mercedes-Benz:

Unimog überzeugt Brand- und Katastrophenschützer

Beim „Internationalen Symposium für Waldbrand-Bekämpfung und Katastrophenschutz“ im Kundencenter des DaimlerChrysler-Werks Rastatt und in der Kiesgrube Ötigheim (bei Rastatt), dem schwersten Off-Road-Testgelände Europas, hat der Mercedes-Benz Unimog sein breit gefächertes Einsatzspektrum beim Retten von Menschenleben, Löschen schwierigster Brände und Bergen von Gütern in Form einer Vielzahl realitätsnaher Einsatzdemonstrationen unter Beweis gestellt. Veranstalter war der zum Geschäftsbereich Mercedes-Benz Lkw der DaimlerChrysler AG gehörende Produktbereich Unimog.

Vor den über 600 geladenen Fachleuten von Feuerwehren, Polizei, Notärzten, Technischen Hilfswerken und anderen Hilfs-, Brand- und Katastrophenschutz-Organisationen aus aller Welt hat zeitgleich im Werk Wörth der DaimlerChrysler AG der Serienanlauf des U 5000, des leistungsstärksten Unimog aus der Produktlinie der hochgeländegängigen Fahrgestelle und Transportfahrzeuge, stattgefunden.

Der Mercedes-Benz Unimog ist ein unverzichtbares Mitglied der breit gefächerten Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Fahrzeugpalette von DaimlerChrysler. Dieses weltweit einsetzbare und seit Jahrzehnten erprobte Löschein- und Katastrophenschutz-Fahrzeugkonzept bietet eine Vielfalt zusätzlicher Nutzungsmöglichkeiten bei den Feuerwehren, den Technischen Hilfswerken, der Polizei, dem Roten Kreuz und anderen Hilfsdiensten.

Insgesamt 17 Fahrzeuge aus der geländegängigen Geräteträger-Baureihe Unimog U 300 bis U 500 und der hochgeländegängigen Fahrgestell-Baureihe Unimog U 3000 bis U 5000 sowie zwei weitere Unimog-Einsatzfahrzeuge mit den Typ-Bezeichnungen U 1550 L und U 2150 L aus der früheren Schweren Uni-

mog-Baureihe - alle ausgerüstet mit landesspezifischen Spezialaufbauten internationaler Aufbauhersteller sowie Rettungs- und Bergungsgeräten der europäischen Unimog-Geräte-System-Partner - haben eindrucksvoll demonstriert, was der Unimog unter extremen Einsatz- und Geländebedingungen bei der Waldbrand-Bekämpfung, der Schadensbehebung nach Hochwasser, Stürmen und Erdbeben sowie bei Rettungsaktionen nach Unfällen zu leisten im Stande ist. Die spannungsfreie Aufbau-Lagerung, bis zu 160 kW (218 PS) Motorleistung, die serienmäßige elektronisch-pneumatische Telligent-Schaltung mit acht Vorwärts- und sechs Rückwärtsgängen sowie das „Electronic Quick Reverse“-System (EQR) für schnelle Wendemanöver in kritischen Situationen sind hier nur einige Beispiele aus der Serienausstattung. Neben der serienmäßigen Einzelkabine stehen auch Doppelkabinen für Mannschaftstransporte bis zu sechs Personen zur Wahl.

Beide Produktlinien des Mercedes-Benz Unimog sind prädestiniert für Einsätze unter schwierigen Bedingungen. Es gibt kaum eine Situation im Rahmen der Brandbekämpfung, des Katastrophenschutzes und der

Rettungsdienste, die von diesen geländegängigen Fahrzeugen nicht gemeistert werden könnte.

In enger Zusammenarbeit mit qualifizierten Aufbau-Herstellern ist vor allem mit den hochgeländegängigen Fahrgestellen und Transportfahrzeugen der Baureihe U 3000 - U 5000 ein speziell auf die landesspezifischen Bedürfnisse und Vorschriften der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes zugeschnittenes Konzept realisiert worden, dessen Basis ein leistungsstarker Antriebsstrang ist. Der Unimog kann dabei zum schweren Einsatzfahrzeug für die Waldbrand-Bekämpfung und/oder für technische Hilfeleistungen ausgerüstet und/oder mit schweren Aufbauten wie Kränen oder Hubarbeitsbühnen versehen werden. Durch seine flexiblen Nutzungsmöglichkeiten kann der Mercedes-Benz Unimog sowohl als allradgetriebenes Tanklöschfahrzeug auf und abseits der Straße, als Schlauchwagen VW 2000-TR, als Rettungswagen, als mobile Werkstatt-Station, als Kommando-Zentrale mit Funkeinrichtung oder als Tankwagen eingesetzt werden.

Neben ausführlichen Informationen zur Technik und zu den Einsatzmöglichkeiten des Unimog standen schließlich praxisbezogene Vorträge von Col. Lt. Didier Besson (Leiter der Feuerwehrzentrale Royan im Südwesten Frankreichs) und Helmut Moser (Allrad-Fahrtrainer und Herausgeber/Chefredakteur der Zeitschrift „4 Wheel Drive“ aus Wels/Österreich) im Fokus des Interesses.

Freistaat Bayern und DB AG:

Einigung auf neuen Zehn-Jahres-Vertrag

Wiesheu und Mehdorn unterzeichnen zusätzlich Rahmenvereinbarung zur Zukunft des Schienenverkehrs/Einigung hat Gesamtvolumen von 21 Mrd. Euro

Über ein Gesamtpaket von 21 Milliarden Euro an Schienenverkehrsleistungen und -infrastrukturinvestitionen haben sich heute in München Bayerns Verkehrsminister Otto Wiesheu und Bahnchef Hartmut Mehdorn geeinigt. Zum einen besteht es aus dem neuen Verkehrsdurchführungsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und der DB AG, der über die nächsten zehn Jahre geht und Nahverkehrsleistungen im Umfang von rund 8 Milliarden Euro umfasst. Zum anderen fixierten Wiesheu und Mehdorn darüber hinaus in einer Rahmenvereinbarung ein Zehn-Jahres-Entwicklungskonzept für die gesamte Schieneninfrastruktur im Freistaat.

Dort sind u.a. die wichtigsten Schienenprojekte in Bayern für den Fern- und Regionalverkehr sowie der S-Bahnen verbindlich vereinbart. Sie haben ein Volumen von 13 Milliarden Euro.

Sieger ist der Bahnkunde

Bayerns Verkehrsminister Otto Wiesheu bezeichnete die Einigung als „bahnbrechende Weichenstellung für einen attraktiven und erfolgreichen Bahnverkehr im Freistaat“. „Der Zug rollt in die richtige Richtung. Die Schiene wird in Bayern künftig für eine große Zahl von Verkehrsteilnehmern eine noch interessantere Alternative. Der Sieger bei den Verhandlungen ist der Bahnkunde!“ bekräftigte der Minister.

Das letzte Wort hat nach der heutigen Vertragsparaphierung noch das Bayerische Kabinett.

Die Zustimmung des Kabinetts ist Voraussetzung für das Wirksamwerden des Vertrags. Darüber hinaus wird sich nach der Landtagswahl auch der neue Bayerische Landtag mit den beiden Vereinbarungen befassen.

Ausnahmeregelung

Der neue Verkehrsdurchführungsvertrag endet mit Ablauf des Jahres 2013. Eine Ausnahmeregelung gilt für die S-Bahnen in München und Nürnberg. Dort garantiert die Einigung der DB Regio AG die Leistungen bis 2017. Grund für diesen längeren Zeitraum sind die enormen Investitionen, die von ihr in beiden Regionen unternommen werden müssen. „Wir geben der Bahn damit die nötige Planungssicherheit“, merkte der Minister an. Der erste Verkehrsdurchführungsvertrag

zwischen Freistaat und DB AG war Ende 2001 ausgelaufen. Für 2002 gab es eine vertragliche Übergangsregelung.

Der Freistaat hat seit 1995/1996, als die Länder die Verantwortung für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) erhielten, das Angebot um 20 Prozent bzw. 19 Millionen Zugkilometer erhöht. Von den 102 Millionen Zugkilometer, die der Freistaat im Jahr 2003 insgesamt im SPNV bestellt hat, fährt die DB AG rund 98 Millionen Zugkilometer und erhält dafür aktuell 733 Millionen Euro.

Größtes Eisenbahnland

Minister Wiesheu kündigte an, dass in den nächsten Jahren der Wettbewerb auf der Schiene in Bayern weiter ins Rollen kommen wird, da 33 Millionen Zugkilometer davon sukzessive ausgeschrieben werden sollen bzw. bereits im Ausschreibungsverfahren sind. Mit den jährlich garantierten 1,5-prozentigen Erhöhungen bei den Bestelldaten und abzüglich der Ausschreibungen umfasst der neue Vertrag einen Gesamtbetrag von rund 8 Milliarden Euro. „Bayern bleibt damit das größte Eisenbahnland in Deutschland“, stellte Minister Wiesheu fest.

Um den SPNV in Bayern attraktiver zu machen, setzt der Freistaat aber nicht nur auf mehr Wettbewerb. So sollen Neuerungen bei der Preisgestaltung noch

mehr Kunden anziehen. Minister Wiesheu führte dabei insbesondere das Single-Ticket auf, mit dem einzelnen Personen die Nutzung aller Nahverkehrszüge in Bayern zum Pauschalpreis von 15 Euro spätestens ab dem neuen Fahrplanwechsel Mitte diesen Dezembers ermöglicht wird.

Wiesheu betonte, dass auch die Qualitätssicherung im neuen 10-Jahres-Vertrag einen erhöhten Stellenwert habe. So müsse die Bahn künftig nicht nur mehr bei Unpünktlichkeit mit finanziellen Abzügen rechnen, sondern auch bei fehlender Sauberkeit oder ungenügender Fahrgastinformation. Ein weiterer Schritt zu mehr Qualität sei laut Wiesheu auch die Zusage der DB AG, für den SPNV in Bayern neue Schienenfahrzeuge im Wert von fast 700 Millionen Euro anzuschaffen. Mit den bei Ausschreibungsprojekten geforderten Fahrzeuginvestitionen wird sich das Gesamtvolumen bei den Fahrzeugneubestellungen auf über 1 Milliarde Euro belaufen.

Einzigartiges Konzept

Mit dem vereinbarten Zehn-Jahres-Entwicklungskonzept für den Schienenverkehr in Bayern stellen Wiesheu und Mehdorn die partnerschaftliche Entwicklung auf neue Füße. Minister Wiesheu, der auf die Einzigartigkeit dieses Konzepts in Deutschland verwies, machte deutlich, daß die prognostizierte Verkehrsentwicklung in Bayern die Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte unbedingt erforderlich mache. Deshalb habe man neben Aussagen zu den Zielen der DB AG beim Fern- und Güterverkehr im Freistaat in erster Linie die inhaltliche und zeitliche Fixierung der wichtigsten Ausbauprojekte in Bayern als Kerninhalt festgelegt. Es handelt sich dabei um den

Ausbau der Fernverkehrsachse Ulm - Augsburg - München - Mühldorf - Freilassing, den Ausbau der Fernverkehrsachse München - Ingolstadt - Nürnberg - Erfurt, den Ausbau der Fernverkehrsachse München - Lindau, die Fortführung des Neigetechnik-Ausbaus im Allgäu und in Nordbayern, den S-Bahn-Ausbau in München und Nürnberg, den Regio-Schienen-Takt Augsburg, die Beseitigung der Unfall-schwerpunkte an Bahnübergängen und die Entwicklung der Personenbahnhöfe.

Quantensprung

Wiesheu nannte es einen Quantensprung, daß die DB AG für diese Projekte im Gesamtumfang von rund 13 Milliarden Euro ihre verbindliche Zusage gegeben ha-

be. Ihre Durchführung stünde jetzt lediglich mehr unter dem Vorbehalt, dass der Bund dort, wo er gefordert ist, die erforderlichen Mittel bereitstellt und die notwendigen Rechtsverfahren zügig durchgeführt werden.

Projektüberwachung

Wichtig sei laut Minister Wiesheu in diesem Zusammenhang auch, dass Bayern und die DB AG bei wichtigen Maßnahmen künftig eine kontinuierliche gemeinsame Projektüberwachung betreiben werden. Die jeweilige Projektleitung ist damit sowohl dem Konzernvorstand der DB AG als auch dem Freistaat gegenüber unmittelbar verantwortlich. „Das gibt den nötigen Druck für die zeitgerechte Umsetzung der Projekte“, merkte der Minister an.

Bayerwald-Ticket:

Familienfreundliches ÖPNV-Angebot

Bis 31. Oktober 2003 ist noch Bayerwald-Ticket-Zeit. Mit vielen Bussen, der Waldbahn und auf einem Teil der Oberpfalz-bahn geht es auf Erkundungstour durch den Naturpark und in den Nationalpark Bayerischer Wald. Und dies schon ab 5 Euro pro Person und Tag.

In diesem Jahr konnte das Tarifgebiet nochmals erweitert werden. Das Bayerwald-Ticket gilt jetzt auf allen RBO-Linien im Landkreis Freyung-Grafenau. Wie bisher erschließt das Bayerwald-Ticket-PLUS das gesamte Netz der Waldbahn und gilt zum Preis von 10 Euro schon ab Plattling. Das Bayerwald-Ticket ist ein besonders familienfreundliches ÖPNV-Angebot im Bayerischen Wald. Die Familienkarte zu 10 Euro (bzw. 20 Euro Bayerwald-Ticket-plus) gilt für zwei Erwachsene und bis zu vier Kinder bis 17 Jahre, bzw. für alle Kinder einer Familie. Kinder unter sechs Jahre haben generell freie Fahrt. Auch Hunde dürfen kostenlos mit.

Appetithappen

Das Bayerwald-Ticket ist der ideale Fahrschein für Ausflüge in den Bayerischen Wald, da von der Waldbahn Anschlüsse zu den wichtigen Bus-Verbindungen zum und im Nationalpark, aber auch rund um den Arber bestehen. Die Zeiten, in denen man sich gute Freunde zum Abholen oder ein zweites Auto am Ziel organisieren musste, sind vorbei.

In einer ausführlichen Informationsbroschüre mit Fahrplänen, Kartenübersicht und Hinweisen zu Vergünstigungen wurden die schönsten Wander- und Ausflugstipps zusammengestellt. Die Handreichung, erhältlich u.a. beim Tourismusreferat am Landratsamt und bei den Tourist-Informationen der Gemeinden, will Appetit auf die vielen Möglichkeiten machen, die das Bayerwald-Ticket bietet. Aufgerufen wird dazu, das preiswerte Angebot zu nutzen und Waldbahn und Bussystem zu ganz persönlichen Lieblingstouren durch den Naturpark und in den Nationalpark Bayerischer Wald zu kombinieren. Auch könne das „Grüne Dach Europas“ grenzüberschreitend durchquert werden. Zudem bringe im

Nationalpark Sumava ein gut funktionierendes Bussystem den Gast preiswert zu vielem Sehenswertem.

Am Geltungstag ist ein beliebiger Wechsel der Verkehrsmittel im Verbundgebiet möglich, ohne einen neuen Fahrschein lösen zu müssen. Gerade für längere Ziel-Wandertouren bietet sich der ÖPNV mit dem Bayerwald-Ticket an, so braucht man nicht mehr zum Ausgangspunkt zurück.

Neben den Automaten-Fahrscheinern gibt es bebilderte Billets, die am Geltungstag mit dem Eintrag von Datum und Unterschrift vom Fahrgast entwertet werden. Das heißt, diese Tickets können im Vorverkauf erworben werden und eignen sich gut als Geschenk, als kleine Aufmerksamkeit aus der Region oder als Einladung zu einem Ausflug.

Vernetztes System

Das Bayerwald-Ticket ist das Ergebnis gemeinsamer Bemühungen, den Individualverkehr am Nationalpark Bayerischer Wald zu reduzieren. Was vor acht Jahren mit den Igelbussen im Nationalpark Rachel-Lusen-Gebiet begann, wurde nun wesentlich erweitert. Im Nationalpark Rachel-Falkenstein-Gebiet verkehren die Falkenstein-Busse und machen auch hier ohne Automaten mobil. Das Rückgrat des Nationalpark-Verkehrs bildet die Waldbahn, die die beiden Nationalpark-Teile umweltfreundlich miteinander verbindet. Durch das Bayerwald-Ticket werden diese drei Verkehrssysteme preiswert miteinander vernetzt. Zwischen Plattling und Bayerisch Eisenstein, zwischen Furth im Wald und Grafenau, zwischen Kaitersberg, Osser, Arber und Lusen kann man den Bayerischen Wald jetzt mit einem Ticket erfahren. Für kleinere Unternehmungen im Nationalpark gelten auch weiterhin die Tarife von Igel- und Falkenstein-Bussen. **DK**



So oder so ähnlich könnte es in einigen Jahren am Münchner Hauptbahnhof aussehen. Animation: Stoiber

Positive Landesplanerische Abstimmung:

Transrapid startet in Hochlage am Hauptbahnhof

München - „Durch den positiven Beschluss der Regierung von Oberbayern zur Hocheinführung der Magnetschwebebahn in den Hauptbahnhof ist die Bayerische Magnetschwebebahn-BMG voll bestätigt worden“, sagte Dr. Josef Zeiselmaier in München. Der Transrapid - so die Regierung von Oberbayern bei der Bekanntgabe des Entscheides in der ergänzenden landesplanerischen Abstimmung - leiste einen positiven Beitrag zur Stärkung des ÖPNV in der Region. Alle technischen Einzelheiten würden durch das jetzt einzuleitende Planfeststellungsverfahren beantwortet werden.

„Mit der Hocheinführung wird München um eine Attraktion reicher werden. Der Transrapid werde das Münchner Stadtbild prägen. Er muss sich nicht tief unter dem Hauptbahnhof verstecken“, freute sich der Geschäftsführer. Die Tiefanlage sei die Alternative gewesen. Im Bereich des Vorplatzes an der Bayerstraße könne sich im Umfeld zahlreicher internationaler Hotels ein attraktiver „Transrapid-Platz“ entwickeln.

Planfeststellung als Ziel

Die BMG werde jetzt mit Nachdruck an dem nächsten Ziel, der Planfeststellung, arbeiten. „Wir wollen unsere Aufgaben sorgfältig und möglichst rasch erledigen“, betonte der Geschäftsführer und wies darauf hin, dass wie immer Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehe. „Das entscheidende Anliegen

der Transrapidverbindung zwischen Hauptbahnhof und Flughafen ist es, den überregionalen Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern“, so der Geschäftsführer.

Optimistisch in die Zukunft

Die Förderung der Transrapid-Technologie sei nicht nur ein Anliegen der Bayerischen Staatsregierung, sondern auch der Bundesregierung und der Regierungsparteien in Berlin. „Dies ist im Koalitionsvertrag vereinbart worden“, erinnerte Zeiselmaier. Außerdem hätten sich die Bundesminister Stolpe und Clement, aber auch jetzt Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes, für das bayerische Magnetbahnprojekt stark gemacht. Zeiselmaier: „Wir haben allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken.“

Wie viel zahlen Kommunen für den Verkehr?

Arbeitsblätter ermöglichen Kostenberechnung

Verkehr verursacht Kosten, nicht nur für den Straßenbau. Wie viel jedoch eine Gemeinde insgesamt für den Verkehr ausgibt, ist aus dem kommunalen Haushalt nicht ohne weiteres ersichtlich. Ein Teil der Ausgaben, der für den Verkehr anfällt, wird nicht im Verkehrshaushalt erfasst, sondern „versteckt“ sich in anderen Haushaltstiteln, zu denen beispielsweise Ausgaben für die Abwasserbeseitigung, Grünflächen oder Schulen gehören. Das Umweltbundesamt (UBA) stellt zwei Instrumente vor, mit deren Hilfe solche versteckten Ausgaben sichtbar gemacht werden.

Zur Erfassung des Autoverkehrs hat die internationale Umweltagentur der Gemeinden (International Council for Local Environmental Initiatives, ICLEI), mit Unterstützung des Umweltbundesamts die Ausgaben der Städte Bremen, Dresden und Stuttgart für den motorisierten Individualverkehr untersucht. Pro Einwohner geben diese Gemeinden jährlich zwischen 110 und 145 Euro für den Autoverkehr aus. Einnahmen sind bereits einbezogen. Wird dieses Ergebnis auf die Gesamtzahl der Bundesbürger hochgerechnet, ergibt sich eine Summe von 10,5 Milliarden Euro, mit der die Kommunen den Autoverkehr subventionieren. Die Ausgaben der Länder und die des Bundes sind hierbei nicht mitberücksichtigt.

Damit auch andere Gemeinden ihre Ausgaben für den Autoverkehr berechnen können, hat ICLEI übersichtliche Arbeitsblätter zur Auswertung des Haushaltsplans erstellt. Auch interessierte Bürger sowie Organisationen können sich mit dieser Hilfe zu rechtfinden.

Einen Überblick über die gesamten Verkehrsausgaben und Einnahmen, zu denen sowohl die des Autoverkehrs, als auch die der öffentlichen Verkehrsmittel, Fußgänger, Fahrradfahrer und die des Güterverkehrs zählen, können sich die Kommunen mit Hilfe des computergestützten Verfahrens

Least Cost Transportation Planning (LCTP) verschaffen. Es wurde von der IVU Traffic Technology AG im Auftrag des UBA entwickelt und in Göttingen, Görlitz, Hannover und Heidelberg erprobt. LCTP bietet nicht nur eine Jahresübersicht der Verkehrsausgaben im Haushaltsplan. Es können auch Kosten und Umweltwirkungen von Planungsvarianten bewertet werden. Darüber hinaus kann geprüft werden, ob die für die Unterhaltung der Verkehrsanlagen eingesetzten Mittel ausreichen. Ein Leitfaden zur Anwendung von LCTP in den Kommunen sowie ein Tabellensatz im Excel-Format sind unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de> im Internet verfügbar. Er ist als Arbeitshilfe für die Anwendung in Finanz- oder Verkehrsämtern der Kommunen und in Planungsbüros konzipiert. **KI**

Karl-Heinz Bauernfeind:

Vielfältige Aufgaben nicht nur als Bürgermeister

„Es macht mir immer noch Spass, meine Heimatstadt mitgestalten zu können. Erding hat einiges erreicht. Mit den Erdingern ist gut arbeiten und gut auszukommen.“ Schmuck stehe die oberbayerische Semptstadt mit ihren 32.000 Einwohnern heute da, sagt Erster Bürgermeister Karl-Heinz Bauernfeind, seit 1990 im Amt, voller Stolz; dies würden nicht nur die Bewohner selbst bestätigen, sondern auch die immer zahlreicher werdenden Besucher und Gäste.

In diesem Jahr gibt es einen guten Grund für die Erdinger, sich selbst zu feiern, denn vor 75 Jahren wurde Erding zur Stadt erhoben. Erding hat sich zu einer zukunftsorientierten Kleinstadt entwickelt, in der der Begriff Einkaufserlebnis eine immer größer werdende Bedeutung gewinnt. Mit großer Leidenschaft trieb Bürgermeister Bauernfeind die Altstadtanerkennung voran. Bei seinem Berufsprofil - er ist gelernter Steinmetz und Bildhauermeister - liegt dies nahe. Durch die Stadtanerkennung konnten Plätze geschaffen werden, die es ermöglichen, Spitzenveranstaltungen wie das Altstadtfest, den Kirchweihmarkt oder aber das Volksfest mit durchschnittlich 20.000 bis 25.000 Bürgern durchzuführen.

775-jähriges Stadtjubiläum

Ein Höhepunkt zum Stadtjubiläum von Erding war der historische Festzug Ende August. Insgesamt begaben sich über 1600 Teilnehmer auf den 3,5 Kilometer langen Weg durch die Stadt. In 68 „Bildern“ bzw. Festwagen wurde die Stadtgeschichte dargestellt. Schwerpunkte der Feierlichkeiten bildeten auch das Bürgerfest mit einem bunten Drei-Tages-Programm sowie die Erdinger Schwedenspiele, ein kultureller Höhepunkt im Umland der Landeshauptstadt München und ganz Bayerns.

Das Leben der Stadt wird auch geprägt durch ein umfangreiches Angebot an Freizeitmöglichkeiten. Hierzu gehört zweifellos die Therme Erding, die mit jährlich 600.000 bis 700.000 Gästen aufwartet - „ein Potenzial, mit dem man etwas

anfangen kann“. Was allerdings fehlt, ist nach Bauernfeinds Dafürhalten „ein schönes Hotel an der Therme“. Unabhängig davon seien zudem die Aktivitäten des Einzelhandels noch viel zu gering. Möglichkeiten, die Gäste dazu zu bringen, in die Innenstadt zu fahren, würden noch nicht ausreichend genutzt. Laut einer Untersuchung der TU München suchten gerade einmal acht Prozent der Thermalbad-Besucher die Erdinger City auf.

Komplexe Planungsaufgaben

Der 60-jährige Bauernfeind, Mitglied der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) und bekennender „Löwen“-Fan, bekleidet neben seinem Bürgermeisteramt auch die verantwortungsvolle Position des Vorsitzenden des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München. 1950 gegründet als kommunaler Zweckverband, besteht dieser derzeit aus 143 Städten und Gemeinden, der Landeshauptstadt München und acht Landkreisen - Freising, Dachau, Landsberg, Starnberg, Ebersberg, Erding und München.

Die Planungsaufgaben in einem Verdichtungsraum sind laut Bauernfeind vielfältig und komplex. Die große Entwicklungsdynamik, die gerade die Region München in den vergangenen Jahrzehnten erfahren habe und die im Zuge zunehmender Globalisierung weiter anhalte, stelle hohe Anforderungen an die Planungskompetenz der einzelnen Gemeinde und erfordere oft weitreichende Entscheidungen für die Entwicklung der Region insgesamt. „Koordinierung über den Gar- tenzaun hinaus“ laute die Devi-

se. Der Verband habe auch Kontakte internationaler Art herstellen können. So konnte sich eine enge Zusammenarbeit mit einer ähnlich gelagerten Institution in Stockholm ergeben.



Karl-Heinz Bauernfeind.

Der Wirtschaftsraum München stehe deutschlandweit am besten da, so der Bürgermeister. Die vordringliche Aufgabe bestehe darin, die bauliche Entwicklung großer Projekte in allen Kommunen zu begleiten. Der Planungsverband versuche hier maßvoll zu agieren, „sprich Großmärkte, Möbelmärkte usw. zumindest etwas herunterzuschrauben“. Oftmals würden die politisch Verantwortlichen allerdings nach dem Florians-Prinzip verfahren, kritisiert Bauernfeind. „Wenn gewisse Dinge die Bürgermeister selbst betreffen, ist die Sichtweise eben anders als im umgekehrten



V.r.: Dillingens Landrat Dr. Anton Dietrich, Kultusministerin Monika Hohlmeier, MdL Georg Winter, Dr. Edmund Stoiber, Landtagskandidat Martin Sailer.

Augsburg und Schwaben:

Den Strukturwandel bestens bewältigt

Augsburg/Füssen/Kempten/Dillingen (jdt). Ein dicht gedrängtes Programm hatte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber während seines zweitägigen Arbeitsbesuches im Regierungsbezirk Schwaben, zwischen Augsburg, dem Allgäu und den Landkreisen Donau-Ries und Dillingen zu bewältigen. Eine Ministerratssitzung im Rathaus Füssen brachte wichtige Beschlüsse für Schwaben.

Ministerpräsident Stoiber, die schwäbischen Kabinettsmitglieder, Staatsminister Josef Miller und Staatssekretär Georg Schmid und der schwäbische Regierungspräsident Ludwig Schmid waren sich einig: „In gemeinsamer großer Anstrengung haben es Wirtschaft, Kommunen und Freistaat geschafft, den Strukturwandel in Augsburg und Schwaben zu bewältigen.“

Schwaben zeichne sich, so wurde betont, mit einer Arbeitslosenquote von 5,5 Prozent (das zweitbeste Resultat in Bayern) bundesweit durch einen Spitzenplatz aus: fast gleichauf mit Baden-Württemberg (5,4 %), gefolgt von Hessen (6,9 %) und Rheinland-Pfalz (7,2 %).

Zu den Entscheidungen des

Fall.“ In dieser Hinsicht sei man in Erding jedenfalls sehr vorsichtig gewesen.

Wie bereits angedeutet, hat sich durch die Entwicklung des Großflughafens München II das Umfeld wesentlich schneller und dynamischer als prognostiziert entwickelt. In punkto Verkehrserschließung wurde Bauernfeind zufolge das Augenmerk „ein bißchen einäugig auf die Landeshauptstadt gelegt“. Die umliegenden Kommunen habe man dabei etwas vernachlässigt. Der Verkehr aus Ostbayern bis nach Oberösterreich lasse Erding fast ersticken. Durch die Flughafentangente Ost (FTO) finde zwar eine gewisse Verkehrserschließung statt, doch könne letztlich nur der von Verkehrsminister Otto Wiesheu auf den Weg gebrachte Erdinger S-Bahn-Ringschluss wesentlich weiterhelfen. Noch sei allerdings die Finanzierung nicht geklärt.

Verkehrspolitik

Dem Bau der Marzlinger Spange, der einen starken Eingriff in die Natur zur Folge hätte, räumt Bauernfeind dagegen wenig Chancen ein: Die Aussicht auf ein Planfeststellungsverfahren sei sehr gering, da die Naturschützer starke Einflussmöglichkeiten besäßen. In der Frage Express S-Bahn versus Transrapid sieht der Erdinger Rathauschef „einen gewissen Zusammenhang zwischen dem Ringschluss und der Magnet-schwebebahn“. Weder die Stadt Erding noch der Landkreis Erding seien von dieser Frage betroffen.

Bauernfeind: „Solange die Aussage von Minister Wiesheu steht, dass beides unabhängig voneinander finanzierbar ist, steht es uns nicht zu, uns in die Diskussion einzumischen.“ DK

Seltene Energiequelle „Geowärme“

Die Semptstadt kann ein weltweit äußerst seltenes Projekt vorweisen: Seit 1998 wird in Erding mit Unterstützung durch den Freistaat Bayern und der EU Erdwärme in Form von 65gradigem Tiefenwasser in vielfältiger Hinsicht genutzt: Ein geothermisches Heizwerk liefert Heizung und Warmwasser für städtische Gebäude und drei Neubaugebiete, als Thermalwasser dient die Erdwärme Badeswächen sowie physiotherapeutischen Anwendungen und wird abgekühlt sogar dem Trinkwasser der Stadtwerke Erding beigemischt. Erst vor kurzem wurde auf Antrag des Zweckverbands für Geowärme Erding die Thermalwasserbohrung „Ardeo-Quelle“ als Heilquelle staatlich anerkannt. Insgesamt handelt es sich bei der Bohrung also um eine „Fluorid- und schwefelhaltige Therme“.

Etwa 2/3 der genehmigten Menge, die aus dem Boden geholt werden kann, wird zur Zeit genutzt. Etwa 2000 Wohnungen können damit geheizt werden. Bürgermeister Bauernfeind geht davon aus, „dass wir mittelfristig noch mehr Wasser entnehmen müssen, als jetzt genehmigt worden ist“. Wenn die Bautätigkeit in Erding sich so rege weiterentwickle wie jetzt, „werden wir wohl in drei bis vier Jahren bei 100 Prozent sein“, mutmaßt der Rathauschef. Dann sei zu überlegen, ob man ein weiteres Potenzial in Anspruch nehme oder es beim Ist-Zustand belasse. Stadt und Landkreis Erding tragen im Zweckverband für Geowärme Erding die Risiken für das 15 Mio. Euro teure Projekt, das sowohl von der EU als auch von der Bayerischen Staatsregierung unterstützt wird. Bauernfeind rechnet damit, dass die Geothermie innerhalb von fünf Jahren bereits schwarze Zahlen schreiben kann, was sehr selten für ein Projekt dieser Art sei. Im Endausbau werden 5000 Einwohner der Stadt Erding mit geothermisch erzeugter heimischer Energie versorgt sein. DK

14. Kulturherbst im Landkreis Würzburg

Eine feste Größe des kulturellen Angebots im Raum Würzburg stellt der Kulturherbst des Landkreises Würzburg dar. Vom 19. September bis 12. Oktober 2003 setzt er seine Schwerpunkte bei den Kunstausstellungen, Konzerten, bei Theater und Kabarett, aber auch im Bereich der Literatur, der Heimatpflege und der Weinkultur. Vielfältig präsentiert sich das überaus abwechslungsreiche Programm mit 80 Veranstaltungen in 29 kreisangehörigen Gemeinden.

Die Eröffnungsveranstaltung übernimmt dieses Jahr die Gemeinde Rottendorf mit dem kirchlichen Kabarett „Cherubim“ und dem Titel „The show must go on“ am 19. September. Der Liedermacher Wolfgang Buck, die Kabarettisten und Theatergruppen Butzko, Meidhof, Kröhnert, Mäc Härder, Die Urvogel, Fränkische Vielharmonie sind nur einige Beispiele für die zahlreichen Highlights des Kulturherbstes in diesem Jahr.

Das Gesamtprogramm bietet Ausstellungen zu den Themenreichen Malerei, Keramik, Holz, Glas, Metall, Stein, Mode und Schmuck, Skulpturen, Floristik, Porzellan, Plastiken, zudem Konzertveranstaltungen von Kammermusik, Klassik und Oper über Musicals bis hin zu Chor- und Blasmusik sowie fränkischem Liedgut, aber auch moderne Musikbeiträge. Hinzu kommen interessante Beiträge zu Kabarett und Theater, Veranstaltungen zum Thema Heimatpflege und Brauchtum, Lesungen, weinkulturelle Höhepunkte mit einem interessanten Mix aus Kultur, Wein und Kulinarischem sowie verschiedene Märkte und Kulturfeste.

Die Idee für diesen „Kulturherbst“ entwickelte das Landkreis-Marketing des Landkreises Würzburg. Ziel war, so Landrat Waldemar Zorn, das breite Spektrum des Begriffs „Kultur“ im unmittelbaren Umland von Würzburg darzustellen - nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zum professionellen Angebot in der Stadt Würzburg. Die zahlreichen Veranstaltungsbeiträge werden ausschließlich von Vereinen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem Raum Würzburg organisiert, die sowohl dem ehrenamtlichen und Laien- als auch dem professionellen Bereich angehören. Der Landkreis übernimmt die Gesamtwerbung. DK

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:
Peter Müller
Jens Korn (KPV)
Lutz Roßmann (Landtag)
Brigitte Schierle (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber
Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermin:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Publikumsmagnet „Natur in Roth“

Die Regionalgartenschau „Natur in Roth 2003“ war ein Publikums- magnet: Rund 160.000 Besucher haben in neun Wochen das Ausstellungsgelände besucht. Wie Landwirtschaftsminister Josef Miller zum Abschluss der Gartenschau mitteilte, seien die Ausstellungsbeiträge „Ausdruck der Leistungsfähigkeit des bayerischen Gartenbaus“ gewesen. Mit viel Inspiration, Fachwissen und Kreativität sei in Roth ein Treffpunkt für Jung und Alt entstanden, der auch künftig den Reiz der Stadt erhöhen wird.

Besonders lobte der Minister das Konzept, fachkundiges Informationsangebot, professionelles Können der Unternehmen und den Naturschutz zu informieren. Miller rief alle Beteiligten auf, sich diese einmalige Chance nicht entgehen zu lassen: „Der Abschluss der Regionalgartenschau ist zugleich der Beginn einer neuen Ära in Roth.“

Wirtschaftliche Impulse

Für Minister Miller gehen auch von kleinen Gartenschauen, wie sie nur in Bayern im jährlichen Wechsel mit den großen Landesgartenschauen durchgeführt werden, wichtige wirtschaftliche Impulse aus. Qualität und Vielfalt der gärtnerischen Ausstellungsbeiträge in stimmungsvollen Arrangements seien für die Besucher ein Anreiz, Produkte und Dienstleistungen der heimischen Betriebe für den eigenen Garten nachzufragen. DK

Für Minister Miller gehen auch von kleinen Gartenschauen, wie sie nur in Bayern im jährlichen Wechsel mit den großen Landesgartenschauen durchgeführt werden, wichtige wirtschaftliche Impulse aus. Qualität und Vielfalt der gärtnerischen Ausstellungsbeiträge in stimmungsvollen Arrangements seien für die Besucher ein Anreiz, Produkte und Dienstleistungen der heimischen Betriebe für den eigenen Garten nachzufragen. DK

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Karibik-Flair am Baggersee, unser Städtchen als das Tortuga Bayerns, ein Weißbier-Daiquiri - das geht doch alles entschieden zu weit.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las die aktuellen Exposés einer Agentur, die mit der Vermarktung des Städtchens als Ferien- und Ausflugsziel beauftragt ist.

Offensichtlich hat die Affenhitze des Sommers diesen Leuten das Hirn ausgedörrt. Denn sie wollen allen Ernstes unsere Stadt und ihre zugegeben reizvolle Umgebung als eine Art bayerische Riviera für Sommerurlauber anpreisen. Begründung für diese Marketingluftblase: Durch die fortschreitende Klimaerwärmung seien in Zukunft immer mehr sehr heiße Sommer bei uns zu erwarten, die Urlaub in Deutschland attraktiver und zu einer realistischen Alternative für Fernreisen machen würden. Mit der angebli-



Und dann unser Kanzler, der durch persönliches Beispiel wie durch den Kabarettisten der „Gerd-Show“ kräftig Werbung für den Urlaubsstandort „zu Hause“ gemacht hat. Wobei er wie in vielen Fällen „gut gemeint“ mit „gut“ verwechselt hat, denn wenn die Deutschen beschließen, ab jetzt wäre der Urlaub im eigenen Reihen-Eckhaus das höchste der Gefühle, hätte die heimische

Tourismuswirtschaft auch nichts davon.

Nein, wir brauchen weder Übertreibungen nach der einen noch nach der anderen Seite. Weder ist Deutschland seit diesem Jahr zum Sehnsuchts-Ort geworden, den man mit der Seele suchen will oder zu dem es einen magisch hinzieht, noch sind Fernreisen unpatrisch. Außerdem: Wer Volkes Seele erkunden möchte, schau sich an, welches Lied in diesem Jahr der Hitze-Rekorde und der Hannover-Urlaube Nummer 1 in den Charts war: „Ab in den Süden, der Sonne hinterher!“

Deshalb hat mein Chef, der Bürgermeister, auch klare Order gegeben. Unser Städtchen samt Umgebung ist nicht als Ziel für den Jahresurlaub, sondern als Erholungs- und Zweit- oder Dritturlaub zu promoten. Statt eine Woche Costa Quanta eine Woche mit Barockhäusern und Bächen im Wiesengrund. Und ausreichend Alternativangebote „in door“, wenn die Sommer wieder normal sind. Außerdem will er stark an die Gefühle appellieren, die wir alle mit Ponyhofferien oder den ersten Familienurlauben in der näheren Umgebung verbinden, als wir noch zu klein für Fernreisen waren oder schlicht das Geld noch nicht da war. Ich glaube, da liegt er goldrichtig. Das meint auch mein Kalenderblatt mit einem Spruch des Cicero: „Das Gedächtnis ist die Schatzkammer und der Wächter aller Dinge“.

Urlaub in Deutschland

chen Erwärmung und der Aussicht auf mehr und ergiebigeren Sonnenstunden wird ja jetzt auch Werbung für Photovoltaikanlagen und Sonnenkollektoren gemacht. Wir haben nur Glück, dass die extreme Hitze Mitte September durch Temperaturen abgelöst werden, die ein Vorziehen des Beginns der Heizperiode von 1. Oktober auf 1. September nahe legen, sonst würden uns wahrscheinlich Kataloge ins Haus flattern, die Klimaanlage als das ideale Weihnachtsgeschenk anpreisen.

Wobei es natürlich alles andere als abwegig ist, Urlaub in Deutschland und insbesondere in Bayern gerade jetzt stärker zu propagieren: Terrorwarnungen gegen Flugzeuge in Großbritannien, Bombenalarm am Düsseldorfer Flughafen und der Jahrestag der Terrorakte in New York - man fühlt sich einfach noch nicht wieder wohl beim Fliegen. Zudem schauen die Leute weiterhin kritisch auf Euro und Cent, bevor sie ihn ausgeben. Geiz ist geil, auch beim Urlaub.

the
Sabrina

Landkreis Amberg-Weizsach:

Wo der Schuh drückt

Treffen von Kommunalpolitikern und Wirtschaftsvertretern Fördergefälle bereitet Sorge

Das große Fördergefälle von Ost nach West nach dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik bereitet sowohl Amberg-Weizsachs Landrat Armin Nentwig als auch den Gemeinden Sorge. Die Kommunen wiederum erwarten höhere Anteile am Steuerertrag des Bundes. Diese zwei Schwerpunktthemen bestimmten eine Diskussionsrunde von Bürgermeistern, Abgeordneten und Firmenvertretern mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, MdB Gerd Andres.

Die Folgen der EU-Osterweiterung und ihre durchaus positiven aber auch für die Region nachteiligen Folgen bestimmen seit langem die vielfältigen Aktivitäten von Landrat Armin Nentwig. Dieser wollte mit der Veranstaltung im Amberger Landratsamt den Kommunalpolitikern und Wirtschaftsvertretern die Möglichkeit bieten, dem Staatssekretär „Dinge nach Berlin mitzugeben, die uns hier drücken“.

Klare Benachteiligung

Nentwig wird nicht müde, bei Bund und Land auf die besondere Benachteiligung infolge der Lage zwischen zwei Übungsplätzen und auf die fehlenden Ausgleichsgelder hinzuweisen. „Die Nachteile werden durch Arbeitsplätze bei den Streitkräften und durch Wirtschaftskraft nicht ausgeglichen.“

Streichung aus Gemeinschaftsaufgabe

Besonders dramatisch stelle sich die Streichung des Landkreises aus der Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land dar, vor allem angesichts der hohen Förderung von 50 Prozent, die ab Mitte 2004 in

der Tschechischen Republik gewährt werde.

„Schwarzer Peter“

Nentwig appellierte an Staatssekretär Andres, mindestens übergangsweise eine Zwischenförderung zu gewähren, auch wegen der besonders prekären Lage zwischen den Übungsplätzen. Der Landrat bedauerte, dass Bund und Land in Fragen der Wirtschaftsförderung den „Schwarzen Peter“ hin und her schieben würden.

Andres konnte aktuell keine großen Hoffnungen nähren.

Gemeindefinanzen

Auf die dramatisch sich verschlechternde Situation bei den Gemeindefinanzen ging der Bürgermeister von Hirschbach, Hans Durst, ein. Stellvertretender Landrat Hermann Völlger klagte bei dem Treffen, an dem auch MdB Rudi Kraus und MdL Heinz Donhauser teilnahmen, über die mehr als kleinliche Praxis der Geldinstitute bei der Gewährung von Krediten, besonders für das Handwerk. DK



Sommerwanderung des Bundestagsabgeordneten Eduard Oswald (l.), Mickhausens Bürgermeister Anton Müller (Mitte) erwies sich als ortskundiger Wanderführer, rechts Forstdirektor a. D. Leopold Schwarz. Text und Bild: Walter Kleber

MdB Eduard Oswald:

Auf Schusters Rappen durch die Stauden

Mickhausen/Münster (wkl). Begleitet von rund 120 Mitwanderern aus dem ganzen Landkreis Augsburg erkundete Bundestagsabgeordneter Eduard Oswald (Dinkelscherben) auf Schusters Rappen die Stauden rund um Münster und Mickhausen. Alljährlich im August macht sich der 56-Jährige „auf die Socken“, um bei jeweils vier ausgedehnten Wanderungen die schönsten Flecken seines ausgedehnten Wahlkreises in den Landkreisen Augsburg und Aichach-Friedberg näher kennenzulernen.

Ausgehend vom Münsterer Feuerwehrhaus ging es - unter „Begleitschutz“ der Feuerwehren von Münster und Mickhausen - zunächst ein Stück auf der legendären Bergrennstrecke in Richtung Birkach bis zum so genannten „Karussell“, eine der berühmtesten Kurven beim alljährlichen ADAC-Bergrennen. Als gewandter und ortskundiger Wanderführer erwies sich Mickhausens Bürgermeister Anton Müller, der den Mitwanderern unterwegs immer wieder interessante Informationen entlang der Wegstrecke vermittelte. Mitten unter die Wanderer hatten sich auch

stellvertretender Landrat Max Strehle und Bezirksrat Jürgen Reichert gemischt.

Erste Zwischenstation war die Herrgottsruh-Kapelle hoch über Mickhausen. Max Kleber, ehemaliger zweiter Bürgermeister und passionierter Heimatforscher, wusste über die Geschichte der von den Fuggern erbauten Kapelle ebenso viel Interessantes zu berichten wie anschließend in der örtlichen Pfarrkirche St. Wolfgang. Letzte kulturelle Station war die Filialkirche St. Vitus und Benedikt in Münster. Nach soviel Kultur ging es nahtlos zum geselligen Teil über.

Zukunftsfähige Planung für Oberfranken

Modellregion für Nachhaltige Entwicklung

Bayreuth. Oberfranken hat beste Aussichten, Bayerns erster Regierungsbezirk zu werden, der seine Zukunftsentwicklung komplett am Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ ausrichtet. Landesentwicklungsminister Werner Schnappauf übergab in Bayreuth das fertige und 330.000 Euro teure Landschaftsentwicklungskonzept Oberfranken-Ost an den Regionalen Planungsverband.

In Kürze wird auch das Landschaftsentwicklungskonzept für das westliche Oberfranken fertig gestellt sein. Im Landschaftsentwicklungskonzept sind Vorschläge zur Sicherung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen der Bereiche Wasser, Boden, Luft, Tiere und Pflanzen enthalten. Ziel ist es, dem Regionalen Planungsverband eine fachlich fundierte Grundlage für den Ausgleich von Belangen des Naturschutzes und den Nutzungsansprüchen zur Verfügung zu stellen.

Umfassender Überblick über Rahmenbedingungen

Das Landschaftsentwicklungskonzept Oberfranken-Ost vermittelt einen raschen und umfassenden Überblick über die ökologischen Rahmenbedingungen in der Region. Auf Karten und in Texten werden für Kommunen, Behörden, Verbände, Investoren und Bürger fundierte Entscheidungshilfen für eine nachhaltige Ressourcenschonung geboten. Damit lassen sich nicht nur Vorschläge für die Erhaltung und Entwicklung der einzigartigen Kulturlandschaft Oberfrankens, sondern auch für den sparsamen und verantwortungsvollen Umgang mit der Fläche ableiten. Wie wichtig beispielsweise unverbaute und ökologisch funkti-

onsfähige Flussauen nicht nur für die Natur, sondern auch für den Menschen sind, haben die Hochwasserereignisse der vergangenen Jahre gezeigt.

Altbürgermeister verstorben

Im Alter von 88 Jahren ist Georg Engelhardt, Altbürgermeister und Ehrenbürger von Haffenlohr, gestorben. Im Altlandkreis Marktheidenfeld, aber auch nach der Gebiets- und Gemeindereform, war Georg Engelhardt kein Unbekannter. Die CSU war seine politische Heimat, weshalb er auch von politischen Gegnern „Rosenkranz-Schorsch“ genannt wurde. Im badischen Frankenland gebürtig, wurde Engelhardt, dessen Markenzeichen die Zigarre war, 1960 zum Bürgermeister gewählt. 18 Jahre war Engelhardt der erste Mann in Haffenlohr. Die dankbare Gemeinde ernannte ihn 1985 zu ihrem Ehrenbürger.

Auch Geretsried, Landkreis Bad-Tölz/Wolfratshausen, trauert um seinen Altbürgermeister Heinz Schneider. Der im 84. Lebensjahr Verstorbene hat mehr als 30 Jahre lang in der Kommunalpolitik mit Weitblick, Offenheit und Ehrlichkeit erfolgreich für seine Stadt und den Landkreis gewirkt. DK

„...ein bißchen was von Franz Josef Strauss“

Oberallgäuer Landrat Kaiser fordert Eigeninitiative, Mut und Verlagerung der Kompetenzen nach unten

Oberallgäu. „Ein bißchen was von Franz Josef Strauß hat er schon“ urteilt ein Oberallgäuer Bürgermeister anerkennend über seinen Landrat Gebhard Kaiser als dieser wieder einmal gegen die Ministerialbürokratie, die Gerichte, Gutachteritis und Gesetze donnert. In einem Rundumschlag nicht nur im Bayerischen Staatsanzeiger hat der forsche Allgäuer alle wunden Punkte des Staatsapparates beim Namen genannt und hält auch gleich Lösungswege parat. Reagiert hat bisher niemand auf seine deutlichen und harten Worte.

Mancher fragt sich, ob dies daran liegt, dass die Betroffenen vor lauter Bürokratismus und „Sichselbstverwaltung“ für solche Signale aus dem oberen Allgäu gar nicht mehr offen sind oder deutliche Aussagen im Staatsanzeiger einfach überlesen.

Damit alle wissen, wo es in der Verwaltung und in der Re-

gierung klemmt, hat der mutige Landrat auch in einem Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung kein Blatt vor den Mund genommen.

Menschenverstand zählt

„Anstatt Verantwortung zu übernehmen, verstecken sich

zu viele Verantwortliche hinter fraglichen Gutachten, die recht teuer sind, Entscheidungsprozesse verzögern und oft nicht mehr bringen, als einem der gesunde Menschenverstand sagt.

In einer funktionierenden Gesellschaft führt gerade dieser gesunde Menschenverstand eine klare Mehrheitsentscheidung sowie Rückgrat zur richtigen Lösung.“

Übermächtige Ministerialbürokratie

„Aus den Ministerien kommen zu viele Schreiben, die sich nur um Lapalien kümmern. Es kann nicht angehen, dass klare Entscheidungen eines Landratsamtes immer wieder auf den Prüfstand von Regierung, Ministerien und Landtags-Petitionsausschuss kommen.“

Verlagerung an Landratsämter

„Umwelt-, Forst, Wasserwirtschaftsämter müssen so, wie es

bei den Veterinär- und Gesundheitsämtern erfolgreich gelaufen ist, an die Landratsämter verlagert werden. In diesem Zusammenhang kann sinnloses Zeugs wegfallen und die Verwaltung konsequent durchforstet werden“

Gefragt sind mutige Macher

„Wir sind ein Volk von Bedenkenträgern geworden, die wenig Bereitschaft für Neues haben und sich vollkaskomäßig 1000 mal absichern. Mancher Kommunalpolitiker ruft wegen jeder Kleinigkeit im Ministerium und bei der Regierung an, um sich abzusichern. Wenn die Politik keinen Mut hat, überträgt sich das auf die Verwaltung. Ein Amtschef muß seinen mutigen Mitarbeitern den Rücken stärken und auch hinter ihnen stehen, wenn mal was schief läuft.“

Eigeninitiative auch vom Bürger erwarten

„Politiker haben das Anspruchsdenken der Bürger genährt, in dem Sie ständig Wahlversprechungen machen um den Wähler gewogen zu stimmen. Die Menschen haben sich so an die Überversorgung gewöhnt. Es muß einem Bürger auch wieder zugemutet werden können, die Straße vor ihrem Haus zu kehren. Den Gemein-



Landrat Gebhard Kaiser (r.) im Gespräch mit Oberstдорfs Bürgermeister Thomas Müller und GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel.

Bild: W. Gehr

den und den Bürgern muß ein größerer Freiraum gegeben werden, um in eigener Verantwortung zu entscheiden und zu handeln.“

Rechte von Minderheiten zu weit ausgedehnt

„Minderheiten oder Einzelpersonen können durch Prozesshanselen und langwierige Gerichtsverhandlungen klare Mehrheitsentscheidungen über Jahre hinweg aushebeln oder verschleppen. Deshalb müssen Gerichtsverfahren mehr kosten, damit einzelne nicht wegen je-

der Bagatelle den Prozessweg beschreiten.“

Riesige Regelwerke

„Der Beamtenapparat funktioniert sehr gut. Alles ist bis ins Letzte geregelt und die Verwaltung will alles geregelt haben. Wegen Einzelfällen werden sofort riesige Regelwerke geschaffen, die ordnungsmäßig laufende Dinge behindern und blockieren. Deshalb fordere ich Mut zur Lücke und Mut zu flexiblen Entscheidungen nach dem gesunden Menschenverstand.“

W. Gehr

Vorschau auf GZ 19

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 19, die am 2. Oktober erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ EDV - Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- ◀ Sonderbeilage der GZ-Zukunftswerkstatt 2003 „Die virtuelle Behörde“
- ◀ Kommunale Baupolitik
- ◀ Krankenhäuser, Pflegeheime, Gerontotechnik
- ◀ Fremdenverkehr in Bayern